



Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

vom 13. Mai 2012



Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

vom 13. Mai 2012



Erstmals in der Geschichte der nordrhein-westfälischen Landespolitik seit 1946 gab es zwischen Juli 2010 und März 2012 eine Minderheitsregierung. Den beiden Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit 90 Abgeordneten standen 91 Abgeordnete der Fractionen von CDU, FDP und der LINKEN gegenüber. Das Experiment, mit wechselnden Mehrheiten Entscheidungen für das Land Nordrhein-Westfalen zu treffen, gelang fast zwei Jahre und scheiterte vorzeitig, als kaum noch jemand damit rechnete. Die Regierung schien sich stabilisiert zu haben nach der äußerst kritischen Lage Anfang 2011, als der Nachtragshaushalt für 2010 vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt worden war. Der Landeshaushalt für 2011 passierte das Parlament. Die Studiengebühren wurden mithilfe der LINKEN abgeschafft, der Schulkonsens mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Stärkungspakt für die Kommunen mit der FDP-Fraktion beschlossen.

Das Scheitern des Haushalts 2012 und damit der Minderheitsregierung kam überraschend. Erst zwei Tage vorher deutete sich an, dass der Haushalt keine Mehrheit bekommen könnte. Und nicht einmal 20 Stunden vor der Etatdebatte wurde den Beteiligten klar, dass das Ablehnen des Haushaltes in 2. Lesung die Auflösung des Landtags und somit Neuwahlen zur Konsequenz haben würde.

So geschah es am 14. März 2012, nachdem der Einzetat des Innenministeriums keine Mehrheit im Landtag erhalten hatte.

20 Monate nur währte die 15. Wahlperiode des Landtags NRW. Sie war kurz, aber intensiv und spannend. Sie verdient es, dokumentiert zu werden. Das geschieht mit dieser Publikation, die einen Rückblick auf die 15. Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen enthält: Von der Wahl 2010 bis zur Auflösung des NRW-Parlaments. Wahlkampf, Wahlergebnis und Wahlanalyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vom 13. Mai 2012 schließen sich an. Die Publikation setzt damit die Informationen über die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen von 1947 bis heute fort. Die Publikation vermittelt die Bandbreite der politischen Themen, die ein Parlament behandelt, sie führt die Intensität der politischen Auseinandersetzung vor Augen und dokumentiert eine Wahlperiode, wie sie bisher in der landespolitischen Geschichte von Nordrhein-Westfalen einzigartig ist.



Carina Gödecke

Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012

I.	Von der Landtagswahl 2010 bis zur Auflösung des Landtags	6
1.	Das Jahr 2010: Spekulationen, Konstituierung, Minderheitsregierung, Hammelsprung	6
1.1.	Nach der Wahl = vor der Wahl?	7
1.2.	Zwei Durchgänge	9
1.3.	Das Parlament nimmt Fahrt auf	11
1.4.	Regierungserklärung	11
1.5.	Die Regierungserklärung wird debattiert	15
1.6.	Brisanz auch bei weiteren Themen	19
1.7.	Loveparade	20
1.8.	Kommunalfinanzen	21
1.9.	Modell Gemeinschaftsschule	26
1.10.	Handlungsraum für die Stadtwerke	28
1.11.	Hammelsprung und Parlamentsbilanz 2010	30
2.	Das Jahr 2011: Vom Nachtragshaushalt bis zum Raum der Stille	34
2.1.	Nachtragshaushalt 2010 verfassungswidrig	34
2.2.	Studiengebühren abgeschafft	38
2.3.	Fukushima	42
2.4.	Atomausstieg, Energiekonzept, Datteln	43
2.5.	Der Haushalt 2011 passiert das Parlament	49
2.6.	Untersuchungsausschüsse	53
2.7.	Westdeutsche Landesbank	54
2.8.	Lebensmittelsicherheit	58
2.9.	Kindertagesstätten	59
2.10.	Schulkonsens	61
2.11.	Rechter Terror	65
2.12.	Basisdemokratie	67
2.13.	Stärkungspakt	70
2.14.	Islamischer Religionsunterricht	73
2.15.	Bilanz 2011	75

3.	Das Jahr 2012: Von der Integration bis zur Auflösung	80
3.1.	Integration	80
3.2.	Altersversorgung der Abgeordneten	82
3.3.	Dramatischer Schlusspunkt	83
3.4.	Rückblick	90
3.5.	Politische Bilanz	92
II.	Der Wahlkampf	95
1.	Ausgangspositionen	95
2.	Spitzenkandidaten	97
3.	Parteien im Wahlkampf	98
4.	Letzte Umfragen	110
III.	Die Wahl	113
1.	Ergebnisse und Analysen	113
2.	Wer wählte wen?	120
IV.	Der 16. Landtag Nordrhein-Westfalen	123
1.	Der neue Landtag konstituiert sich	123
2.	Erfahrung und Erneuerung	125
3.	Die neue-alte Ministerpräsidentin	127
V.	Dokumentation	129
1.	Rückblick auf die Wahlperiode 2010 bis 2012	129
2.	Grafiken	144
	Wahlergebnisse 1947 bis 2012	144
	Entwicklung der Wahlbeteiligung	145
	Verteilung der Direktmandate	146
3.	Das Präsidium des 16. Landtags Nordrhein-Westfalen	147
4.	Die Fraktionen	148
5.	Statistisches	163
	Die Berufe der Abgeordneten in der 16. Wahlperiode	163
	Frauenanteil	165
	Altersstruktur	165

Jürgen Knepper

I. Von der Landtagswahl 2010 bis zur Auflösung des Landtags

1. Das Jahr 2010: Spekulationen, Konstituierung, Minderheitsregierung, Hammelsprung

Als am 9. Mai 2010 die Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt hatten und die Stimmen ausgezählt waren, herrschte erst einmal Stille. Zwar hatten die Meinungsforschungsinstitute im Vorfeld der Wahl eine Grundströmung zum politischen Wandel ausgemacht, als dann aber der Souverän, das Volk, gesprochen hatte, war nicht nur die Öffentlichkeit überrascht und zunächst ratlos.

Die regierende CDU hatte über zehn Prozentpunkte eingebüßt und fiel auf das schlechteste Resultat zurück, das sie bis dahin im Land erzielt hatte. Der Koalitionspartner FDP gewann zwar hinzu, doch konnten die Wähler der Liberalen die Verluste der CDU bei weitem nicht wettmachen. Die SPD, die sich nach den Hochrechnungen schon als Sieger dieser Wahl gefühlt hatte, wurde zweitstärkste Kraft und blieb mit ein paar tausend Zweitstimmen hinter der CDU zurück.

Was war mit den Volksparteien geschehen? Die CDU war auf ihr historisches Tief seit dem demokratischen Beginn in NRW gesunken. Mehr als eine Million Wählerinnen und Wähler hatte ihr die Gefolgschaft aufgekündigt. Sie waren entweder nicht zur Wahl gegangen oder hatten SPD (140.000) oder FDP (130.000) gewählt. Die SPD lag zwar nur um einen Zehntel Prozentpunkt hinter der alten Rivalin CDU, aber auch für sie war es das schlechteste Landtagswahlergebnis seit 1954. Gewinner waren die kleineren Parteien. Die GRÜNEN legten kräftig zu. Die Linkspartei zog erstmals in den Landtag ein.

Erstmals nach 1954 waren damit wieder 5 Fraktionen im NRW-Parlament. Damals CDU, SPD, FDP, KPD sowie das Zentrum; heute CDU, SPD, FDP,

GRÜNE und die LINKE. Ein deutliches Zeichen für den Wandel der Partei-landschaft. 181 Abgeordnete zogen in die nordrhein-westfälische Volksvertretung ein – genau die Mindestzahl an Mandaten, die das Gesetz vorschreibt. Eine Punktlandung also – entgegen den Spekulationen während des Wahlkampfs, bei denen oft weit über 200 Mandate im Landtag NRW vorhergesagt wurden.

1.1. Nach der Wahl = vor der Wahl?

Schwarz-Gelb war abgewählt, aber wer war gewählt? Jetzt kam es darauf an, was die politischen Protagonisten aus der Wahl machten. Eine überregionale Tageszeitung sah einen „Western im Westen“ mit dem Showdown zwischen Amtsinhaber Rüttgers und Herausforderin Kraft. Andere Medien spielten die Variationen durch, die rechnerisch denkbar, aber politisch kaum realistisch waren, publizistisch setzte sich ein wahres Koalitionskarussell in Gang. Eine Große Koalition? Aus Jürgen Rüttgers (CDU) und Hannelore Kraft (SPD)? Rüttgers beanspruchte, obwohl in seiner Partei angeschlagen, die Führungsrolle für sich. Das aber schmeckte der SPD nun überhaupt nicht. Rot-Grün-Rot? Das hätte der SPD Probleme gemacht, die die LINKE stets als nicht regierungs- und koalitionsfähig angesehen hatte. Sie warf dem weit links stehenden Landesverband zudem eine unklare Haltung zur DDR vor.



Wahl 2010: SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft im Blitzlichtgewitter der Fotografen

Die Ampel, also Rot, Gelb und Grün? Die Antipathie zwischen den Umweltschützern und den Liberalen im Land war lange gepflegt und saß zu tief. Kurz flackerte sogar Jamaika auf. Aber für dieses Farbenspiel waren die GRÜNEN überhaupt nicht zu erwärmen. blieb also nur Rot-Grün. Das würde passen, wenn da nicht zur Mehrheit eine Stimme im Landtag gefehlt hätte.

Es folgte eine Zeit der Gespräche und Sondierungen. Zuerst aber musste sich Hannelore Kraft darüber klar werden, wie sie mit dem Ergebnis umgehen sollte: Den Schritt wagen und einer Minderheitsregierung mit dem Risiko des frühen Scheiterns vorstehen? Oder, wie sie eine Zeitlang meinte, aus der Opposition heraus die Politik mit zu gestalten versuchen und auf eine neue Chance bei möglichen Neuwahlen warten? Es war neben bundespolitischen Erwägungen nicht zuletzt der grüne Partner, der die Phase der Überlegung in den Willen zur politischen Gestaltung ummünzte und mit der Ankündigung, notfalls in die Opposition zu gehen, die Entscheidung beschleunigte.

Inzwischen war am 9. Juni der neue Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten, und es sah ganz danach aus, als ob die Regierung Rüttgers weiter geschäftsführend im Amt bleiben werde. Das empfand auch der amtierende Regierungschef so und kündigte an: „Wir werden unser Land gut regieren.“ Eine überraschende Wendung aber gab es dann am 17. Juni. In einer eilends einberufenen Pressekonferenz vor dem Plenarsaal des Landtags teilten die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft und die Fraktionschefin der GRÜNEN Sylvia Löhrmann mit, dass sie die schwarz-gelbe Regierung ablösen wollten. Kraft begründete die Entscheidung mit Interviewäußerungen von FDP-Landeschef Andreas Pinkwart. Dieser habe darin die Koalition mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers aufgekündigt. Damit gäbe es in NRW keine handlungsfähige Regierung mehr. Rüttgers sei ein Regierungschef auf Abruf, so Kraft.

Am 22. Juni 2010 begannen die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN. Drei Wochen später war das Regierungsprogramm mitsamt der Aufteilung der Kabinettsposten ausgehandelt. Vier Schwerpunkte griffen Kraft und GRÜNEN-Chefin Sylvia Löhrmann bei der Vorstellung aus dem 88-seitigen Vertrag heraus: Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für Kinder, Hilfe für die Kommunen, Arbeitsmarktpolitik und ein eigenes Klimaschutzgesetz des Landes.

1.2. Zwei Durchgänge

Jetzt musste die designierte Regierungschefin ohne rot-grüne Mehrheit nur noch vom Landtag gewählt werden. Da zu erwarten war, dass sie die vorgeschriebene absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreichen würde, richtete sich die Aufmerksamkeit auf den zweiten Durchgang, wenn die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen reichen würde. Das schien realistisch, da die LINKE angekündigt hatte, sie werde sich bei der Ministerpräsidentenwahl enthalten. Und tatsächlich lautete am 14. Juli 2010 das Ergebnis der geheimen Abstimmung im ersten Wahlgang 90 Stimmen für Kraft, 81 Stimmen gegen sie sowie 10 Enthaltungen. Damit hatte Hannelore Kraft die erforderliche absolute Mehrheit verfehlt. Im anschließenden zweiten Durchgang reichte dann das geschlossene Votum der Regierungskoalition zusammen mit 11 Enthaltungen (vermutlich aus dem Kreis der LINKEN) zum Erfolg. Die 80 Gegenstimmen entsprachen der Mandatszähl von Schwarz-Gelb. Erleichterung bei der FAZ: „Weder Heidemörder noch Ypsilanti-Falle“, konstatierte die Zeitung mit Blick auf zurückliegende Vorgänge nach Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Hessen.



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft wird von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg vereidigt



Jürgen Rüttgers (CDU) gratuliert seiner Nachfolgerin Hannelore Kraft zur Wahl

Nach der Wahl dankte Kraft Rüttgers und den Mitgliedern der schwarz-gelben Landesregierung für ihre engagierte Arbeit in den vergangenen fünf Jahren. In einem Zeitungs-gespräch unterstrich sie, ihre Regierungsarbeit sei auf volle fünf Jahre ausgerichtet. Frisch gewählt denke sie nicht als Erstes an Neuwahlen. Sie war überzeugt, Rot-Grün werde eine stabile Regierung sein, „wenn alle Fraktionen ihren Wählerauftrag wahrnehmen, zuerst dem Wohl des Landes verpflichtet zu sein“. Regieren mit einer stabilen Mehrheit gehe nicht zwangsläufig mit guter Politik einher, das zeige sich bei Schwarz-Gelb im Bund – diesen Seitenhieb auf Berlin mochte sie sich nicht verkneifen. Was CDU und FDP im Land angehe, so bräuchten beide noch Zeit für die Neupositionierung. Sie beide,

Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann, Ministerpräsidentin und stellvertretende Ministerpräsidentin, gingen ihre Aufgabe mit großem Verantwortungsbewusstsein an, „gute Politik für den Zusammenhalt der Gesellschaft, beste Bildung für alle Kinder, Verantwortung für unsere Kommunen und Verbesserung unserer Lebensgrundlagen zu machen“.

Das Echo der Medien auf diesen Tag fiel vielstimmig aus. Die WAZ sprach vom „Düsseldorfer Experiment“ und bezeichnete Kraft in einem Porträt als kraftvoll und bodenständig. Die Westfalenpost resümierte: „Mit Ehrgeiz und Fleiß an die Macht“ und kritisierte, die LINKE mache für Kraft den Weg nach oben frei. Ähnlich gestimmt kam es von der Rheinischen Post: „Grün-Rot von linken Gnaden“, urteilte der Kommentator. Einen Blick über den Tag hinaus wagte der Kommentator der Süddeutschen Zeitung, der mit den Worten schloss: „Eine Minderheitsregierung gilt hierzulande als etwas Irreguläres. Die neue rot-grüne Regierung hat die Chance, die Regularität

des Irregulären zu demonstrieren. Von NRW kann das Signal ausgehen, dass man auch in schwieriger Lage Schwierigkeiten meistern kann.“

1.3. Das Parlament nimmt Fahrt auf

Einen Tag vor der Wahl der Ministerpräsidentin hatten die Abgeordneten auf Vorschlag der stärksten Fraktion, der CDU, Eckhard Uhlenberg, den Abgeordneten mit der längsten Dienstzeit im Parlament, zum Landtagspräsidenten gewählt. Zu Vizepräsidenten bestimmte das NRW-Parlament Carina Gödecke (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE), Angela Freimuth (FDP) und Gunhild Böth (LINKE). In seiner Antrittsrede bemerkte Uhlenberg: „Uns ist miteinander bewusst, dass das Wahlergebnis vom 9. Mai schwierig ist. Aber es ist als Entscheidung der Wähler da. Sie fordert unsere politische Kreativität. Das ist dringend notwendig, um die drängenden Fragen der Menschen in Nordrhein-Westfalen aufzugreifen: Wie geben wir jedem jungen Menschen seine Chance für ein selbstbestimmtes, erfülltes und gut sozial integriertes Leben? Wie verbinden wir die Bewahrung von Umwelt und Schöpfung mit Perspektiven für Arbeit und Wirtschaft? Wie wenden wir die Schuldenhypothesen ab, die unseren Kindern drohen? Welches Wachstum ist vernünftiges Wachstum?“

1.4. Regierungserklärung

Antworten aus ihrer Sicht formulierte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung nach der Sommerpause des Landtags am 15. September 2010. Sie vermied dabei starke Worte, gab sich konzipiant und erklärte Kompromissbereitschaft. Angesichts der Notwendigkeit, bei Abstimmungen Unterstützung in den Reihen der Opposition von CDU, FDP und LINKEN zu finden, gab sie die Devise einer „Koalition der Einladung“ aus, als sie betonte: „Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Parteien und Fraktionen im Landtag ein, die kommenden Jahre mitzugestalten und mit uns die besten Lösungen für Nordrhein-Westfalen zu finden und umzusetzen.“ Fundamentalopposition sei nicht Sache der Bürger, auch nicht mutloses Regieren, sie wollten den Wettstreit um beste Lösungen.

Kraft warb um einen breiten Konsens in der Schulpolitik. Die Trennung zwischen den Schulformen solle aufgehoben werden. Überall im Land, so

die Ministerpräsidentin mit Blick auf den Koalitionsvertrag, wolle man Gemeinschaftsschulen möglich machen. Dabei werde man mit Augenmaß vorgehen „und den Willen der Eltern und der Kommunen respektieren“. Um das Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger zu machen, müssten Hürden abgebaut werden. Kraft kündigte an, die Studiengebühren abzuschaffen und das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen.

Unter dem Motto „Vorsorge ist besser als Nachsorge“ warb sie für ihre, wie sie sagte, „präventive“ Politik, und zeigte sich überzeugt, diese werde sich schon mittelfristig, aber erst recht auch langfristig finanziell rechnen. Das erfordere zunächst höhere Ausgaben, „vielleicht auch zusätzliche Schulden, doch wir sind davon überzeugt, dass nur eine solch mutige Politik, die auf Stärkung der Familien, auf Prävention, auf beste Bildung setzt, im zweiten Schritt dazu führt, dass es mehr Wirtschaftswachstum, höhere Steuereinnahmen und sinkende Staatsausgaben auf allen Ebenen geben wird“.

Zu dieser neuen Finanzpolitik, die sie damit umrissen hatte, erklärte sie weiter, die Bürgerinnen und Bürger verstünden nicht mehr, dass Milliarden zur Rettung einer Pleitebank wie der HRE aufgewendet würden, während die Schulen nicht in Ordnung seien und es nicht genügend Betreuungsplätze für Kinder gebe. Hier müsse eine nachhaltige Finanzpolitik her, die den Ländern neue Spielräume zur Konsolidierung schaffe. Um den Staat zu stärken und handlungsfähig zu machen, machten Steuersenkungen keinen Sinn. Vielmehr müsse es, auch im Sinne der Steuergerechtigkeit, neue Einnahmen geben, etwa durch eine Vermögensteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Auf der Ebene der Kommunen wolle man deren finanzielles Ausbluten stoppen, mehr als jeder dritten stehe das Wasser bis zum Hals, nie habe es in der Geschichte des Landes mehr Kommunen unter dem Diktat eines Nothaushalts gegeben. Das Plenarprotokoll der Regierungserklärung zitiert dazu den Satz Krafts: „Die Landesregierung wird erstmals im kommenden Jahr mit dem Stärkungspakt ‚Stadtfinanzen‘ eine Konsolidierungshilfe für Kommunen mit besonderen strukturellen Problemen leisten.“ An die Abgeordneten gewandt räumte sie ein: „Ja, diese Maßnahmen kosten Geld. Deshalb ist es mir ganz besonders wichtig zu sagen: Auch diese Landesregierung verpflichtet sich ausdrücklich den Zielen der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus.“

Die Wirtschafts- und Umweltpolitik des Landes werde auf Nachhaltigkeit, auf Klimaschutz sowie auf Ressourcen- und Energieeffizienz setzen. „Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution machen“, verkündete die Ministerpräsidentin und verwies auf die Erfahrungen des Landes bei der Umgestaltung eines traditionellen Industrie- und Dienstleistungsstandorts, der sich dem Druck durch Globalisierung, demografischen Wandel und der Pflicht zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gewachsen zeigen müsse. Darum werde das Land ein eigenes Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen mit konkreten Zielen und jährlicher Überprüfung. „Unser Ziel lautet, die Emissionen an Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken.“

Zur „Bewahrung der Schöpfung“ und zur Eindämmung des enormen Flächenverbrauchs stellte sie unter anderem ökonomische und finanzielle Anreize im kommunalen Finanzausgleich in Aussicht. Kraft: „Langfristig sollen überhaupt keine zusätzlichen Flächen mehr für Siedlung und Verkehr in Anspruch genommen werden.“ Die bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft werde unterstützt. Man wolle eine tier-, umwelt- und klimagerechte Modernisierung der Landwirtschaft. Statt des Satzes „Wachsen oder weichen“ stehe man für eine Politik des Bewahrens.

Auf dem Feld „Arbeit“ bleibe Vollbeschäftigung Ziel der Regierung: „Sichere Arbeitsplätze, gute und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, eine faire, für Frauen und Männer gleichermaßen leistungsgerechte Bezahlung und eine starke Mitbestimmung sind die Voraussetzungen für Leistungsbereitschaft und Motivation.“ Darum sei beabsichtigt, die Verschlechterung des Landespersonalvertretungsgesetzes rückgängig zu machen und darüber hinaus ein modernes und flexibles Dienstrecht zu schaffen. Mehr Frauen in Spitzenpositionen werde es durch das Ziel geben, einen Frauenanteil von 40 Prozent in den Leitungsgremien der landeseigenen Gesellschaften vorzugeben. Außerdem werde sich NRW im Bundesrat für die Frauenquote einsetzen.

In der Integrationspolitik – hier hob Kraft die Integrationsoffensive des Landtags aus dem Jahr 2001 hervor – werde man durch ein eigenes Integrationsgesetz den Stellenwert dieser Querschnittsaufgabe als gesamtgesellschaftliche Herausforderung unterstreichen. Es solle ein kommunales Wahlrecht

für Nicht-EU-Ausländer geben. Das Recht auf volle Teilhabe am öffentlichen Leben gelte auch für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderung. In der Gesundheitspolitik werde man schnell handeln und die ausufernden Ausnahmeregelungen im Nichtraucherschutzgesetz überprüfen.

Vom Sport („Nordrhein-Westfalen ist ein Land in Bewegung“) kam sie auf das Ehrenamt auch in anderen Bereichen zu sprechen. Hier engagiere sich mehr als ein Drittel der Menschen im Land, die Rahmenbedingungen für diesen Einsatz wolle man verbessern. Mit der Woche des Ehrenamts solle die Wertschätzung ausgedrückt werden; Ehrenamt und Ehrenamtliche sollten mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren. Kraft über die ehrenamtlich Tätigen: „Sie sind die wahren Vorbilder unserer Zeit.“

Am Ende ihrer Regierungserklärung fasste die Ministerpräsidentin die fünf wesentlichen Ziele zusammen. Kein Kind solle zurückgelassen werden. NRW solle zum ökologischen Vorreiter werden. Das Prinzip „gute Arbeit“ werde im Land und im Bund durchgesetzt. Um den Verkehrskollaps zu vermeiden, solle eine große Verkehrskonferenz Zukunftslösungen erarbeiten. Der soziale Zusammenhalt durch das Ehrenamt werde durch eine Woche des Ehrenamts unter dem Titel „NRW engagiert sich“ unterstrichen.

Sie führe mit dieser Landesregierung, betonte Kraft in ihrer über 90-minütigen Rede, die erste Minderheitsregierung in der Geschichte des Landes. „Das bedeutet, dass diese Landesregierung für jede Entscheidung eine Mehrheit suchen und finden muss und wird. Das ist auch eine Chance für das Parlament und die politischen Parteien. Es ist eine Herausforderung für Regierung und für Opposition. Beide haben die Chance, bei den Bürgerinnen und Bürgern Respekt, Anerkennung und Zustimmung zu erwerben, wenn sie mit dieser Situation verantwortungsvoll umgehen.“ Nach dem Ende der Rede vermerkte das Protokoll: Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der Regierungsbank – Die Abgeordneten der SPD und GRÜNEN erheben sich von ihren Plätzen – Zurufe von der SPD: Bravo!

Freundlich bis distanziert fiel das Echo der Regierungserklärung Krafts in den Medien aus.

„Schaumgebäck“ titelten die Aachener Nachrichten. Es zergehe auf der Zunge, hinterlasse aber nichts Nachhaltiges. Ernst werde es im Landtag erst, wenn die Minderheitsregierung dort das Graubrot des politischen Alltags auftischt. Die Überschrift in der Welt: „Volle Kraft voraus in die Schulden“. Die Ministerpräsidentin lege den Rotstift beiseite, kritisierte die Neue Westfälische und erkannte darin einen abrupten Bruch in der zentralen Frage der Haushaltskonsolidierung. Der Bonner Generalanzeiger sah in der Erklärung das Werben Krafts für eine neue politische Kultur. „Kraft kämpft für ihre Wende“, meinte die tageszeitung. Die Frankfurter Rundschau sah eine Einladung zum Mitmachen. Den Versuch, die gescheiterten Sparkonzepte beiseite zu lassen und den Mut zu Investitionen in die Bildung auch über neue Schulden zu haben, bezeichnete die Zeitung als „Düsseldorfer Wagnis“.

1.5. Die Regierungserklärung wird debattiert

Am Tag darauf, am 16. September 2010, kam es im Plenum zur mehrstündigen Aussprache über die Regierungserklärung. Den Fraktionen und der Landesregierung standen dabei je 70 Minuten Redezeit zur Verfügung. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann urteilte: „Der Regierungserklärung fehlt die Substanz.“ Das Land stehe vor großen Herausforderungen, habe aber keine starke Regierung. Die Schulden aus der Weltwirtschaftskrise müssten zurückgezahlt werden, der demografische Wandel sei zu meistern, der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft weiter zu gestalten.

NRW sei zum ökologischen Industrieland zu wandeln und den Kommunen müsse wieder finanzieller Gestaltungsspielraum gegeben werden. Er, Laumann, vermisse konkrete Einsparungsvorschläge der Landesregierung zur Konsolidierung der Landesfinanzen.

Die Pläne für eine „Einheitsschule“ könne die CDU nicht unterstützen, sie sei nicht bereit, „das vielfältige Schulsystem zum Abschluss freizugeben“. Wenn die Ministerpräsidentin zum geplanten Kraftwerksbau in Datteln schweige, dann sei in seiner Fraktion die Sorge groß, dass Datteln zum Symbol einer verhängnisvollen Industrie- und Wirtschaftspolitik werde. Die Finanzpolitik von Rot-Grün sei erschreckend: Die Regierung wolle „die Nettoneuverschuldung auf 8,9 Milliarden Euro um über 36 Prozent



Das erste Kabinett Kraft (von links): Justizminister Thomas Kutschat; Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger; Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport Ute Schäfer; Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter Barbara Steffens; Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann; Ministerpräsidentin Hannelore Kraft; Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung Svenja Schulze; Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Johannes Remmel; Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr Harry Kurt Voigtberger; Minister für Arbeit, Integration und Soziales Guntram Schneider; Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien Dr. Angelica Schwall-Düren; Finanzminister Norbert Walter-Borjans.

erhöhen“. Es sei dringend nötig, die Probleme der Kommunalfinanzen vor allem strukturell zu lösen. Es sei seine, Laumanns, Befürchtung, dass unter Rot-Grün Wirtschaft und Soziales wieder gegeneinander ausgespielt werden und der Zusammenhalt in NRW auf dem Spiel stehe. Dennoch lade er zu gemeinsamem Handeln ein, betonte der Fraktionschef. Auf gemeinsame Positionen sollte vor allem in der Behindertenpolitik, im Maßregelvollzug und in der Integrationspolitik gesetzt werden. Bei aller Kritik wünsche er der Landesregierung im Interesse des Landes eine glückliche Hand, schloss Laumann. Jede Regierungszeit sei endlich und er hoffe, dass „zwischen heute und dem Ende nicht eine allzu lange Zeitstrecke liegt“.

Das sei der Rückfall in alte Rituale, bemängelte Norbert Römer, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, zur Rede Laumanns, der darauf verzichtet habe, Alternativen zu benennen. Dabei biete die Minderheitsregierung durchaus Chancen zu einer neuen politischen Kultur. Römer warf einen kritischen Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode unter CDU und

FDP und erklärte seine Zuversicht hinsichtlich einer kompromissbereiten und handlungsfähigen Landesregierung unter Hannelore Kraft. Sie werde den Menschen in den Mittelpunkt stellen und die anderen Fraktionen und gesellschaftliche Gruppen einladen, gemeinsam Lösungen zu finden. Verständigungsmöglichkeiten erkannte Römer bei der Steinkohlepolitik sowie in der Arbeits- und Bildungspolitik. „Wir sind weit weg von einem sozial gerechten Schulsystem, das alle Talente nutzt, das die Verschiedenheit schätzt, Leistung fördert und kein Kind zurücklässt“, stellte er fest. SPD und GRÜNE wollten die Wirtschaft stärken und zugleich wirksamen Klima- und Umweltschutz sicherstellen. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen sei zu verbessern und müsse den kommunalen Aufgaben folgen. Wie schon zuvor Laumann, plädierte Römer dafür, das Feld Integrationspolitik im Konsens zu gestalten. Aber Integration, Arbeit und Soziales müssten zusammen gedacht werden. Neue Schulden seien zu rechtfertigen, wenn dadurch im Sinne des vorsorgenden Sozialstaats die Bürgerinnen und Bürger von staatlichen Almosen unabhängiger würden. Aber schon beim Haushalt 2011 werde Rot-Grün alle Möglichkeiten ausloten, „um die Neuverschuldung nachhaltig zu senken“.

GRÜNEN-Fraktionschef Reiner Priggen begrüßte das Angebot des CDU-Chefs zur fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit bei den Themen Maßregelvollzug, Behindertenpolitik und Integration. Aus politischen Alltagsgründen oder wegen kurzfristiger Vorteile sollte man nicht auf dem Rücken von Menschen miteinander ringen, „die auf unsere Hilfe dringend angewiesen sind“. Die abgelöste Regierung habe sicher nicht alles falsch gemacht, aber er sehe relevante Fehler. So habe die CDU in der Bildungspolitik an den Menschen vorbei gehandelt. Angesichts des demografischen Wandels müsse man bereit sein, Gemeinschaftsschulen einzurichten und den Kommunen im Schulwesen gewisse Freiheiten einzuräumen. Wichtig sei angesichts eines beginnenden Fachkräftemangels, den richtigen Weg zu mehr und besser qualifizierten Jugendlichen zu finden. Seine Partei wolle keine Schulform zerstören, sie respektiere aber den Elternwillen. Priggen forderte in diesem Zusammenhang eine „Debatte ohne Scheuklappen“. Er warnte die CDU vor der Versuchung, hier über einen Volksentscheid und andere Dinge nachzudenken. „Wir wollen keinen Schulkrieg auf dem Rücken der Kinder und auch nicht das Gymnasium zerlegen“, meinte der Fraktionschef. „Wir hoffen, dass wir uns in dieser Frage positiv aufstellen.“

Dem Wort der Ministerpräsidentin von der Notwendigkeit einer ökologischen industriellen Revolution im Land stimmte er zu. Es gehe längst nicht mehr um die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, sondern um ganz neue Zukunftsmärkte in den Bereichen Energieeffizienz, Mobilität und Stromerzeugung. Hier müsse das Land fit sein, denn hier befänden sich die zukunftsorientierten Arbeitsplätze für unsere Kinder und Enkelkinder. Die Frage sei: „Stellt sich dieses Land der Herausforderung und erschließt es offensiv die Märkte?“

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, vermisste einen Zukunftsplan. Die Ministerpräsidentin habe in ihrer Regierungserklärung viel geredet, aber wenig gesagt. Die neue Regierung werde dem Land großen Schaden zufügen. Kraft habe zu wichtigen Fragen der Landespolitik geschwiegen, so habe sie unter vielem anderen nichts zu Einsparungen im Landeshaushalt gesagt. Die SPD habe ihr schlechtestes Ergebnis seit 50 Jahren bei der Landtagswahl erreicht, ohne Duldung durch die Linkspartei wäre sie nicht ins Amt gekommen. Das sei Wahlbetrug, der Gipfel der Heuchelei und eine schwere Hypothek für die weitere Arbeit. Wie wenig der neuen Koalition der Mittelstand am Herzen liege, zeige der Umstand, dass sofort damit begonnen worden sei, die marktwirtschaftlichen Elemente in der Gemeindeordnung, für die Schwarz-Gelb gesorgt habe, wieder abzuschaffen. So werde das erfolgreiche Prinzip der FDP „Privat vor Staat“ ins Gegenteil „Staat vor Privat“ verkehrt. „Eine solche Kehrtwende werden wir mit aller Macht bekämpfen“, versprach Papke. Aus rein ideologischen Gründen sollten erfolgreiche Projekte der früheren Regierung, etwa auch die Studiengebühren, die die Bedingungen der Lehre erheblich verbessert hätten, zurückgedreht werden. Funktionierende Realschulen und Gymnasien dürften nicht infrage gestellt werden. Die FDP wolle keinen Schulkrieg, unterstrich der Sprecher. Notwendige Investitionen, etwa in Bildung und Forschung, müssten an anderer Stelle erwirtschaftet werden. Es sei nicht mutig, Geld, das man nicht habe, mit vollen Händen auszugeben. Die durch die neue Regierung geplante Erhöhung der Neuverschuldung sei gleich zu Beginn der Regierungstätigkeit ein Start mit einer Bankrotterklärung und einem Offenbarungseid. Zur Industriepolitik von Rot-Grün: Wenn, wie zu befürchten, das modernste Steinkohlekraftwerk in Datteln zur Investitionsruine werde, dann sei der Ruf des Wirtschaftslandes NRW dauerhaft geschädigt.

Die LINKEN-Fraktionschefin Bärbel Beuermann blickte zurück: Ohne die Enthaltung ihrer Fraktion wäre Hannelore Kraft nicht zur Ministerpräsidentin des Landes gewählt worden. Jetzt hoffe sie auf einen neuen Regierungsstil als echte Chance für die Menschen. Aber bisher könne sie weder etwas von einer tatsächlichen politischen Wende noch von einer Ankunft im Fünf-Parteien-System spüren. Beuermann warnte Kraft davor, unstete Kompromisse in dringenden Fragen einzugehen. Während sie das Regierungsziel, Steuergerechtigkeit zu erreichen, unterstützte, kritisierte sie Rot-Grün für eine zögerliche Haltung, die eine möglichst schnelle Abschaffung der Studiengebühren verhindere. Das dreigliedrige Schulsystem sei antiquiert und ungerecht und gehöre abgeschafft. Die Gemeinschaftsschule sei allerdings kein Ersatz für die Forderung nach einem Ausbau der stark nachgefragten Gesamtschulen. Beuermann forderte zudem, die Grundschulbezirke wieder einzuführen und die Kopfnoten abzuschaffen. Sie kritisierte das „Turbo-Abitur“ und forderte eine staatliche Ausbildungsgarantie. Bildung brauche gezielte Investitionen über Ankündigungspolitik hinaus. Neben dem Thema Bildung setzte die Fraktionschefin weitere Schwerpunkte bei der Gleichberechtigung und Integrationspolitik. Sie plädierte für stärkere Integrationsräte und forderte, die in den Augen ihrer Fraktion unmenschliche Abschiebep Praxis zu stoppen.

Am nächsten Plenartag konnten die Abgeordneten die Überschriften der Medienberichte über die gestrige Aussprache studieren. Was war geschehen: Sagte Laumann Rot-Grün den Kampf an (Aachener Nachrichten) und keilte die Opposition zurück (Bild), ging NRW bald die Kraft aus (Express) oder machte Laumann, der sich eben noch in Rage geredet hatte (General-Anzeiger), Kraft Angebote, wie es der Kölner Stadt-Anzeiger vermeldete?

1.6. Brisanz auch bei weiteren Themen

Die Tagesordnung der 8. Landtagssitzung am 17. September 2010 war auch nicht ohne Brisanz. Auf Antrag von Schwarz-Gelb ging es in einer Aktuellen Stunde um Integrationsprobleme. Beide verlangten auch Auskunft über das Kohlekraftwerk Datteln. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN wollten Aufschluss über einen „geheimen“ Vertrag der Kanzlerin mit der Atomindustrie. Die FDP wandte sich einem ihrer bevorzugten Themen zu, den Ladenöffnungszeiten. All diese Punkte blieben weiter auf der Agenda des Parlaments.

Schon kurz nach der Debatte, auch über die Finanzpolitik der neuen Regierung, gab es am 29. September 2010 wieder Gelegenheit, sich im Plenum grundsätzlich auszutauschen. Gegenstand war die Vorlage des Nachtragshaushalts 2010, mit dem die Landesregierung, wie sie sagte, die Sünden und Versäumnisse der Vorgängerregierung auszugleichen hatte. „90 Prozent der zusätzlichen Ausgaben betreffen Kosten, die lange vor der Regierungsübernahme entstanden sind“, erklärte Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) zu Beginn der ersten Lesung und fuhr fort: „Dieser Nachtragshaushalt korrigiert das, was die Vorgängerregierung verschoben, versteckt oder – sagen wir es freundlich – vergessen hat.“

1.7. Loveparade

Das NRW-Parlament war in den Ferien, als eine Katastrophe Nordrhein-Westfalen erschütterte. Eine Massenpanik bei der Love-Parade in Duisburg kostete 21 Menschen das Leben; über 500 Menschen wurden verletzt. Bei der Trauerfeier fand Ministerpräsidentin Kraft bewegende, mitfühlende Worte; in ihrer Ansprache konnte sie tiefe Anteilnahme, persönliche Betroffenheit und Trost für die Trauernden miteinander verbinden. Das Unglück und die Aufklärung seiner Ursachen beschäftigten die Stadt Duisburg, aber auch den Landtag in der Folgezeit mehrfach. So kamen die Mitglieder des Innenausschusses noch während der Ferien am 4. August 2010 zu einer Sondersitzung zusammen und informierten sich über die aktuellen Erkenntnisse zum Ablauf der Katastrophe. Weil sie Ermittlungsspannen bei der Justiz vermutete, beantragte die LINKE-Fraktion am 1. Oktober 2010 einen Untersuchungsausschuss. Der Antrag wurde von SPD, GRÜNEN und CDU mit der Begründung abgelehnt, zur jetzigen Zeit sei in einem Untersuchungsausschuss mit Ergebnissen nicht zu rechnen. Da die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch liefen, hätten die Beteiligten vor dem Ausschuss allesamt ein Recht auf Zeugnisverweigerung. Die Ablehnung des Antrags der LINKEN habe keineswegs zu bedeuten, dass die ablehnenden und die sich enthaltende FDP-Fraktion gegen einen Untersuchungsausschuss seien – nur nicht jetzt, wo man sich noch im Stadium der Fragen und nicht der Antworten befinde, sondern dann, wenn – auch mit Rücksicht auf die Gefühle der Betroffenen – wirkliche Aufklärung möglich sei. Schon früher, nämlich zu Beginn der Sitzung am 15. September 2010, dem Tag der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Kraft, hatte der Landtag auf seiner ersten



Auch Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland musste sich im Innenausschuss des Landtags den Fragen der Abgeordneten zur Loveparade-Katastrophe stellen

Sitzung nach dem Unglück der Opfer gedacht. Dazu hatten sich die Abgeordneten im Plenarsaal von ihren Sitzen erhoben: „Es ist eine Geste, unsere innere Bewegung, unsere Anteilnahme und Trauer den Eltern, Geschwistern und Partnern, den Angehörigen, Freunden und Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Wir ahnen den Schmerz, unsere Gedanken sind bei Ihnen“, sagte bei dieser Gelegenheit Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg.

1.8. Kommunalfinanzen

Die finanzielle Notlage vieler nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden debattierten die Fraktionen sehr engagiert im Rahmen einer Sondersitzung des Landtags am 29. Oktober 2010. Auf die schwierige Lage aufmerksam gemacht hatte auch das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“, ein Zusammenschluss von Städten aus dem Ruhrgebiet und dem bergischen Land.

Als dramatisch schilderte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die finanzielle Lage der Kommunen. Sie bräuchten so schnell wie möglich Hilfe angesichts der zunehmenden Verschuldung. Ihre schwierige Lage habe strukturelle Ursachen, auf die die Kommunen wenig Einfluss hätten: ste-

tig steigende Sozialausgaben, die Übertragung neuer Aufgaben ohne entsprechende finanzielle Ausstattung oder die Beteiligung der Kommunen am Solidarpakt Ost. Noch mit dem Nachtragshaushalt 2010 plane darum die Landesregierung eine Soforthilfe von 300 Millionen



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Euro. Mit dem Landeshaushalt 2011 wolle ihre Regierung anschließend den Stärkungspakt Stadtfinanzen umsetzen. Kraft erinnerte den Bund an seine Verantwortung und stellte im Landtag bei diesem Thema viel Übereinstimmung fest: „Lassen Sie uns gemeinsam das Signal senden, dass die Kommunen in unserem Land, die Städte, Gemeinden und Kreise, nicht alleine sind.“

Die Bedeutung der Städte und Gemeinden untermauerte CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann mit der Feststellung: „Unsere Kommunen sind gelebte Demokratie.“ Aus dieser Einsicht habe Schwarz-Gelb in den letzten fünf Jahren die Zuwendungen des Landes an die Gemeinden regelmäßig erhöht. Trotzdem gehe es den Kommunen wegen grundsätzlicher Probleme finanziell schlecht. Nach Laumanns



Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Meinung sollte zuerst über eine andere Verteilung der Lasten zwischen Kommunen, Land und Bund die hohe Verschuldung beseitigt werden. Danach sollten die finanziellen Hilfen gewährt werden. Mit Blick auf die Vorlage der Landesregierung forderte der Sprecher, diese Hilfen sollten aber nicht über Pump finanziert werden. Diesen Weg werde die Union nicht mitgehen, versprach er Rot-Grün, „wenn Sie diese Möglichkeiten des Sparens und des Einsetzens von Steuermehreinnahmen haben, wie das jetzt in der nächsten Zeit zu erwarten ist“.

Norbert Römer, SPD-Fraktionsvorsitzender, konstatierte: „Eine kommunale Selbstverwaltung ist vielerorts so gut wie gar nicht mehr möglich“. Nur sechs Großstädte im Land hätten weder ein Haushaltssicherungskonzept noch eine vorläufige Haushaltsführung. „Wir helfen unseren Kommunen schnell und nachhaltig“, das sei die gute Botschaft der Sondersitzung. Er forderte, gemeinsam Lösungen für die klammen Kassen zu finden. Zwar müsse jede Stadt für sich ihren eigenen Haushalt konsolidieren – aber mit Unterstützung des Landes.



Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Fraktion

So werde die von der neuen Landesregierung geplante Soforthilfe den Städten dabei helfen, verloren gegangene Handlungsspielräume wieder zu gewinnen. Römer wörtlich: „Städte und Gemeinden sind in gewisser Weise das Fundament unserer Gesellschaft. Dieses Fundament müssen wir dringend zukunftsfest machen. Es ist daher nur konsequent, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Fraktionen des Landtags mit Blick auf die Gemeindefinanzkommission in Berlin Abhilfe schaffen muss und will und dass der Bund mehr in die Verantwortung genommen wird.“

Die Einsicht sei entscheidend, dass es sich bei den finanziellen Problemen der Gemeinden um strukturelle Probleme handle, die diese nicht einfach durch eine andere Haushaltsführung und großen Sparwillen lösen könnten, erklärte der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Reiner Priggen. Es nütze alles nichts, „wenn das, was wir hier starten, nicht dazu führt, dass sich die Bedingungen grundsätzlich ändern, damit der Staat und die Kommunen den Aufgaben, die sie erledigen müssen, auch wirklich nachkommen können“. Aus diesem Grund forderte Priggen grundsätzliche Änderungen, vor allem eine andere



Reiner Priggen, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lastenverteilung gegenüber dem Bund. Wenn man für das im Konsens zwischen drei Landtagsfraktionen beschlossene Anliegen mehr als verständnisvolles Schulterklopfen in Berlin ernten wolle, „dann müssen wir uns zusammen nach Berlin aufmachen und unseren jeweiligen Bundestagsfraktionen, unseren Landesgruppen deutlich machen, dass das keine Veranstaltung nur für einen Tag und nur zum Spaß ist, sondern nur Sinn macht, wenn auch Berlin versteht: So, wie es in den letzten Jahren gelaufen ist, geht es nicht weiter“.



Dr. Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Dr. Gerhard Papke (FDP) war der Meinung, vor allem die stetig wachsenden Sozialausgaben stellten für die Gemeinden eine nicht mehr tragbare Belastung dar. Der Bund beteilige sich daran kaum, „das darf nicht so bleiben“. Der eingeschränkte kommunale Handlungsspielraum wirke sich entscheidend auf die Lebensqualität vor Ort aus. Die Kommunen müssten erstens durch den Wegfall staatlicher Regulierungen, überflüssiger Bürokratie und überzogener Standards, zweitens durch finanzielle Unterstützung entlastet werden. Großen Wert legte Papke auf die Feststel-

lung, dass die jährliche Zuwendung von 300 bis 400 Millionen Euro „durch Einsparungen oder Steuermehreinnahmen erwirtschaftet werden kann und der verfassungsrechtlich gebotene Ausgleich des Landeshaushalts bis 2020 nicht gefährdet wird“. Dieser Passus im Änderungsantrag seiner Fraktion sei Voraussetzung dafür, dass die FDP einer gemeinsamen Initiative beitreten könne. Der FDP-Fraktionschef: „Wir wollen helfen, aber wir werden den Pfad haushaltspolitischer Seriosität nicht verlassen.“

Als Katastrophe beschrieb Wolfgang Zimmermann, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, die finanzielle Situation in den Kommunen. Allein in diesem Jahr kämen die Städte auf ein strukturelles Defizit von 15 Milliarden Euro. Schuld an der prekären Lage sei vor allem die falsche Steuerpolitik der letzten Jahre, für die all jene in den Parteien Schuld trügen, die für Steuerentlastungen für die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkom-

men und für die Unternehmen gesorgt und dadurch den Gemeinden Geld entzogen hätten. Damit die Kommunen wieder mehr als ihre Pflichtaufgaben erfüllen könnten, forderte Zimmermann unter anderem, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer umzubauen, die Vermögensteuer wieder einzuführen, eine gerechtere Erbschaftsteuer sowie ein umfassendes Entschuldungs- und Investitionsprogramm einzurichten. Mit dem Entschuldungsprogramm sollten die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, „selbstverwaltet zu agieren, der rigorosen Sparpolitik ein Ende zu bereiten und vor allem Personal- und Sozialabbau sowie die Privatisierung öffentlichen Eigentums zukünftig zu verhindern“.



Wolfgang Zimmermann, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Innen- und Kommunalminister Ralf Jäger (SPD) unterstrich, mit dem Nachtragshaushalt 2010 seien bereits 300 Millionen Euro als Soforthilfe vorgesehen, die in den nächsten Jahren kontinuierlich gezahlt werden sollen. Darüber hinaus solle neben den Leistungen des Bundes noch ein Betrag von etwa 300 bis 400 Millionen Euro zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen dienen. Der Minister: „Das ist angesichts der Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen eine unglaubliche Kraftanstrengung.“ In einem solchen Kraftakt, einem solchen Pakt, der zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen geschlossen werden solle, müsse es auch einen Eigenbeitrag der Kommunen geben. Sie müssten mit dazu beitragen, sich selbst zu konsolidieren. Die Konsolidierung wirklich anzugehen, das nehme er heute als Auftrag des Parlaments mit. Es sei außerordentlich wichtig, dass der hier vorgelegte Antrag als Auftrag an die Landesregierung verstanden werde, mit dem Nachtragshaushalt 2010, aber auch mit dem Haushaltsentwurf des Jahres 2011 die Grundlagen dafür zu legen, mit den Landesmitteln, mit der Beteiligung der Kommunen, mit dem partnerschaftlichen Umgang, mit der Beratung der Kommunen einen Konsolidierungsweg einzuschlagen. Das müsse in den Haushaltsentwurf eingearbeitet werden. „Dies war ein guter Tag für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen“, schloss Jäger.

Der Antrag „Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben – Der nordrhein-westfälische Landtag bleibt Partner und Anwalt der Kommunen“ fand die breite Mehrheit der antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN; FDP und LINKE enthielten sich bei der Schlussabstimmung. Mehrere Teile des Antrags wurden aber auch einstimmig beschlossen.

1.9. Modell Gemeinschaftsschule

Über 80 Kommunen hätten um Beratung für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule nachgesucht, weil sie auch in Zukunft ein attraktives und wohnortnahes Schulangebot erhalten wollen. Die Landesregierung habe mit dem Modellvorhaben eine Möglichkeit geschaffen, die allen offen steht, aber auf keine Kommune Zwang ausübt. So steht es im Antrag von SPD und GRÜNEN, mit dem sie eine Aktuelle Stunde über das Projekt Gemeinschaftsschule am 2. Dezember 2010 beantragten.

Für NRW gelte nicht mehr die Klage, dass Bildungspolitik nirgendwo hohe Priorität genießt. „Wir haben eine Ministerpräsidentin, die Bildung in ihrer Regierungserklärung zur Chefsache gemacht hat, und eine stellvertretende Ministerpräsidentin, die dieses Thema auch zu ihrer Chefsache macht“, stellte Renate Hendricks (SPD) fest und sagte mit Blick auf andere Länder zu Beginn der Debatte: „An dieser Stelle kann ich sagen: Wir in Nordrhein-Westfalen sind völlig anders aufgestellt.“ Die Zahl der Anträge und Nachfragen zum Modellversuch machten deutlich, dass die Chancen erkannt würden. Denn eine solche Schule ermögliche es den Städten und Gemeinden, zukunftsfähige Bildungsangebote zu gestalten; außerdem verbessere sich durch längeres gemeinsames Lernen die Chancengerechtigkeit. Die Opposition müsse sich entscheiden: das Schulsystem zusammen mit Rot-Grün über die Gemeinschaftsschule zukunftsfähig machen oder die weitere Entwicklung ausbremsen.

Josefine Paul (GRÜNE) begann: „Dass das keine Frage der Ideologie, sondern vielmehr eine Frage des Notwendigen ist, erkennt man, wenn man einen Blick in die Landschaft wirft. Schulen und Kommunen haben sich doch schon längst auf den Weg gemacht, um mit viel Engagement ihre Schule im Dorf zu lassen und in den Städten attraktive Schulangebote auf den Weg zu bringen.“ Das starre Festhalten am mehrgliedrigen Schulsystem um jeden Preis gehe an jeder

Realität vorbei. Die Entwicklungen ließen sich nicht wegdiskutieren. „Es ist aber die Frage, wie man damit umgeht. Man kann sich diese Entwicklungen auf die Füße fallen lassen, wie CDU und FDP das in ihrer Regierungszeit gemacht haben, oder man kann den Wandel gestalten.“ Die FDP entlarve sich mit ihrem Antrag schlicht als die wahre „Dagegen-Partei“. Paul erwähnte, dass der Städte- und Gemeindebund den Modellversuch der Landesregierung begrüße.

Einen Abschied vom differenzierten Schulsystem erkannte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) in der Gemeinschaftsschule. Das rot-grüne Gemeinschaftsschulprojekt werfe mehr Fragen und Zweifel auf, als Antworten und Lösungen zu liefern. „Es ist eine Schulform, die von ideologischen Abenteurern auf dem Reißbrett entworfen worden ist“, kritisierte sie. Natürlich müsse das Land auf demografische Veränderungen, auf rückläufige Schülerzahlen reagieren und Eltern und Schulträgern verlässlich zur Seite stehen, „aber unideologisch und nicht zulasten der Qualität der Bildung“. Ihre Partei schlage dafür die Gründung von Schulverbänden vor und regte an, regionale Mittelschulen zu erproben. Es müsse weiter differenzierte Bildungsgänge geben, um allen Talenten und Begabungen, aber auch Schwächen gerecht zu werden. Das Urteil der Abgeordneten: „Die Gemeinschaftsschule bedeutet den Abschied von einem differenzierten Schulsystem und aufgrund der Einbeziehung gymnasialer Standards, die bislang nicht mal definiert sind, letztlich tatsächlich den Einstieg in eine Einheitsschule.“

Den Erhalt des Gymnasiums beschwor ebenfalls Professor Thomas Sternberg (CDU), als er voraussagte: „In den neuen Schulen werden alle bemüht sein zu beweisen, dass sie ‚Gymnasium können‘.“ Die sogenannte Gemeinschaftsschule sei nicht die richtige Antwort auf die vorhandenen Probleme. Wie etwa werde in ihr durch die völlige Fixierung und Konzentrierung auf gymnasiale Standards eigentlich die dringend notwendige, von Schülern nachgefragte und von der Wirtschaft verlangte Berufsorientierung sichergestellt? Es heiße zwar aufseiten der Landesregierung, die neuen Schulen dürften nicht auf der Basis existenzgefährdeter Hauptschulstandorte errichtet werden. Außerdem dürfe es keine Bestandsgefährdung der Schulen anderer Träger bedeuten. Sternberg skeptisch: „Das werden wir sehen. Man hört ganz anderes.“ Seine Partei verstehe die Schulpolitik nicht – wie andere – als Kampf. „Wir wollen eine behutsame Weiterentwicklung einer erfolgreichen Schullandschaft. Wir wollen Ressourcen für alle Schulformen und nicht die Bevorzugung von einer.“

Wenn in Sachen Schulstruktur ewig immer wieder das Gleiche im Parlament und in den Ausschüssen hin und her gewendet werde, dann sehe sie darin nur Geldverschwendung, urteilte Gunhild Böth (LINKE). Die Opposition müsse irgendwann einmal einsehen, dass sie verloren habe und keine Mehrheit für ihre Schulpolitik finde. Die FDP könne ja im Land für ihre Schule werben und die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen versuchen. Bei der letzten Wahl aber hätten die sich für eine andere Schulpolitik ausgesprochen. Statt Geld zu verschwenden, solle man es besser verwenden und es den Schulen geben, „damit sie irgendetwas Vernünftiges machen, und wir nicht immer wieder denselben Quark diskutieren“.

Bei Enthaltung der LINKEN hatten SPD und GRÜNE vorher das 4. Schulrechtsänderungsgesetz verabschiedet und damit die Kopfnoten abgeschafft, die verbindlichen Grundschulgutachten rückgängig gemacht, die Grundschuleinzugsbezirke wieder eingeführt – Vorschriften, die während der Regierung Rüttgers von CDU und FDP beschlossen worden waren. Außerdem führten die rot-grünen Regierungsfractionen die Drittelparität in der Schulkonferenz wieder ein.

1.10. Handlungsraum für die Stadtwerke

Zitat aus dem Gesetzentwurf zur Revitalisierung des Gemeindefirtschaftsrechts: „Das Gemeindefirtschaftsrecht wird in §107 GO NRW wieder in den Stand vor der Gesetzesänderung im Jahr 2007 gebracht. Für die energiewirtschaftliche Betätigung einer Kommune wird eine neue Regelung als §107a hinter den bisherigen §107 GO NRW eingefügt. Der §108 GO NRW erfährt eine Änderung, die die effiziente Aufgabenerledigung der Kommunen erleichtert.“ Was wäre die Alternative, fragt der Entwurf. „Das bestehende Gemeindefirtschaftsrecht bleibt erhalten. Die Kommunen werden in ihrer wirtschaftlichen Betätigung weiter behindert und gegenüber der privaten Wirtschaft benachteiligt. Monopolartige bzw. oligopole Strukturen im Energiemarkt werden verfestigt.“ So die Ausgangslage bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen von SPD und GRÜNEN, der auch die Stimmen der Fraktion DIE LINKE erhielt, in der vorletzten Sitzung des Jahres am 15. Dezember 2010. Mit dem Gesetz wurde die von CDU und FDP in der vorangegangenen Wahlperiode festgelegte Begrenzung für die Stadtwerke rückgängig gemacht.

Marc Herter (SPD) holte aus: „Wir beraten heute auf der Zielgeraden die Öffnung des Gemeindefirtschaftsrechts. Das ist eine gute Nachricht für die Stadtwerke, für die anderen Kommunalunternehmen und für viele andere mehr. Das ist eine gute Nachricht für die Städte und Gemeinden im Land.“ Es sei auch eine gute Nachricht für Handwerk und Mittelstand und die freien Berufe im Land. Denn die regionale Ökonomie sowie mittelständische Betriebe würden gestärkt und das Gegeneinander von Handwerk und Mittelstand vor Ort auf der einen Seite und kommunalen Betrieben auf der anderen Seite beendet. Auch die Ideologie des „Privat vor Staat“ finde ihr Ende. Den kommunalen Betrieben werde damit eine gleichberechtigte Teilnahme am Wettbewerb ermöglicht, nicht zuletzt den auf den liberalisierten Märkten agierenden kommunalen Energieerzeugern. Das könne zu positiven Auswirkungen auf die Endverbraucher führen und dazu beitragen, „das Oligopol weniger Energieversorger – nämlich genau vierer – auf dem deutschen Energiemarkt nachhaltig zu brechen“.

Diese Argumentation unterstützte Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE). Mit dem Gesetzentwurf werde „endlich ein Kapitel zugeschlagen, das die Kommunen in Nordrhein-Westfalen gängeln sollte...“. Der GRÜNEN-Sprecher setzte sich für eine dezentrale Energieversorgung, für mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt und für mehr Handlungsräume der Kommunen bei der sonstigen Kommunalwirtschaft ein.

Es sei ein vernünftiges Gemeindefirtschaftsrecht notwendig, das dafür sorgt, dass die Stadtwerke-Konzerne, städtische Wohnungsbaugesellschaften und weitere Gesellschaften der Kommunen einen vernünftigen Rahmen gesetzt bekommen. Das sollte auch ein vernünftiger Schutz vor Selbstüberschätzung und vor Maßnahmen sein, die nicht der Daseinsvorsorge und den dazu angegliederten Bereichen zuzuordnen sind, sondern wirtschaftlicher Betätigung im Allgemeinen. Das stellte Benedikt Hauser (CDU) klar. Da sollte man weder vom Untergang der Stadtwerke noch des Mittelstandes sprechen. In der energiewirtschaftlichen Betätigung sei man eng beieinander, anders sei die Sache von Geschäftsfeldern, wo kommunale Unternehmen mit Preisen auftreten könnten, denen Handwerk und Mittelstand nichts entgegenzusetzen hätten.

Auf die Zeit vor dem Jahr 2007 wies Dietmar Brockes (FDP) hin: Bis dahin wären kommunale Unternehmen in jede „Lebensritze“ gedrungen: „Städte

und Gemeinden betrieben Kfz-Werkstätten, Fitnessstudios, Campingplätze, Hotels, Gaststätten, Abschleppdienste und Gärtnereien – zulasten des Handwerks, der freien Berufe, des Handels und der mittelständischen Wirtschaft.“ Erst durch Schwarz-Gelb sei dieser kommunale Wildwuchs eingedämmt worden. Brockes weiter: „Mit ihrem Mittelstandsvernichtungsgesetz wollen SPD und GRÜNE der öffentlichen Hand nun erneut erlauben, in privatwirtschaftlich gut funktionierenden Märkten zu wildern.“ Den Schwerpunkt des vorliegenden Gesetzentwurfs bildeten die Regelungen zur kommunalwirtschaftlichen Betätigung im Energiesektor. In diesem Bereich sollten Städte und Gemeinden zukünftig weit über ihren Eigenbedarf hinaus aktiv werden dürfen. Außerdem solle ihnen erlaubt werden, überörtlich und auf ausländischen Märkten Geschäfte zu machen. Damit, so der Abgeordnete, schaffen SPD und GRÜNE die Grundlage für öffentliche Megakonzerne und ermöglichen sechs hoch verschuldeten Ruhrgebietsstädten, auf Pump den fünftgrößten Kraftwerksbetreiber Deutschlands, die Steag, zu kaufen. Hier bestehe die Gefahr, dass man sich zulasten der Bürger „verzocke“.

Man wolle keine öffentlichen Unternehmen, die sich wie Private benehmen, stellte Özlem Alev Demirel (LINKE) richtig: „Unsere Anforderungen an die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sind erstens Versorgungssicherheit und Gemeinwohlorientierung, zweitens demokratische Kontrolle durch Kommunalparlamente, Beschäftigte und Nutzerinnen und Nutzer, drittens soziale Ausgewogenheit, Serviceorientierung und Kundenfreundlichkeit und viertens Ökologie und Nachhaltigkeit.“ Demirel lobte, dass Rot-Grün seinen Entwurf auf Vorschlag ihrer Fraktion verbessert hätten: statt der Anzeige- gebe es jetzt eine Genehmigungspflicht für kommunale Energieversorger, wenn sie im Ausland tätig werden wollten, denn dafür sehe man keinen am Gemeinwohl orientierten Grund.

Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD) riet, sich vor Ort in den Kommunen und Kreisen umzuhören, dort vernehme man ganz andere Argumente und erlebe ganz andere Diskussionen. Der Minister: „Ich glaube, man sollte sich einfach mal die Kommunen hier zum Maßstab nehmen, die schon wissen, was letztendlich für ihre Bürgerinnen und Bürger wichtig und richtig ist und auf welchen Weg sie sich machen wollen.“ Städte und Gemeinden hätten eine besondere Verantwortung, denn ein dynamischer Energieversorgungsmarkt biete nicht nur Chancen, sondern berge auch

Risiken. Aber: „Letztendlich werden wir die Situation für die Bürgerinnen und Bürger wieder deutlich verbessern können.“

1.11. Hammelsprung und Parlamentsbilanz 2010

Insgesamt kamen die 181 Abgeordneten des Landtags NRW seit der konstituierenden Sitzung am 9. Juni 2010 zu 20 Plenarsitzungen zusammen und verabschiedeten 10 Gesetze. Dabei war es keinesfalls so, dass sich immer SPD und GRÜNE auf der einen Seite und CDU und FDP auf der anderen Seite konfrontativ gegenüberstanden und die LINKE das Zünglein an der Waage spielen durfte. Die Abstimmungen lieferten vielmehr ein sehr differenziertes Bild: Gewiss enthielt sich die LINKE beim Schulrechtsänderungsgesetz, beim Gemeindefinanzierungsgesetz, beim Nachtragshaushalt 2010 – dort gab es auch einzelne Ja-Stimmen bei der Linksfraktion – oder stimmte bei der Revitalisierung des Gemeindegewirtschaftsrechts oder beim Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales mit SPD und GRÜNEN und sorgte so dafür, dass Rot-Grün die Gesetze durch den Landtag bringen konnte. Andererseits jedoch wurde das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr von allen fünf Fraktionen verabschiedet. Und beim Bürokratieabbaugesetz sowie beim Zensusgesetz stimmte allein die LINKE gegen die Gesetzentwürfe. Einstimmigkeit gab es beim Gesetz über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im



Hammelsprung im Landtag: Die Abgeordneten verlassen den Plenarsaal und werden von den Schriftführerinnen und Schriftführern beim Durchgang durch die Tür ihrer Wahl – JA – ENTHALTUNG – NEIN – registriert.



feuerwehrtechnischen Dienst bei Enthaltung der CDU und beim Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch bei Enthaltung der LINKEN. Es wurde also im Landtag NRW sehr unterschiedlich nach sachlichen Erwägungen und Standpunkten von den Fraktionen votiert.

Zu tumultartigen Szenen kam es dann unerwartet bei einem ganz anderen Thema. Dabei wurden dann allerdings in aller Deutlichkeit die knappen und schwierigen Mehrheitsverhältnisse im Landtag NRW offenkundig. Einem Antrag von CDU und FDP, in dem diese

der Polizei für den besonnenen Einsatz bei den Castor-Transporten danken wollten, setzten SPD und GRÜNE den Entschließungsantrag „Atomdeal der Bundesregierung bringt die Menschen zu Recht auf die Straße – großer Dank gilt unseren Polizistinnen und Polizisten“ entgegen. Zunächst sah es so aus, als ob nicht nur der schwarz-gelbe, sondern auch der rot-grüne Antrag keine Mehrheit gefunden habe. Eine zweimalige Auszählung ergab kein eindeutiges Abstimmungsbild. Bei dem ständigen Kommen und Gehen sowie großer Unruhe im Plenarsaal war für Landtagspräsident Uhlenberg und den beiden Schriftführern – einer von den Regierungsfractionen, einer aus den Reihen der Opposition – kein präzises Abstimmungsergebnis feststellbar, so dass Uhlenberg schließlich gemäß der Geschäftsordnung den Hammelsprung anordnete.

CDU und FDP protestierten heftig gegen die Wiederholung der Abstimmung, da ihrer Meinung der Antrag der Regierungsfractionen gescheitert war, und beteiligten sich, wie angekündigt, nicht am Hammelsprung. Mit 90 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen wurde schließlich der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN angenommen. Von der angekündigten Klage beim Verfassungsgerichtshof, mit der festgestellt werden sollte, ob Landtagsprä-

sident Uhlenberg bei der Abstimmung richtig gehandelt habe, sahen dann allerdings die Fraktionen von CDU und FDP ab, offenbar nachdem sie die Erfolgsaussichten näher beurteilt hatten.

Wenige Wochen später, jedoch bereits im neuen Jahr, musste Landtagspräsident Uhlenberg erneut den Hammelsprung anordnen, weil das Abstimmungsergebnis durch einfaches Auszählen nicht feststellbar war. Abgestimmt wurde über einen Antrag der FDP-Fraktion „Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 darf nicht zulasten des ländlichen Raums gehen“. Vorausgegangen waren hitzige Debatten über „Dioxin in Futter- und Lebensmitteln – Aktueller Sachstand und Konsequenzen“ sowie über Konsequenzen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 2011 in dem verfassungsrechtlichen Verfahren betreffend das Nachtragshaushaltsgesetz 2010.

Die Fachausschüsse des NRW-Parlaments tagten in dieser Zeit in 140 Sitzungen und holten in 12 öffentlichen Anhörungen, beispielsweise zum Artenschutz, zu Studiengebühren oder zum Jugendmedienschutz, die Stellungnahmen von externen Sachverständigen ein. An die Regierung richteten die Abgeordneten 405 Kleine Anfragen sowie eine Große Anfrage zu Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen.

Im November setzte der Landtag auf Antrag der Fraktion die GRÜNEN die Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen“ ein. In dem Antrag heißt es, dass ausländische Investoren den deutschen Wohnimmobilienmarkt für sich entdeckt und große Wohnportfolios der öffentlichen Hand sowie von privaten Unternehmen erworben hätten. Es müsse befürchtet werden, dass sich die Investoren, international agierende Investmentfonds, nicht langfristig am Markt engagierten. Das könne weitreichende Veränderungen auf den Wohnungsmärkten zur Folge haben: Wohnungen würden zur Handelsware, Mieterinnen und Mietern drohten wegen des mehrfachen Eigentümerwechsels Mieterhöhungen und Verluste eines Teils ihrer Rechte. Am Ende der Verwertungskette privater Finanzinvestoren stünden „Schrottimobilien“, durch die auch in der Nähe liegende Wohnungsbestände engagierter Eigentümer in die Abwärtsspirale gezogen werden könnten.

2. Das Jahr 2011: Vom Nachtragshaushalt bis zum Raum der Stille

Das Jahr 2011 brachte die Landesregierung zunächst in Turbulenzen. Wenige Wochen später jedoch schien sie gefestigt und das, was viele als Risiko für den Bestand des rot-grünen Bündnisses erschienen war und angeblich permanent die Gefahr von Neuwahlen in sich barg, nämlich wechselnde Mehrheiten, wurde ein gutes Stück Normalität. Die Beobachter des politischen Geschehens erlebten im Landtag, dass die „Einladung“, die Ministerpräsidentin Kraft in ihrer Regierungserklärung ausgesprochen hatte, nicht in Bausch und Bogen ausgeschlagen, sondern von Fall zu Fall angenommen wurde. Viele werteten das als Ausdruck des verbreiteten Gefühls demokratischer Verantwortung für das ganze Land. Es lag aber auch an der Überzeugungskraft, der Kompromissbereitschaft und dem Verhandlungsgeschick der handelnden Personen. Sie trugen – jeder auf seinem Platz in Koalition oder Opposition – zum Funktionieren der Volksvertretung bei. Und der Koalition sicherte das – zumindest für diese zwölf Monate – Stabilität.

2.1. Nachtragshaushalt 2010

Das neue Jahr begann mit einem Paukenschlag. Gleich in der ersten Plenarsitzung am 19. Januar 2011 musste die Landesregierung das Parlament über eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Münster informieren. Das Gericht hatte auf Antrag der Oppositionsfraktionen von CDU und FDP eine einstweilige Anordnung erlassen, die sich gegen den von der Landesregierung vorgelegten Nachtragshaushalt 2010 richtete. Bereits bei seiner Beratung hatte der Nachtragshaushalt die Gemüter erhitzt. Als Schlussbilanz der abgewählten schwarz-gelben Regierung verstanden ihn die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN während der abschließenden 3. Lesung im Dezember 2010. Der Nachtrag sei notwendig, um Finanzlücken zu schließen und die Finanzen des Landes wieder auf eine solide Basis zu stellen. Dem hielten CDU und FDP entgegen, dass der Nachtragshaushalt völlig vom bisherigen Kurs der Haushaltskonsolidierung abweiche. Die beiden Fraktionen kritisierten vor allem den Anstieg der Neuverschuldung auf 7,1 Milliarden Euro trotz der sprudelnden Steuereinnahmen sowie



Ernste Mienen auf der Regierungsbank

die kreditfinanzierten Rücklagen für die Westdeutsche Landesbank und bezeichneten den Nachtragshaushalt als verfassungswidrig.

Wie unter einem Brennglas wurden am Nachtrag die gegensätzlichen finanzpolitischen Auffassungen der Regierungsfractionen SPD und GRÜNEN auf der einen Seite und der Oppositionsfractionen CDU und FDP auf der anderen Seite deutlich, während der LINKEN die finanzpolitischen Akzente der Regierung vielfach nicht klar genug gesetzt waren und sie deshalb einen tatsächlichen Politikwechsel vermisste.

In der 3. Lesung des Nachtragshaushalts war es am 16. Dezember 2010 zur Generaldebatte zwischen den Spitzen der Fraktionen und der Landesregierung gekommen. Nicht nur mangelnden Konsolidierungswillen, sondern auch einen Bruch der politischen Kultur warf Karl-Josef Laumann (CDU) Ministerpräsidentin Kraft vor und sah diese auf einer finanzpolitischen und verfassungspolitischen Geisterfahrt. Auch Dr. Gerhard Papke (FDP) warf der Landesregierung vor, die Probleme zu ignorieren. Es könne nicht sein, dass trotz unverhoffter Steuereinnahmen neue Schulden hinzukämen. Noch nie habe sich in NRW eine Regierung so dreist von dem Ziel der Haushaltskonso-

lidierung verabschiedet. Die Vorsitzenden der beiden Regierungsfractionen Norbert Römer (SPD) und Reiner Priggen (GRÜNE) sowie Finanzminister Norbert Walter-Borjans hingegen verteidigten den Nachtragshaushalt. So wies der Finanzminister den Vorwurf, der Nachtrag sei verfassungswidrig, zurück. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei nicht in Ordnung, wie der Rückgang der kommunalen Einnahmen und der Anstieg bei den Empfängern von Wohngeld belege. Zur Abwehr dieser Störungslage sei die Nettoneuverschuldung von 7,1 Milliarden Euro erforderlich. Römer hielt CDU und FDP vor, bei ihrer Buchhaltung getäuscht und getrickst zu haben, um über den Wahltermin 2010 zu kommen. „Wir tun nichts anderes, als die Finanzen des Landes wieder auf eine ehrliche und solide Basis zu stellen“, erklärte der SPD-Sprecher. Der Staat müsse in Prävention investieren, um „Reparaturkosten“ zu vermeiden. Auch Priggen bezeichnete den Nachtrag als „Aufräumarbeit“, Fehlmaßnahmen von Schwarz-Gelb würden damit korrigiert. Priggen an die Adresse von CDU und FDP: „Sie sind nicht zufällig abgewählt worden.“ Ohne die LINKE hätte es diesen Nachtragshaushalt so nicht gegeben, erklärte Wolfgang Zimmermann (LINKE). Der Nachtrag sehe keinen Sozialabbau, keinen Stellenabbau und keine Fortsetzung des Privatisierungsprogramms der früheren schwarz-gelben Landesregierung vor. Trotzdem charakterisierte Zimmermann den Nachtrag als „zaghafte, kleinstmütige, inkonsequente“. Die LINKE werde deshalb nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof verpflichtete nun im Januar 2011 die rot-grüne Landesregierung, bis zu einem endgültigen Urteil keine weiteren Kredite auf der Basis des Nachtragshaushalts 2010 aufzunehmen. Als „krachend gescheitert“ werteten CDU und FDP die Haushaltspolitik der Regierung. Beide forderten eine „Abkehr“ von nicht einzuhaltenden Versprechungen und eine „Umkehr“ zu einer Finanzpolitik der Konsolidierung. Die Regierungsfractionen dagegen verwahrten sich vor einer „Verwechslung“ der vorläufigen richterlichen Entscheidung mit einem endgültigen Urteil. Ministerpräsidentin Kraft blieb bei ihrer Position, den Weg einer vorbeugenden, auf Bildung setzenden Politik fortzusetzen.

Damit war das Konfliktthema „Finanzen“ noch lange nicht ausgereizt. Die rot-grüne Haushaltspolitik rückte erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit,

nachdem Finanzminister Norbert Walter-Borjans mitgeteilt hatte, 1,3 Milliarden Euro weniger Schulden machen zu müssen. Es sei unglaublich, dass die Regierung von der neuen Bilanzlage tatsächlich überrascht worden sei, kritisierte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke. Und auch der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Christian Weisbrich warf dem Finanzminister vor, die neuen Zahlen bereits seit längerem gekannt zu haben. Rüdiger Sagel von der LINKEN attestierte dem Finanzminister, keine gute Figur gemacht zu haben. Ministerpräsidentin Kraft hingegen verteidigte Walter-Borjans. Die „Empörungsmaschinerie“ von CDU und FDP habe nichts mit der Realität der Haushaltspolitik zu tun. Sie könne keine Fehler des Finanzministers erkennen. Diesem sei es darum gegangen, den Verfassungsgerichtshof ordentlich über eine Haushaltsverbesserung zu informieren.

Am 15. März 2011 kam dann das Urteil des Verfassungsgerichtshofs. Es gab der Klage von CDU und FDP statt und erklärte den Nachtragshaushalt 2010 für verfassungswidrig und damit für nichtig. Es sah die von der Verfassung vorgegebene Obergrenze für neue Kredite überschritten und in der Aufnahme der Schulden keine geeigneten Maßnahmen zur Abwehr von Störungen im gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht. In einer Sondersitzung debattierte der Landtag über das Urteil. „Wir mussten die nachfolgenden Generationen mit dem Gang zum Verfassungsgericht vor Ihrer Schuldenpolitik schützen“, wandte sich Karl-Josef Laumann (CDU) an die Landesregierung. Und Dr. Gerhard Papke (FDP) stellte fest, dass niemals zuvor ein Gericht der Verschuldungspolitik so klar und deutlich einen Riegel vorgeschoben habe. Für die Regierungsfaktionen und die Regierung selbst blieb die Konsequenz, dass der Nachtragshaushalt nach dem Urteil nicht mehr zu realisieren sei. Der Finanzminister kündigte an, jeden zusätzlichen Steuercent zu nutzen, um das Haushaltsproblem in den Griff zu bekommen und den Haushalt zu sanieren. Das Ziel, die neuen Schulden bis 2020 auf null runter zu fahren, müsse NRW beherzt angehen.

Die Medien kommentierten die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs entsprechend: „Offenbarungseid“, „Grätsche vom Gericht“, „krachende Niederlage“, „Die Luft wird dünner“ oder „Auf ganzer Linie gescheitert“, lauteten die Überschriften. Der NRW-Verfassungsgerichtshof habe, so die Aachener Nachrichten, mit politischer Lyrik über eine präventive Vorsorgepolitik nicht viel anfangen können. Rot-Grün

habe mit immer neuen taktischen Rochaden für die Begründung des Nachtragsetats 2010 schwere handwerkliche Fehler gemacht.

Die NRZ stellte fest: „Es geht also um nicht mehr und nicht weniger als um das politische Hauptanliegen der Regierung Kraft: kostenloses Studieren, gebührenfreier Kita-Besuch, finanzielle Unterstützung für notleidende Kommunen.“

Hannelore Kraft, so die Ruhr Nachrichten, müsse den Spagat schaffen weg von dem Titel „Schuldenkönigin“ hin zur Verfechterin einer Politik, die sozialdemokratisches Klientel nicht verschreckt und gleichzeitig bezahlbar bleibt.

Etliche Kommentatoren sahen in dieser Situation Neuwahlen in NRW als unausweichlich an, werteten allerdings als sichere Gewinner nur die GRÜNEN bei einer Landtagswahl zum derzeitigen Zeitpunkt; die CDU könne trotz ihres Erfolges vor Gericht keinesfalls mit einem Wahlsieg und der Übernahme der Regierungsverantwortung rechnen.

2.2. Studiengebühren abgeschafft

Ebenfalls hoch her ging es im Landtag, als Rot-Grün damit begann, eines der Wahlversprechen umzusetzen, nämlich die Studiengebühren wieder abzuschaffen. Die SPD beantragte in der Sitzung am 24. Februar 2011 namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung. Von den anwesenden Parlamentariern stimmten 98 mit Ja, 76 mit Nein. Rot-Grün hatte aus der Minderheit heraus eine Mehrheit bekommen und mithilfe der LINKEN das Gesetz durchgesetzt.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) sagte, es habe viele warnende Stimmen zur geplanten Abschaffung gegeben. Es gebe keinen Beleg für die abschreckende Wirkung der Gebühren. Warum dann ein Gesetz, das den Studierenden massiv schade und den Hochschulen eine wichtige Finanzierungssäule wegnehme? „Das ist widersinnig und ideologisch und gerade für die Studierenden eine Katastrophe.“ Die angekündigten Kompensationsmittel von knapp 250 Millionen Euro führten zu einer drastischen Unterfinanzierung. Die Mittel fehlten für Studium und Lehre. Die Folge: „Die Qualität des Studiums wird sich Jahr für Jahr verschlechtern.“ Der LINKEN hielt er vor,

sie sei Mehrheitsbeschaffer und stimme dem Gesetzentwurf nur zu, „weil Ihnen Ihr persönliches Landtagsmandat viel wichtiger ist als Ihre politischen Grundsätze. Sie haben Angst vor Neuwahlen“. Der Abgeordnete sagte voraus, aus reiner Finanznot werde Rot-Grün Studienbeiträge bald wieder einführen müssen: „Wir sind schon sehr gespannt auf ihre gewundenen Erklärungen, die sie dann abliefern müssen.“

Ganz anders der SPD-Abgeordnete Karl Schultheis: „Es ist ein Tag der Freude. Wir brauchen in diesem Land – und nicht nur hier – jedes Talent und können es uns nicht erlauben, auch nur ein einziges Talent wegen Studiengebühren zu verlieren.“ Aber es drehe sich nicht nur um die Zukunftschancen der jungen Generation, sondern im Kern sei auch die Zukunftsfähigkeit des Landes berührt, „denn es geht darum, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, unsere Steuerkraft und unsere Wirtschaftskraft zu stärken.“ Die Landesregierung kompensiere genau den Betrag, den die Studiengebühren im Land erbracht haben. Die CDU rede von 500 Millionen Euro, die fehlten; in Wahrheit seien es genau 249 Millionen, weil nicht alle Hochschulen im Land Studiengebühren und nicht alle – nur die Hälfte eben – den Höchstbetrag von 500 Euro verlangt hätten. Warum werde über 250 Millionen so intensiv geredet, wenn der Landtag mit seiner Mehrheit 4,4 Milliarden bereitstelle, die auch für Qualität stünden. Schultheis wörtlich: „Es wäre schon seltsam, wenn nur 249 Millionen Qualität erzeugen und 4,4 Milliarden nicht.“

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) stellte klar: „Für uns ist der heutige Tag eine Sternstunde für die Bildungsgerechtigkeit.“ Wenn Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen solle, „dann haben wir gerade in unserem Land, wo es eine besonders heterogene Bevölkerungsstruktur gibt, eine besondere Verantwortung, soziale Barrieren abzubauen und möglichst allen jungen Menschen die Chance auf eine gute Ausbildung zu ermöglichen“. Wenn in NRW die Gebühren wegfallen, dann habe das bundesweite Signalwirkung. Darum sei man bei der Gestaltung keine Risiken eingegangen, die wegfallenden Studiengebühren würden in voller Höhe kompensiert. „Mehr noch: Wir bieten unseren Hochschulen Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre über dieses Haushaltsjahr hinaus.“ Die Hochschulen hätten erklärt, nichts gegen den Wegfall zu haben, fuhr die Abgeordnete fort und wandte sich an den früheren FDP-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart mit der Aufforderung: „Für die Hochschulen in diesem Land sprechen Sie

offensichtlich nicht. Für die Studierenden sprechen Sie erst recht nicht. Also hören Sie doch auf, sich an Ihre Ideologie zu klammern und richten Sie Ihre Politik endlich auf die Wirklichkeit aus!“

Von Freude und Sternstunde wollte Marcel Hafke von der FDP nichts wissen: „Heute ist wirklich ein trauriger Tag. Die Verantwortlichen an den Hochschulen rechnen und schauen, wie sie die fehlenden Mittel einsparen können – am besten, ohne den Mitarbeitern und den Studierenden viel wegzunehmen. Die Mitarbeiter bangen im schlimmsten Fall um ihren Job; die Studierenden hoffen vielleicht immer noch, dass die Regierung ihr längst gebrochenes Versprechen einhält.“ Denn derzeit rede in der Koalition – vielleicht bis auf Frau Seidl – niemand mehr von der Zusage, alle ausfallenden Gelder auf Heller und Pfennig zu kompensieren. Was daran sozial gerecht sein solle, wenn sich jetzt die vermögenden Familien freuten, dass sie ihren Kindern, die später überdurchschnittlich verdienen werden, nicht mehr die Studienbeiträge zahlen müssen. Hafke: „Das sind versteckte Wahlgeschenke, für die man sich auch noch als Robin Hood feiern lassen will.“ Die angebliche Abschreckung gebe es nicht, denn die Übergangsquote sei über die letzten Jahre stabil geblieben und sogar noch angestiegen.

Ihre Fraktion habe schon Mitte vergangenen Jahres ein Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren eingebracht, erinnerte Gunhild Böth (LINKE). Man wolle die Abschaffung schon zum Sommersemester. Außerdem fordere ihre Fraktion, dass den Hochschulen durch das Land 500 Euro pro Studierendem und Semester zweckgebunden zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Wenn ihre Fraktion dem Gesetzentwurf heute zustimme, dann deswegen, weil darin auf Drängen der LINKEN bei der Nennung der Kompensationsmittel in Höhe von 249 Millionen Euro das Wort „mindestens“ eingefügt worden sei. An CDU und FDP gewandt sagte sie: „Wir drei Oppositionsparteien haben es zusammen in der Hand, darüber zu entscheiden, dass durch dieses ‚mindestens‘ immer wieder der Landtag gefragt wird.“

Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) behauptete: „Es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren, die sich jetzt auch hier im Parlament widerspiegeln soll.“ Man habe den Gesetzentwurf modifiziert und 249 Millionen Euro hinein geschrieben,

„weil es uns wichtig ist, dass dieser Betrag angepasst werden kann und das Parlament die Möglichkeit hat, diese Summe im Laufe des Prozesses zu erhöhen.“ Darüber hinaus sei geplant, dass der Landtag anders beteiligt werden soll. Daher solle es eine Rechtsverordnung geben, die vom Landtag mitgetragen wird, „damit ganz klar ist, wie die Mittel verteilt werden“. Den Hochschulen stünde nicht mehr genügend Geld zur Verfügung? Schulze: „Das ist nicht der Fall. Wir sorgen für eine verlässliche Finanzierung.“

Einen riskanten Spagat nannte die Westdeutsche Zeitung die Abschaffung der Studiengebühren. Denn die zugesagten 249 Millionen würden nicht reichen. Spätestens wenn nach Abschaffung der Wehrpflicht der Abiturjahrgang 2013 die Hochschulen überschwemmen werde, müsse neues Geld her. Obwohl der Empfängerkreis größer geworden sei, bleibe die Summe von 249 Millionen gedeckelt, kommentierte die Rheinische Post. Aus wahltaktischen und ideologischen Gründen – Bildung solle von der Wiege bis zum Studium für alle kostenfrei sein – sei mit der Abschaffung von Rot-Grün eine Einnahmequelle verstopft worden. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs seien das keine guten Aussichten. Von einem historischen Moment sprach die Bild-Zeitung mit dem Tenor: Geschafft! Rot-Grün kippt Studiengebühren. Damit sei ein zentrales Wahlversprechen erfüllt worden. Es blieben Zweifel, wandte die Westfalenpost ein. Mit der Abschaffung greife die NRW-Regierung tief in die leere Landeskasse. Es sei kaum zu erwarten, dass der Landtag in den nächsten Jahren die Zuschüsse erhöhen könne. Dann drohe ein Qualitätsverlust. Die Abschaffung sei auch eine Erneuerung des ur-sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, Arbeiter- und Mittelstandsschichtenkindern den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Die Fakten gäben Ministerpräsidenten-



tin Kraft Recht. Mit dem Wegfall der Studiengebühren und dem ins Auge gefassten kostenfreien dritten Kindergartenjahr werde die Mittelschicht, diejenigen, die für alles zahlen müssten, entlastet. Das könne der Koalition angesichts der ständig drohenden Gefahr von Neuwahlen eher nutzen als schaden, meinte abschließend der Westfälische Anzeiger.

2.3. Fukushima

Die Katastrophe von Fukushima stand am Anfang der Sondersitzung des Landtags NRW am 22. März 2011. Parlamentspräsident Eckhard Uhlenberg wandte sich an den japanischen Generalkonsul, der auf der Zuhörertribüne des Landtags die Sitzung verfolgte: „Herr Generalkonsul Koinuma, ich danke Ihnen ausdrücklich, dass Sie angesichts dieser schlimmen Situation, die Ihr Land und seine Menschen erleiden müssen, heute zu uns gekommen sind. Ich spreche Ihnen und Ihren Landsleuten im Namen des Landtags Nordrhein-Westfalen unser Mitgefühl und unsere tief empfundene Anteilnahme aus.“ Die Naturkatastrophen hätten mehr als 20.000 Tote und Vermisste gefordert, unzählige Menschen seien verletzt worden, fast eine halbe Million Menschen hätten Hab und Gut verloren. Uhlenberg fuhr fort: „Doch



Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg kondoliert dem japanischen Generalkonsul Koinuma

die Katastrophe hat sich noch ausgeweitet. Ausgelöst durch die Erdbeben und den Tsunami kam es in mehreren Atomreaktoren zu Explosionen und zur Freisetzung radioaktiver Strahlung, deren Ausmaß immer noch offen ist. Ein Land, dessen Technologie- und Sicherheitsstandards weltweit anerkannt werden, erfährt in bisher unbekannter Art und Weise, dass das scheinbar Unmögliche Realität geworden ist. Die schweren atomaren Unfälle erfüllen uns mit größter Sorge um Leben und Gesundheit der unmittelbar betroffenen Menschen. Aber auch weltweit wachsen die Angst und die Bedrohung durch eine atomare Katastrophe.“ Der Präsident weiter: „In diesen schweren Tagen und Wochen stehen wir in Nordrhein-Westfalen an der Seite Ihres Volkes, das mit bewundernswerter Disziplin sein Schicksal trägt und mutig die Katastrophe einzudämmen versucht.“ Das Land NRW biete – wo immer erforderlich und gewünscht – seine Hilfe an. Zu einer Schweigeminute erhoben sich die Abgeordneten zum Gedenken an die Opfer: „Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Japan, die so viel unbeschreibliches Leid erfahren haben und immer noch erdulden müssen.“

2.4. Atomausstieg, Energiekonzept, Datteln

Gleich im Anschluss an das Gedenken überdachten die Abgeordneten des Landtags die Folgen des Atomunglücks, soweit sie elf Tage nach der Katastrophe abzusehen waren. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verlangte, die atomaren Störfälle in den japanischen Anlagen, deren Schutzniveau mit dem deutscher kerntechnischer Anlagen als vergleichbar gegolten habe, müssen „grundlegende Folgen für die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland haben“. Da seien ein dreimonatiges Moratorium zur vereinbarten Laufzeitverlängerung deutscher AKW und die angeordnete Abschaltung der ältesten sieben Kraftwerke für drei Monate eindeutig zu kurz. Das sei keinesfalls schon eine Energiewende, sondern ein politisches Manöver. Die Bundesregierung sei mit ihrem Energiekonzept, das einseitig auf Atomenergie gesetzt habe, in kürzester Zeit gescheitert. „Es ist dringend erforderlich, dass alle an einem Tisch zusammenkommen, um aus den dramatischen Ereignissen in Japan zu lernen und ein nachhaltiges Energiekonzept für ganz Deutschland zu entwickeln. Jetzt gelte es, die gesamte Energiepolitik neu auszurichten: „Eine nachhaltige, versorgungssichere und preiswerte Energieversorgung in Deutschland ist nicht auf Atomstrom angewiesen. Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss schnellstmöglich erreicht werden.“

Man könne nicht schneller aussteigen, ohne zu wissen, „wie wir den restlichen Strombedarf bedienen können und Strom aus dem europäischen Umland zu beziehen“, versicherte Armin Laschet (CDU). Deshalb brauche man eine neue Risikobewertung und deshalb sei das Moratorium der Bundesregierung richtig. Falle die Atomkraft schnell weg, werde eine neue Brückentechnologie nötig, der Kernenergieanteil von derzeit 22 Prozent sei nicht über Nacht durch regenerative Energien zu ersetzen. Das Kraftwerk Datteln sei schleunigst ans Netz zu bringen. Das Kraftwerkerneuerungsprogramm müsse vorangetrieben werden. Dringend nötig sei auch das Netzwerkausbaubeschleunigungsgesetz der Bundesregierung, betonte Laschet. Er mahnte, das Unglück in Japan nicht parteipolitisch zu missbrauchen.

In den Augen von Norbert Römer (SPD) bedeuteten die Ereignisse in Japan auch eine politische Zäsur für Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Die Bundesregierung, die vor kurzem noch die Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke verlängert habe, dürfe jetzt nicht so tun, als sei sie an der Spitze der Anti-Atomkraftbewegung. Was NRW tun werde? „Wir gehen einen völlig anderen Weg, weg von der Atomenergie“: mehr dezentrale Energieversorgung, Investition in erneuerbare Energien, Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung für die Nah- und Fernwärmeversorgung. Mehr Klimaschutz, energetisches Gebäudesanierungsprogramm, Aufträge für Handwerk und Mittelstand. „Diesen Weg wollen wir gehen!“

Reiner Priggen (GRÜNE) sah es ähnlich: „Fukushima ist eine Zäsur. So kann es nicht mehr weitergehen!“ Was im Hightech-Land Japan passiert sei, könne sich auch hierzulande ereignen. Niemand komme deswegen an einer neuen Risikobewertung der Atomkraft vorbei – ohne Abwiegen und Relativieren. „Wir müssen organisiert und zügig raus aus dieser Art der Stromerzeugung, um die Risiken zu minimieren“, befand der Abgeordnete. Die CDU müsse jetzt ihre alte Atomposition ändern. Sie werde den Ausstieg aus der Atomenergie organisieren müssen. Priggen versprach: „Wenn Sie das nicht tun, wenn Sie nur ein kurzfristiges Moratorium machen und damit darüber hinwegtäuschen, was passieren kann, werden Sie keine Chance haben.“ Denn die Mehrheit der Menschen sei für den Ausstieg.

Es sei richtig, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern ein Moratorium verkündet habe, befand FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Gerhard

Papke. Unstrittig sei auch, dass alle Parteien die Kernenergie als Übergangstechnologie ansähen. Der isolierte Ausstieg Deutschlands jedoch sei angesichts der 197 Kernkraftwerke in Europa sinnlos, weil im Ausland niemand daran denke, dem deutschen Sonderweg zu folgen. Was seien die Folgen eines weltweiten Ausstiegs aus dem Atom? Wenn – theoretisch – alle rund 440 weltweiten Kernkraftwerke vom Netz genommen würden, dann würde „das bedeuten, dass die Gesamtmenge der weltweiten CO₂-Emission schlagartig um ein Drittel erhöht würde. Das wäre eine wirkliche Klimakatastrophe“.

Bärbel Beuermann (LINKE) ließ keinen Zweifel an der Position ihrer Partei: „Fukushima zeigt, dass die Risiken der Atomkraft mitnichten, wie die Betreiber immer wieder betonen, beherrschbar sind. Die LINKE fordert daher die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen hier und weltweit.“ Atomstrom sei sicherlich eine Brückentechnologie, aber eine, „die in den Abgrund führt“. Für NRW fordere die LINKE zudem die Stilllegung der Atomanlagen in Gronau, Krefeld und Duisburg sowie ein generelles Verbot von Atomtransporten durch das Land. Um den Atomausstieg unumkehrbar zu machen, regte die Sprecherin an, den grundsätzlichen Ausschluss der Atomkraftnutzung für militärische Zwecke und zur Energieerzeugung ins Grundgesetz zu schreiben.

Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE) warb darum, dass die CDU die Landesregierung auf dem Weg eines schnellen Ausstiegs, vor allen Dingen aber auch eines schnellen Umstiegs zu erneuerbaren Energien, zu einer anderen Energieversorgung unterstützt, „denn das liegt im ureigenen Interesse eines Landes, das über keine Atomkraftwerke verfügt“. Man müsse in NRW den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen, Wege für die Windenergie ermöglichen und sich auf intelligente Netze und den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung konzentrieren.

Über das Energiekonzept der Bundesregierung und dessen Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen diskutierte der Landtag Ende Juni 2011. Während die FDP-Fraktion mit Dietmar Brockes angesichts der Stromlücke durch den beschleunigten Atomausstieg den Neubau moderner Gas- und Kohlekraftwerke als Brücke hin zu mehr erneuerbaren Energien forderte, ging dem Sprecher der LINKEN, Rüdiger Sagel, der Atomausstieg nicht schnell genug. Auch die Fraktionen von SPD und GRÜNEN plädierten mit Tho-

mas Eiskirch und Wibke Brems für Nachbesserungen am Energiekonzept der Bundesregierung. So forderten sie den forcierten Ausbau der Windenergie, den zeitnahen Aus- und Umbau des Stromnetzes sowie flexibel regelbare Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Hendrik Wüst vermisste die klare Linie der Landesregierung und prophezeite „jede Menge Konflikte“ bei den Stromkosten oder beim Aufstellen der Windräder auf dem Land.

Im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Energiepolitik in NRW spielte auch das Kraftwerk Datteln eine zentrale Rolle und wurde von CDU und FDP geradezu als Sinnbild für eine industriefeindliche Position von Rot-Grün dargestellt.

Mit Verzögerungstaktiken und rechtlichen Bedenken versuchten die GRÜNEN seit Jahren, „den Bau des modernsten Steinkohlekraftwerks in Datteln zu stoppen“. Moderne Kraftwerke trügen zur Energiewende bei und hätten geringere Emissionen. Das im Bau unterbrochene Kraftwerk Datteln müsse darum schnellstmöglich fertiggestellt werden. Jetzt, wo ein Rechtsgutachten, das SPD und GRÜNE in Auftrag gegeben haben, die juristische Unbedenklichkeit bescheinige, sollte sich die Landesregierung eindeutig zur Fertigstellung bekennen und alle erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Das forderte die FDP in ihrem Antrag, der den Landtag am 19. Mai 2011 beschäftigte.

Der neue Block Datteln IV werde den CO₂-Ausstoß nicht erhöhen, wenn die alten drei Blöcke abgeschaltet würden, rechnete Dietmar Brockes (FDP) vor. Aber nicht nur aus Umweltschutzgründen brauche man das neue Kraftwerk, sondern auch um die Stromnetze ohne die acht abgeschalteten Kernkraftwerke stabil zu halten. Die GRÜNEN wollten Datteln verhindern; es stehe damit in einer Reihe von Gegen-Projekten der GRÜNEN, die am Ende dann doch kämen: Hamburg – Moorburg, die Moselbrücke in Rheinland-Pfalz, Stuttgart 21 – und jetzt wohl auch Datteln IV.

Was denn jetzt?, fragte Hendrik Wüst (CDU) den Fraktionschef der GRÜNEN, Priggen: „Die GRÜNEN im RVR machen gängig, was Sie nicht gängig machen wollen. Die GRÜNEN im Regionalverband Ruhr (RVR) wollen mit der SPD gemeinsam eine saubere, neue Rechtsgrundlage schaffen und die GRÜNEN in Düsseldorf nennen das ‚hinbiegen‘ und sagen Nein. Für mich



riecht das nach Ärger.“ Die GRÜNEN steckten offenbar in der Falle und müssten am Ende auf der Grundlage von Recht und Gesetz anders entscheiden. Wenn die Partei glaubwürdig bleiben wolle, dann müsse sie ihren Mitgliedern sagen, dass an Datteln kein Weg vorbeiführe.

„Ja, dass wir in Datteln soweit kommen mussten, wie wir gekommen sind, ist zu einem guten Teil Planungsversagen der alten, schwarz-gelben Landesregierung. Sie haben diesen Prozess ‚versaubeutelt‘, und wir müssen ihn auslöffeln“, erläuterte Thomas Eiskirch (SPD). „Deswegen bin ich, als ich hörte, die FDP hat erneut einen Antrag zu Datteln gestellt, ganz fest davon ausgegangen, dass Sie uns hier heute einen Antrag vorlegen, in dem Sie in Sack und Asche gehen und sich bei uns entschuldigen.“ CDU und FDP seien es gewesen, die in der entsprechenden Sitzung des RVR, in der der Erarbeitungsbeschluss gefasst worden sei, dagegen gestimmt hätten. „Wir haben diesen Weg beschritten und der scheint der zielführende zu sein. Sie haben ihn abgelehnt und wollten ihn nicht mitgehen.“

Wibke Brems (GRÜNE) an die FDP: „Sie haben einen Tunnelblick auf dieses eine Kraftwerk mit seinen selbstverschuldeten Problemen entwickelt und bemerken gar nicht, dass in Nordrhein-Westfalen längst ohne solche Probleme Kraftwerke erfolgreich gebaut werden.“ Es sei nicht so, dass sich die Sicherheit der nordrhein-westfälischen und deutschen Stromversorgung an diesem einen Kraftwerk entscheide. Im Grunde habe die Sache im

Landtag nichts zu suchen, sie gehöre in die Gremien des RVR. Sie finde merkwürdig, dass für die FDP Windräder 1.500 Meter Abstand von Häusern halten müssten, bei einem Kraftwerk aber 400 Meter genügen. Man müsse jetzt die regenerativen Energien voranbringen, anstatt sich an einem „vermurksten“ Kraftwerk abzuarbeiten.

Das Gutachten aus Münster, das die Fertigstellung des Kraftwerks Datteln IV für rechtlich unbedenklich erklärt habe, sähe ihm nach einem Gefälligkeitsgutachten aus, erklärte Michael Aggelidis (LINKE). Die GRÜNEN saßen in der Zwickmühle: Mit der SPD in der Regierungskoalition, wobei die SPD – getrieben von alten Seilschaften – durchaus Datteln 4 haben wolle. „Um das Gesicht nicht zu verlieren, haben sich die Koalitionäre entschlossen, sich auf gerichtliche Auseinandersetzungen und rechtliche Gutachten zu beziehen. So können beide ihrer Klientel sagen: Politisch seien sie konsequent auf Linie, aber die rechtliche Lage zwingt nun mal zu diesem oder jenem.“

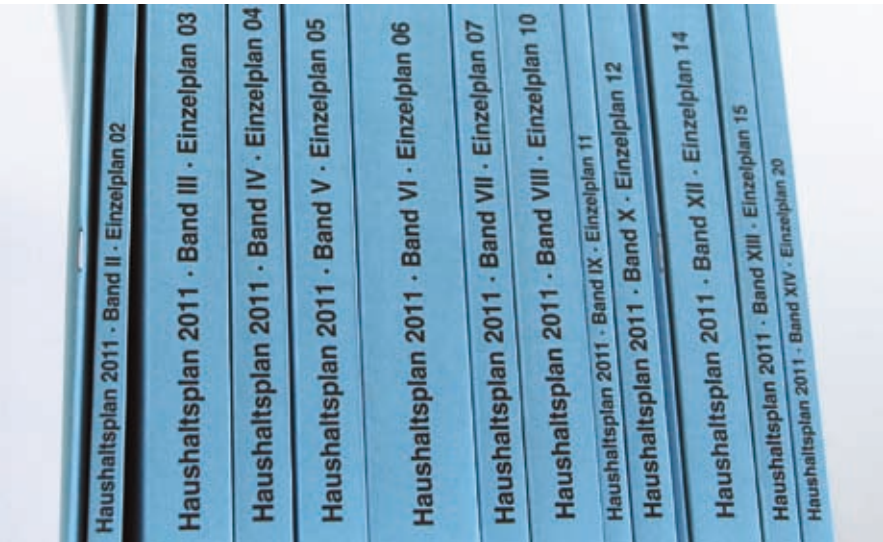
Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD), machte auf die Verfahrensschritte aufmerksam und riet, den „Bekanntnisantrag der FDP“ abzulehnen. Der Regionalverband Ruhr sei als regionaler Planungsträger Herr des Verfahrens und treffe alle sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Regionalplanänderung in eigener Verantwortung. Der RVR entscheide jetzt in eigener Zuständigkeit über die Fortführung des eingeleiteten Planänderungsverfahrens. Erst wenn er nach dem Erarbeitungsverfahren die Aufstellung der Regionalplanänderung beschließe, obliegt der Landesregierung die Rechtskontrolle im Rahmen des Anzeigeverfahrens der vorgelegten Planänderung. „Dies geschieht dann unter Einbeziehung und im Einvernehmen mit allen fachlich zuständigen Landesministerien.“ Bei der Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion „Kraftwerk Datteln IV jetzt zügig fertigstellen“ kam es dann zum Eklat. Da mehrere Abgeordnete erst während der laufenden Abstimmung in den Plenarsaal gekommen waren, hatte die amtierende Vizepräsidentin Gunhild Böth die Abstimmung wiederholen lassen. Es sei keine klare Mehrheit zu erkennen gewesen. Böth bat alle Abgeordnete, die an der ersten Abstimmung nicht teilgenommen hatten, ihre Stimme auch beim zweiten Durchgang nicht abzugeben. Dieser Aufforderung kamen nicht alle nach. Die FDP sah sich um den Erfolg für ihren Antrag gebracht. Bei der ersten Abstimmung habe es eine Mehrheit für ihre Forderung nach

einem Bekenntnis des Landtags für den Weiterbau des Kraftwerks gegeben. Bei der zweiten Abstimmung dagegen wurde der FDP-Antrag abgelehnt.

2.5. Der Haushalt 2011 passiert das Parlament

Mitte Mai, 308 Tagen nach der Wahl der Ministerpräsidentin, wie SPD-Fraktionschef Norbert Römer vorrechnete, sahen viele Beobachter bereits die Schicksalsstunde der rot-grünen Koalition schlagen. Würde sie in der dritten Lesung den Landeshaushalt 2011 am 18. Mai 2011 über die parlamentarische Hürde bringen oder würden zehn Monate nach der Wahl die Bürgerinnen und Bürger erneut an die Urnen gerufen? CDU und FDP griffen energisch an, kündigten eine erneute Verfassungsklage gegen den Etat an, attackierten einzelne Mitglieder des Kabinetts Kraft, hielten sich aber beim Thema Neuwahlen erkennbar zurück. Die Bundes-CDU im fernen Berlin und Bundesumweltminister und NRW-CDU-Landesvorsitzender Norbert Röttgen drohten weiter mit diesem Mittel. Bei der entscheidenden Abstimmung enthielt sich die LINKE-Fraktion der Stimme und ließ den Haushalt passieren. Langanhaltenden lebhaften Beifall von der SPD und von den GRÜNEN vermerkt an dieser Stelle das Plenarprotokoll.

Die neue, präventive Finanzpolitik der Ministerpräsidentin sei vor dem Verfassungsgericht gescheitert, kein anderes Land teile diesen Ansatz. „Die einzige Regierung, die diese Politik früher einmal geteilt hat, ist die von Griechenland“, merkte Karl-Josef Laumann (CDU) an. Die Regierung wirke nach zehn Monaten alt und abgeschlafft, sie habe kaum noch Zukunftspläne. Auch die Aufbruchsstimmung sei dahin. Das neue Gemeindefinanzierungsgesetz beweise, dass vom Versprechen eines fairen Umgangs mit den Kommunen nichts übrig geblieben sei und an die alte Arroganz der Macht vor 2005 nahtlos angeknüpft werde. Unter Beifall aller Landtagsfraktionen außer der LINKEN sagte er zur Schulpolitik, man müsse letzten Endes dafür sorgen, „dass wir ein Schulsystem erhalten und weiterentwickeln, in dem unsere Schülerinnen und Schüler alle zu Gewinnern werden. Wir sollten uns wirklich bemühen, einen Schulfrieden hinzubekommen“. Der Haushalt weise 4,8 Milliarden an Schulden aus, bei einer Investitionssumme von 3,9 Milliarden. Damit liege die Regierung mit 900 Millionen über der Verfassungsgrenze. Die CDU habe gegenüber diesem verfassungswidrigen Etat null Toleranz, betonte Laumann und meldete den erneuten Gang nach Münster an.



Norbert Römer (SPD) wertete diese Rede als Armutzeugnis: „Keine Alternative, keine inhaltliche Perspektive.“ Dasselbe in den Ausführungen zur Bildungspolitik, hier aber wenigstens ein bisschen Bewegung. Zu ihrer Zeit habe die abgewählte Regierung die Kommunen zu Bittstellern gemacht und ihre Kassen um drei Milliarden Euro ausgeraubt, wie Römer formulierte. Die Politik der Landesregierung, die Kommunen wieder finanziell auf sichere Beine zu stellen, sei vernünftig und gut. Rot-Grün packe die Aufgaben der Zukunft an – mit Mut und mit Erfolg: „216 Abstimmungen haben wir gehabt. 90 Stimmen haben immer gereicht. Wir haben keine Abstimmung verloren. Wir sind zuversichtlich, dass wir das auch in der Zukunft gut organisiert bekommen.“ Die Menschen im Land könnten darauf bauen, dass die Landesregierung weiterhin ihre Arbeit mache, solide, stabil und zuverlässig. Zur kritisierten neuen Finanzpolitik der Regierung sagte Römer: „Wir haben immer wieder herausgestellt, dass wir auf Vorsorge als umfassenden Politikansatz setzen. Wir realisieren diesen Ansatz auch und investieren jetzt, weil wir zukünftige Reparaturkosten in Milliardenhöhe vermeiden wollen.“ Das rechne sich.

Reiner Priggen (GRÜNE) zog eine positive Bilanz des ersten Jahres von Rot-Grün. Der ideologische Popanz „Privat vor Staat“ sei am Ende. Schluss sei

mit der Kommunalfeindlichkeit von Schwarz-Gelb ebenso wie mit der Mitbestimmungsfeindlichkeit der FDP. In der Schulpolitik habe man die Kopfnoten abgeschafft, die verbindliche Grundschulempfehlung. Den Kommunen sei gestattet worden, in eigener Verantwortung Schuleinzugsbezirke einzurichten. Das Gesprächsangebot der CDU zur Schulpolitik werde man annehmen, auch um zu klären, wo die Union hinwolle und ob es einen gemeinsamen Weg gebe. In der Energiepolitik seien die GRÜNEN nicht der Meinung, „dass wir in zehn, 20 oder 30 Jahren tutto completo aus der Kohle aussteigen“. Aber der Anteil der erneuerbaren Energie müsse zunehmen und man brauche eine Ergänzung im Kraftwerkspark, die schnell und flexibel reagiere. Man sei in Verhandlungen um den Bau moderner Gaskraftwerksblöcke. Priggen schloss mit den Sätzen: „Die Bilanz nach einem Jahr harter Arbeit ist gut. Es muss noch viel getan werden. Es sieht so aus, als ob wir die Arbeit noch weiter machen sollen, weil sie uns niemand anders ernsthaft streitig macht. Wir machen sie gerne.“

Dr. Gerhard Papke (FDP) geißelte die Rolle der LINKEN im Parlament. Sie sei inzwischen in ihrer Rolle als heimlicher Koalitionspartner angelangt. Ohne die Duldung der Linksextremisten wäre Kraft nicht Ministerpräsidentin geworden. Damit gebe es überhaupt keine echte Minderheitsregierung, „sondern wir haben vom ersten Tag an eine rot-rot-grüne Mehrheit im Landtag Nordrhein-Westfalen gehabt“. Es sei nichts als „Kasperletheater“, wenn die Linkspartei überlege, ob sie dem Haushalt durch ihre Enthaltung zur Mehrheit ver helfe oder nicht. Das erinnere ihn an die Figur des „Wackeldackels“. Die Ministerpräsidentin sollte klar sagen, ob sie das modernste Kohlekraftwerk in Datteln zu Ende bauen wolle, die GRÜNEN wollten es weiterhin behindern und blockieren. In ihrer Regierungserklärung habe Kraft viel versprochen, davon aber nichts gehalten. In ihrer Regierung brenne es lichterloh, Mitglieder des Kabinetts rutschten von einem Skandal in den nächsten. Papke: „Dieses Land braucht eine fähige, stabile Regierung, die die Probleme des Landes löst, und keinen rot-rot-grünen Feldversuch.“

Dass Rot-Grün nach der Klagedrohung die Neuverschuldung um knapp drei Milliarden reduziert habe, sei für ihn „Prinzipienlosigkeit und Hasenfüßigkeit“. Wolfgang Zimmermann (LINKE) sah das als Folge der Erpressung durch die CDU-Fraktion an. Aber das seien nur halbe Sachen, denn vor Neuwahlen schrecke die Union zurück. Wenn man, wie der Finanzminister,

das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört sehe, dann spreche alles für konjunkturstützende Maßnahmen. Darum sei der erste Etat von Rot-Grün eine Enttäuschung. Der grundlegende Politikwechsel finde ebenso wenig statt wie die nötigen Konjunkturimpulse und Zukunftsinvestitionen. Darum habe seine Partei 87 Änderungsanträge mit einem Volumen von 2,2 Milliarden Euro gestellt, vor allem für die Bereiche Kommunen, Bildung und Soziales. Man habe den Entwurf geprüft und festgestellt, dass die roten Haltelinien nicht überschritten würden.

Die Schwerpunkte ihrer Politik seien Bildung, Kommunen und gute Arbeit, unterstrich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in ihrem Redebeitrag. Die Opposition dagegen habe kein Konzept, „hat keine tragbare Alternative, nur Rechnungen, die nicht aufgehen und von Unkenntnis geprägt sind“. Sie verstehe ja die Enttäuschung der Opposition darüber, dass Rot-Grün jetzt am Zug sei und für seine Maßnahmen mit diesem Haushalt eine stabile Grundlage vorlege. Noch einmal: „Wir machen Schulden, wenn sie erforderlich sind, nur mit Augenmaß, und eine verantwortungsvolle Politik, eine Politik der Vorbeugung und Prävention, wird diese Schulden nachhaltig zurückführen.“ Man trage die Energiewende voran und stärke damit das Industrieland NRW. „Wir sorgen für gute Arbeit. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.“

Einen „stinkenden Fisch“ habe man beim Regierungswechsel in den Schubladen des Innenministeriums gefunden, nämlich das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2010 von Schwarz-Gelb, erinnerte sich Innenminister Ralf Jäger (SPD). Den Kommunen sei Geld vorenthalten worden, obwohl sie längst deutlich mehr an Sozialausgaben zu verzeichnen hatten. Das werde den neuen Daten angepasst. Die Städte und Gemeinden würden auch den ihnen zustehenden Anteil an der Grunderwerbsteuer zurückerhalten. Dadurch seien im GFG von Rot-Grün 300 Millionen Euro mehr als im GFG von Schwarz-Gelb. „Ich will festhalten: Das GFG 2011 verteilt das Geld gerechter und es stellt den Kommunen deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung. Der heutige Tag ist mit dem GFG 2011 ein guter Tag für die 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen.“

Nach dieser Feuertaufe der Koalition waren – vorerst – Neuwahlen vom Tisch. Die Drohung mit der Klage blieb zwar, aber wie der Berliner Tagesspiegel urteilte, sahen dies Teile der Landes-CDU inzwischen eher pragmatisch:

Anders als beim Antrag auf Einstweilige Anordnung würde das Gericht längere Zeit für einen Urteilsspruch brauchen. Die würde man nutzen, um sich gegen Rot-Grün in eine aussichtsreichere Position zu bringen. Die CDU traue sich nicht mehr, klagte Die Welt, die Opposition scheue einen vorzeitigen Urnengang, weil ihre Umfragewerte zu schlecht seien. Die Opposition schein zu müde, um gegen den Haushalt mobil zu machen, vermutete die FAZ und berichtete, auch SPD-Mann Römer sehe im Gegensatz zu früher keinen Automatismus mehr zwischen einem möglichen Verdikt aus Münster und dem Antrag auf Neuwahl. Das Westfalen-Blatt fand das Abstimmungsergebnis mathematisch paradox, demokratisch unsauber, machtpolitisch gewagt und mit Chuzpe gewonnen – zum Durchregieren wahrscheinlich bis 2015.

2.6. Untersuchungsausschüsse

Auf Antrag aller Fraktionen setzte der Landtag am 18. Mai 2011 einen Untersuchungsausschuss in Sachen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes ein. Das parlamentarische Gremium sollte Licht in die Vorgänge um vier Immobilien bringen, bei denen entweder die Kosten aus dem Ruder gelaufen oder die Abläufe nicht nachvollziehbar sind. Das Landesarchiv in Duisburg verteuerte sich zum Beispiel von 30 auf 160 Millionen Euro. Schwerwiegende Fragen gab es auch zum Ankauf von Schloss Kellenberg, dem Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln-Kalk und zu Grundstückskäufen für die Fachhochschule Köln. Die Vorwürfe gegen den BLB lauteten: unwirtschaftliche Einkäufe, mangelhafte Dokumentation und Korruption. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelte. Das Parlament wollte mit dem Ausschuss zu klären versuchen, ob die Strukturen des BLB den vermutlichen Schaden mitverursacht haben und ob und inwieweit die Landesregierung und die BLB-Leitungsorgane ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht nachgekommen sind. Der Ausschuss nahm mit der Konstituierung am 29. September 2011 seine Arbeit auf.

Einen Tag später, am 19. Mai 2011, fasste der Landtag den Beschluss zu einem weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Dieser sollte die Informationspolitik unter die Lupe nehmen, die die Landesregierung bei über 2.000 zeitweise angeblich verschwundenen Graphit-Brennelementekugeln aus dem Forschungsreaktor des Forschungszentrums Jülich gegenüber Landesparlament und Öffentlichkeit an den Tag gelegt hatte. Die

Opposition warf der zuständigen Ministerin vor, sie habe infolge der Atomkatastrophe von Fukushima „getäuscht und getrickst“ und versucht, die Katastrophe in Japan parteipolitisch auszunutzen, indem sie verschwiegen habe, dass der Verbleib der fraglichen Kugeln vom Forschungszentrum stimmig nachgewiesen worden sei. Die Koalition hielt den Ausschuss für überflüssig, weil alle Fragen inzwischen seitens der Landesregierung schlüssig beantwortet seien.

2.7. Westdeutsche Landesbank

In unruhiges Fahrwasser geriet die Koalition Ende Juni. Zum Umbauplan der Landesbank WestLB fand sich keine Mehrheit, die erste Abstimmungsniederlage der Minderheitskoalition im Landtag zeichnete sich ab. Die Plenarsitzung am 30. Juni 2011 wurde unterbrochen, eine Reihe von Krisengesprächen folgte. SPD, GRÜNE und CDU rangen um eine Lösung – unter Zeitdruck, denn man wollte der EU-Kommission in Brüssel die grundsätzliche Zustimmung zu den Aufspaltungsplänen signalisieren. Die Sache spitzte sich noch dadurch zu, dass sich die SPD-Fraktion bei der namentlichen Abstimmung nicht an ein Pairing-Abkommen mit der CDU-Fraktion hielt. So kam es, dass SPD und CDU – obwohl im Kern einig – aneinander gerieten. Schließlich beruhigten sich die Gemüter; die CDU verzichtete „aus staatspolitischer Verantwortung“ auf eine kritische Passage zum Landeshaushalt und zur Finanzpolitik der Regierung. Der gemeinsame Antrag konnte schließlich mit Mehrheit gegen die Stimmen von FDP und LINKE verabschiedet werden. Der Bruch der Absprache, mit der das Stimmenverhältnis zwischen Fraktionen gewahrt bleiben soll, wenn Abgeordnete beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen ausfallen, hatte trotzdem Folgen: Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Britta Altenkamp, trat zurück. Sie habe mit ihrer Entscheidung, alle anwesenden SPD-Abgeordneten an der namentlichen Abstimmung teilnehmen zu lassen, die Verabredung mit der CDU gebrochen, begründete sie ihren Schritt.

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) holte aus: „Wir besiegeln das Schicksal einer immer noch großen und einst auch sehr stolzen Bank.“ Es gebe aber keine Alternative. Wenn NRW nicht zustimme, wären die Folgen für die Steuerzahler, die Anleger und die gesamte deutsche Bankenlandschaft unabsehbar gewesen und für das Land wäre zu den entstandenen Schäden noch einmal ein zweistelliger Milliardenbetrag hinzugekommen.

Der Minister erinnerte daran, dass die Europäische Kommission nur gegen die Zusage der Eigentümer der WestLB, die Bank oder Teile von dieser bis Ende 2011 zu veräußern, die Garantien für die Auslagerung der „toxischen“ Papiere in das Phoenix-Portofolio genehmigt habe. Die Lösung dürfe nicht an parteipolitischem Kalkül scheitern.

40 Jahre habe die Geschichte der WestLB gedauert, sagte Karl-Josef Laumann (CDU). Jetzt debattiere man das Ende einer Geschichte mit Fusionen, Börsengänge und Industriepolitik. „Wir reden aber auch über eine Landesbank, die von Arroganz, Verfilzung und in ihrer Geschichte von Milliardenverlusten geprägt war“, betonte der Sprecher. Über viele Jahrzehnte sei sie mit der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen eng verbandelt gewesen, „enger ging es nicht“. Auch wenn die jetzige Politikergeneration dafür nicht verantwortlich sei, die Abwicklung der Bank sei eine Erblast. „Ich glaube, dass man diese Erblast gegenüber der Bevölkerung nur verantworten kann, wenn man diese Sparanstrengung unternimmt.“ Darum habe die CDU in ihrem Antrag den Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung hergestellt.

Als Fundamentalopposition drücke sich die CDU vor der Verantwortung für Land und Bürger, urteilte Norbert Römer (SPD). Auch wenn man in der Rückschau manche Entscheidung anders hätte treffen können, „die WestLB war eine ganz wichtige Stütze und Hilfe bei der Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen“. Es komme heute darauf an, die mit der Veränderung



Der Umbau der WestLB im Einzelnen

(Stand Juni 2011)

Aus der bisherigen WestLB, die je zur Hälfte Land und Sparkassen gehört, soll nach dem Eckpunktepapier am 30. Juni 2012 das Sparkassenverbundgeschäft einschließlich des mittelständischen Firmenkundengeschäfts mit einer Bilanzsumme von 40 bis 45 Milliarden Euro und rund 400 Beschäftigten herausgelöst werden. Es soll vollständig in die Verantwortung der Sparkassenverbände und der Sparkassen-Finanzgruppe übergehen. Die Sparkassenseite wird diese Verbundbank mit Kapital in Höhe von 1 Milliarde Euro ausstatten. Das Land darf an ihr nicht beteiligt sein. Bis zum 30. Juni 2012 soll die WestLB weitere Teilbereiche veräußern. Die nicht verkäuflichen Geschäftsfelder werden nach diesem Stichtag an die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) übertragen. Der anschließend noch verbleibende Teil der WestLB wird als sogenannte Service- und Portfoliomanagement-Bank (SPM-Bank) weitergeführt, die künftig für die Verbundbank, die EAA und gegebenenfalls für Dritte Serviceleistungen erbringen soll. Die SPM-Bank übernimmt die Personalverantwortung. Die Lasten der SPM-Bank sollen die nach Abspaltung der Verbundbank verbliebenen Eigenmittel ausgleichen. Das Land übernimmt eine Haftung von 1 Milliarde Euro. Der Beitrag des Bundes zur Restrukturierung der WestLB beläuft sich unverändert auf 3 Milliarden Euro. Gerechnet wird, dass am Ende von 4.400 Beschäftigten noch rund 2.600 in den beiden neuen Strukturen Verbundbank und SPM-Bank weiterbeschäftigt werden. Dieser Plan muss noch von der EU-Kommission genehmigt werden.

einer öffentlich-rechtlichen Bank einhergehenden notwendigen und unvermeidbaren Belastungen für die Steuerzahler auf ein Minimum zu reduzieren. Eine angestrebte einvernehmliche Entschließung sei an der CDU gescheitert, „weil Sie die Problemlösungen für die WestLB verknüpfen wollen mit einer Abrechnung über die Haushalts- und Finanzpolitik dieser Regierung“.

Das Verhandlungsergebnis sei keine akzeptable Lösung für Nordrhein-Westfalen. „Deshalb werden wir dieser Lösung auch nicht zustimmen“,

erklärte für die FDP Dr. Gerhard Papke. Seine Partei habe immer schon vor einer Großbank in Staatsbesitz gewarnt, stellte er fest. Man habe sich im Nachhinein auch deshalb nichts vorzuwerfen, weil es der Vorgängerregierung zu verdanken sei, dass die strukturell geschwächte Bank in der Finanzmarktkrise nicht untergegangen sei. Der Finanzminister habe sich als Verhandlungsführer des Landes NRW von den Sparkassen- und Giroverbänden über den Tisch ziehen lassen. Die hätten versucht, möglichst alle Lasten beim Land abzuladen. „So ist es im Wesentlichen jetzt auch gekommen.“ Mit den 4.000 Mitarbeitern könne man nicht so umgehen, befand Papke. 1.650 müssten bis 2016 gehen, ohne dass die Regierung eine berufliche Perspektive für sie entwickelt habe. Das sei „eiskalt“.

20 Milliarden Euro seien in den letzten zehn Jahren von der Bank versenkt worden, rechnete Rüdiger Sagel (LINKE) vor und zeichnete das Bild vom Untergang der Titanic WestLB. Weiter: „Im gesamten Eckpunktepapier zwischen Bund, Land, NRW, Sparkassen und Landschaftsverbänden sowie Erster Abwicklungsanstalt findet man allenfalls eine nachrangige Behandlung der Beschäftigungsinteressen und eine höchstens rudimentäre Behandlung des zukünftigen Zuschnitts der Nachfolge-WestLB, der RestLB, als Servicebank.“ Der FDP warf er vor, sie setze sich nur zum Schein für die Arbeitnehmerinteressen ein. Die CDU ihrerseits starte einen unsäglichen Erpressungsversuch, „um jetzt endlich in Nordrhein-Westfalen eine rigide Sparpolitik durchzusetzen“. Die LINKE lehne ab, weil es zu wenig Klarheit und Transparenz gebe.

Es sei nicht die Zeit, politische Spielchen zu betreiben, sondern Verantwortung zu übernehmen, mahnte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Bei den anstehenden Entscheidungen sollte sich jeder Abgeordnete darüber im Klaren sein, „welche Wirkung das Abstimmungsverhalten im Landtag hat, in dem schließlich nicht jede Abstimmung gleich wichtig ist: auf die Märkte – mit allen dazugehörigen Folgen –, auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Entscheidungsträger in Brüssel und letztlich auch für die Zukunft der Sparkassen in Nordrhein-Westfalen“.

2.8. Lebensmittelsicherheit

Mal sind es Dioxine in Futtermitteln für die Tiermast, dann taucht dieses Gift aus industriellen Verbrennungsprozessen in Eiern auf – Lebensmittelsi-

cherheit ist ein hohes Gut und ein öffentlich wirksames politisches Thema. Einen Ausweg aus den Begleiterscheinungen von Agrarfabriken sehen die Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN in der Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und in der Abkehr von Intensivmastanlagen. Einen entsprechenden Antrag legten sie mit Datum vom 12. Juli 2011 vor. Als Alternative sahen die Autoren „die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft durch die Schaffung von Absatzmärkten für Fleisch von kleineren, regional und nachhaltig wirtschaftenden Betrieben“. Das bestritten die agrarpolitischen Kontrahenten der Oppositionsfraktionen von CDU und FDP nicht, sahen jedoch in dem vermittelten Bild riesiger Agrarfabriken einen Popanz aufgebaut, der mit der Realität der grundsätzlich verantwortungsvoll arbeitenden Landwirtschaft in NRW nicht allzu viel gemein habe.

Fünf Monate später, am 9. Dezember 2011, debattierten die Abgeordneten im Plenarsaal über einen wichtigen weiteren Aspekt, den Missbrauch von Antibiotika als Mastbeschleuniger in der Tiermast. Die seit 2006 verbotene Beimischung in das Futter von Tieren – außer für therapeutische



Zwecke – könne bei Menschen bewirken, dass bei schweren Erkrankungen diese Antibiotika nicht wirken, weil die Keime gegen sie resistent werden. Die Diskussion machte deutlich, dass die Einflussmöglichkeiten des Landes eher als gering eingeschätzt werden. Darum stand am Ende die Forderung nach bundeseinheitlichen Regelungen zu einer antibiotikafreien Mast.

2.9. Kindertagesstätten

Eine weitere Gesetzesrevision unternahm die rot-grüne Regierungskoalition am 22. Juli 2011. Sie änderte das schwarz-gelbe Kinderbildungsgesetz, weil die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Kindertagesstätten verbessert werden sollten. Hauptpunkte dabei: Mehr Personal, weitergehende Mitbestimmung der Eltern, mehr Inklusion von Kindern mit Behinderung, bessere Förderung für alle Familienzentren und schrittweiser Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit für den Kindergarten durch Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung.

Was hier beschlossen werde, sei kreditfinanziert, bemängelte Bernhard Tenhumberg (CDU). „Es ist in Wirklichkeit keine Beitragsbefreiung, und zwar aus folgendem Grund: Die Kinder, die jetzt davon profitieren sollen, müssen die Kredite in doppelter Summe zurückzahlen.“ Das sei weder fair noch gerecht. Die CDU wolle anstelle der Beitragsfreiheit die Kinder früher fördern, kleinere Gruppen und Bildungschancen verbessern. Die jetzige Generation solle Verantwortung übernehmen „und sich nicht durch Kreditierungen dieser Verantwortung entziehen“.

Drei Gründe gebe es für die Beitragsfreiheit, erläuterte Wolfgang Jörg (SPD). Rot-Grün wolle die Eltern entlasten, weil Kinder nach wie vor das höchste Armutsrisiko im Staat darstellten. Von der Bildung der Kinder hätten alle in der Bevölkerung etwas, darum müsse Bildung steuer- und nicht beitragsfinanziert sein. Außerdem seien Kitas Bildungseinrichtungen. Niemand käme auf die Idee, in der Grundschule Gebühren zu erheben. Mit Blick auf den sich abzeichnenden Schulkonsens fände er, Jörg, es gut, wenn man im Land auch einen Bildungskonsens hinbekäme.

Andrea Asch (GRÜNE) riet, Schwarz-Gelb solle sich von seinem schlechten Kinderbildungsgesetz distanzieren und sich für das angerichtete Chaos ent-



schuldigen. In drei Jahren werde Rot-Grün mehr Ganztagsplätze schaffen, als das Schwarz-Gelb in seiner Regierungszeit hinbekommen habe. „Wir räumen den Schutt weg, den Sie hinterlassen haben. Gehen Sie mit uns gemeinsam den Weg, für die Kinder, für die Familien, für die Erzieherinnen bessere Bedingungen in den Kitas zu schaffen.“

Anderer Meinung war Marcel Hafke (FDP): „11.800 fehlende Plätze haben Sie der schwarz-gelben Landesregierung hinterlassen“. Die Koalition sollte das Geld für die Beitragsfreiheit zurückhalten und es tatsächlich in einen Qualitätsausbau investieren. Nur Eltern von Kindern im letzten Kindergartenjahr zu entlasten, sei Klientelpolitik und

nicht im Sinne der Kinder. Besser wäre es, vernünftige Höchstgrenzen bei den Elternbeitragsregelungen einzuführen.

Man werde dem Gesetz heute zustimmen, aber auch sagen, dass mehr nötig und möglich gewesen wäre, kündigte Dr. Carolin Butterwege (LINKE) an. Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserung seien zwei Seiten einer Medaille, „denn was nutzen Kitas, die zwar kostenfrei sind, in denen aber der Putz von der Decke bröckelt oder die Kinder wegen Personalengpässen verwahrt statt gefördert werden“? Das Kindeswohl sei wichtiger als die Senkung der Neuverschuldung.

Mit der Verabschiedung des ersten KiBiz-Änderungsgesetzes tue man etwas Gutes für junge Familien im Land, betonte Schulministerin Ute Schäfer (SPD). In diesem und im nächsten Jahr bringe die rot-grüne Koalition für

Kinder und deren Eltern 242 und 390 Millionen Euro auf. Mit dem Gesetz werde ein guter Schritt auf dem Weg zu mehr Chancen und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemacht.

2.10. Schulkonsens

Nach langen Sondierungen und Gesprächen, nach einer Bildungskonferenz und nach erster Lesung vor der Sommerpause hatten SPD und GRÜNE auf der einen, die CDU auf der anderen Seite die Verhandlungen zum Schulkonsens – einige sprachen von „Schulfrieden“ – zu einem positiven Abschluss geführt. Auch hier wieder: Die Koalition der Einladung, die die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung ausgesprochen hatte, wurde in diesem wichtigen Punkt angenommen – sie wäre allerdings folgenlos geblieben, wenn nicht ihrerseits die CDU-Fraktion Gesprächsbereitschaft erklärt hätte. Jahrzehntlang war die Schulpolitik im Land Streitgegenstand gewesen. Die einst erbitterte Diskussion über Konfessionsschulen und Koop-Schulen war längst Geschichte. Nach Ausrufung der „Bildungskatastrophe“ durch den Bildungsforscher Georg Picht 1965 rückten die Stichworte Hauptschule, Gesamtschule, Gymnasium in der Debatte über eine sozial gerechte und zukunftssichere Schulstruktur nach vorne. Die Diskussion wurde nicht einfacher dadurch, dass der NRW-Landesverfassung eine Garantie für die Hauptschule zu entnehmen war. Zusammen mit zurückgehenden Schülerzahlen und der geänderten Bildungsnachfrage erhöhte sich zudem der Druck auf die örtlichen Schulträger, für ein passendes und die Attraktivität der Gemeinde wahrendes Bildungsangebot Sorge zu tragen. Über den gefundenen Schulkonsens fand die Debatte bei der dritten Lesung zur Schulstruktur am 20. Oktober 2011 im Landtag statt. Sie war kurz, denn schon zuvor hatte sich das Parlament ausführlich und engagiert am 9. September 2011 in einer Sondersitzung zu demselben Thema ausgetauscht. Mit der Änderung des Schulgesetzes können nordrhein-westfälische Kommunen die sogenannte Sekundarstufe einführen. Zudem sind gegliederte und integrierte Schulformen künftig in der Landesverfassung verankert, während der bisher garantierte Bestand der Hauptschule entfällt. Nicht nur die Schulstruktur stand also am 20. Oktober auf der Tagesordnung, sondern auch die notwendige Verfassungsänderung. Artikel 10 der Landesverfassung erhielt nach dritter Lesung folgende neue Passage: „Das Land gewährleistet ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwe-



Schulkonsens – nach vielen Jahren erreicht

sen, das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen sowie weitere andere Schulformen ermöglicht.“

Man habe sehr gut und sehr sachlich zusammengearbeitet, um zu diesem Schulkonsens zu kommen, meinte Klaus Kaiser (CDU). „Wir haben ein Schulgesetz auf den Weg gebracht, bei dem es Gewinnerinnen und Gewinner gibt. Das sind nämlich die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen, weil unsere Leitidee der individuellen Förderung Kern aller Reformüberlegungen ist. Von daher stimmen wir als CDU-Fraktion gerne zu.“ Der Abgeordnete sah die Kommunen in der Pflicht, in Ruhe Entscheidungen herbeizuführen. Sie sollten nicht durch unnötige Eile Unsicherheit in die Schulen und in die Schullandschaft tragen. Den Rahmen für die kommunale Verantwortung für die Bildungslandschaft gebe das, wie er sagte, verlässliche Gesetz.

Renate Hendricks (SPD) dankte Kraft und Löhrmann für ihren Einsatz und lobte den CDU-Chef Laumann: „Das war nur mit Ihrer Hilfe und mithilfe Ihrer Fraktion möglich.“ Es sei ein Novum, dass integrierte Schulen zum ersten Mal in einer Verfassung in Deutschland auftauchten. Die Verfassung gebe den Rahmen, in dem gemeinsam mit dem Schulgesetz vor Ort Schulentwicklung erfolgen könne. „Diese Schulentwicklung wird in die Hände der Kommunen gelegt.“ Die Eltern müssten mitgenommen und befragt werden. Das sei eine demokratische Form von Schulentwicklung. Hendricks bedauerte, „dass das, was als historische Chance in diesem Landtag zurzeit möglich ist, von der FDP und von der LINKEN nicht mit auf den Weg gebracht wird“.

Der Schulkonsens sei eine Chance für die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen, aber auch eine Chance für die Lehrerinnen und Lehrer, erklärte Sigrid Beer (GRÜNE) und fuhr fort: „Wir wollen, dass eine neue Schulgemeinde entsteht, die auch die mitnimmt, die jetzt vielleicht in einer Schule sind, die auf Dauer nicht Bestand haben wird.“ Allen legte sie den Satz ans Herz „Die Schule ist für Schülerinnen und Schüler da – nicht für die Politik.“ Sie biete Arbeitsplätze und Lebensraum. „Uns allen geht es darum, die beste Bildung für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen zu gestalten und zu garantieren.“ Es gehe jetzt darum, gemeinsam vor Ort für die Schulen und die Schülerinnen und Schüler Schule und Zukunft zu gestalten.

Die FDP hätte sich gern an einem umfassenden, fairen und qualitätssichernden Schulkonsens beteiligt, gab Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) zu, „leider haben Sie jedoch unsere entsprechenden Änderungsanträge abgelehnt, so dass wir den Konsens von SPD, CDU und GRÜNEN nicht mittragen können“. Sämtliche Anträge ihrer Fraktion zur Qualitätssicherung, Chancengerechtigkeit durch gleichberechtigte Ressourcen für alle Schulformen, zur verfassungsrechtlichen Absicherung von Realschulen und Gymnasien sowie zum Selbstbestimmungsrecht für Eltern, Lehrer und Schüler seien abgelehnt worden. Die CDU stelle sich als Steigbügelhalter für einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Einheitsschule zur Verfügung. „Nicht die Anzahl der Versuchsschulen, sondern die damit verbundene politische Intention ist fatal.“

Ihre Unzufriedenheit mit dem Schulkonsens von SPD, GRÜNEN und CDU erklärte Gunhild Böth (LINKE): „Ich hätte mir auch gewünscht, wir hätten

einen Schulkonsens auf den Weg bringen können.“ Längeres gemeinsames Lernen sei das, was Eltern wünschen. „Insofern hätten wir uns – anders als das, was Sie jetzt mit der CDU verabredet haben – in der Tat kleine Gesamtschulen gewünscht.“ Beim Elternwillen hätte man nicht auf dem halben Weg stehenbleiben sollen, man hätte die Eltern im Gesetz stärken sollen – „und nicht nur die Stadträte“. Zukünftig werde es drei Typen Sekundarschule geben: integriert, teilintegriert oder möglicherweise auch noch völlig differenziert. Das sei zweischneidig: „Sie feiern einerseits die Abschaffung der Hauptschulgarantie, andererseits nehmen Sie eine neue Garantie in die Verfassung auf, nämlich die Garantie des gegliederten Schulsystems.“ Das bedeute, jedenfalls nach Meinung der Experten, dass die Kommunen zwei Schulformen des gegliederten Schulsystems vorhalten und daneben noch eine integrierte Schulform stellen müssten.

Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erinnerte: „Seit der Einbringung der Entwürfe sind gerade einmal sechs Wochen ins Land gegangen. Die Vorbereitungsphase war, beginnend mit der Bildungskonferenz über den schulpolitischen Konsens bis hin zur Erarbeitung der Gesetzentwürfe, eine Zeit intensiver und konstruktiver Zusammenarbeit. Darauf blicke ich mit großer Freude zurück.“ Dem historischen Schulkompromiss von 1968 stelle man heute das Ergebnis des ebenfalls historischen schulpolitischen Konsenses zur Seite, der die Schulstruktur für die nächsten zwölf Jahre festschreibt. Die Ministerin: „Wir machen den Weg frei für eine zukunftsorientierte, innovative, pragmatische Schulentwicklung vor Ort.“ Letztlich sei es die Nachfrage der Eltern, die über das Schulangebot in ihren Gemeinden entscheidet. Ihnen habe die Landesverfassung eine starke Rolle zugewiesen. „Die anderen großen Akteure sind die Gemeinden. Sie entscheiden in kommunaler Selbstverwaltung, wie sie den durch das Land geschaffenen Rahmen ausfüllen.“

Der Schulkonsens, mit dem sich Schulministerin Löhrmann einen Platz in der Geschichte erarbeitet habe, wirke sich stabilisierend aus. Der Konsens erhöhe die (theoretischen) Bündnisoptionen und trage somit in Zeiten unsicherer Mehrheitsverhältnisse zur Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie bei, schrieb die FAZ. Die Westfalenpost beobachtete, der Landtag liege sich nach dem Schuldfrieden in den Armen. In seltener Eintracht hätten SPD, CDU und GRÜNE nach jahrelangem Streit eine große Schul-

reform beschlossen. Die Aachener Nachrichten titelte, eine Große Koalition sichere kleine Schulen im Land. Die WAZ sah es so, dass kleinere Klassen, kleinere Schulen und mehr Lehrer dafür sorgten, dass auch in Zukunft wohnortnahe Grundschulen möglich seien. Alte, nicht ideologiefreie Gräben seien in diesem Moment überwunden, fand die Neue Rhein/Ruhr Zeitung. Nur bei den Liberalen und der LINKEN rühre sich keine Hand. Die Zeitung meldete, die FDP habe immerhin dem neuen Grundschulkonzept zugestimmt, wonach ab 2013/14 auch mit 92 Kindern Grundschulen eigenständig existieren können – bisher seien 192 Kinder nötig.

2.11. Rechter Terror

Gegen Ende des Jahres rückten die Mordtaten der rechten Terrorzelle NSU und die fragwürdige Rolle staatlicher Stellen, die für die Überwachung und Eindämmung rechtsextremistischer Taten zuständig sind, in den Mittelpunkt. Gleich zu Beginn der Plenarsitzung am 17. November 2011 hatten vier Fraktionen eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt: SPD, GRÜNE, FDP und LINKE. Fortgeführt wurde das Thema durch eine Unterrichtung der Landesregierung am 22. Dezember 2011.

„Voller Erschütterung wissen wir heute, es gibt in Deutschland nicht nur rechtes Gedankengut, rechte Schmierereien und Pöbeleien, rechte Propaganda und Politik, rechte Übergriffe und Bedrohungen, nein, in unserem Land ist aus Rechtsextremismus blanker Rechtsterror geworden“, beklagte Carina Gödecke (SPD). Jetzt müssten ausnahmslos alle Fragen gestellt werden, um eine lückenlose Aufklärung und Aufarbeitung zu gewährleisten. Das sei man den Opfern schuldig, betonte sie und sah alle in Rede stehenden Organe, „also Polizei, Staatsschutz, Verfassungsschutz, Bundesämter und Geheimdienste“ in der Pflicht. Ein Verbot der NPD, das von der SPD gefordert werde, sei nur ein Teil zur Bekämpfung von Extremismus und Terror. Intensiv sei zu reden über Präventionsarbeit, Aussteigerprogramme, Verbesserung der Zusammenarbeit und auch über das Zentralregister. Das Infragestellen des V-Mann-Systems und die Reform der Geheimdienste seien weitere Punkte.

Verena Schäffer (GRÜNE) appellierte an alle Landtagsparteien: „Die Gefahr von rechts muss endlich ernst genommen werden.“ Die Verantwortung für

die Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt könne nicht allein beim Verfassungsschutz abgeladen werden, „wir müssen darüber diskutieren, dass es rechtsextreme, rassistische, antisemitische und islamfeindliche Einstellungen in unserer Gesellschaft gibt, die den Nährboden und die Legitimation für rechte Gewalt und rechtsextremen Terror bilden“. Die Abgeordnete: „Wir müssen endlich handeln.“ Es sei nötig, über Werte zu diskutieren und gemeinsam für eine demokratische, offene und pluralistische Gesellschaft zu streiten.

Für Anna Conrads (LINKE) war deutlich, dass der Terror nicht neu und auch nicht vom Himmel gefallen sei. Die Tendenz zu solchen Taten sei absehbar gewesen. Die Neofaschisten seien über Jahre militanter und aggressiver geworden. Der NSU, so die Abgeordnete weiter, sei ein Sumpf aus Neonazis und Geheimdiensten: „66 Jahre nach Zerschlagung der Nazidiktatur muss man feststellen: Es gab möglicherweise erneut staatlich geförderten oder geduldeten Terror in diesem Land.“ Man wisse nicht, ob die Gefahr gebannt sei. Der Verfassungsschutz sei Teil des Problems und Fremdkörper in der Demokratie. Er müsse aufgelöst werden.

„Es ist ein erschreckender brauner Sumpf zutage getreten, der Schritt für Schritt trockengelegt werden muss“, meinte Horst Engel (FDP) und fragte, warum die Ermittlungsbehörden diesen „gewaltig stinkenden“ Sumpf nicht gerochen hätten. Es sei ein bitterer Trugschluss gewesen, bis vor wenigen Tagen zu glauben, die vielen Sicherheitsbehörden hätten die rechtsextreme Szene im Blick und im Griff. Der Verfassungsschutz, auch der nordrhein-westfälische, sei offenbar nicht auf Ballhöhe gewesen. Die FDP fordere lückenlose Aufklärung und bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.

Armin Laschet (CDU) konnte einem NPD-Verbot nicht viel abgewinnen, denn auch dann sei „ein nationalsozialistischer Untergrund immer noch da“. Der Sprecher nannte es dümmlich zu sagen, die Täter gingen gegen Ausländer vor: „Nein, die handeln gegen deutsche Staatsbürger. Und wir müssen für die Opfer genauso viel Empathie haben wie wir sie für die Familien Buback, Ponto und Schleyer haben.“ Genau wie seinerzeit bei der Ermordung Walter Rathenaus müsse jetzt die Demokratie verteidigt werden. Das sei die Herausforderung der nächsten Jahre.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) meinte zur öffentlichen Diskussion über mögliche Verbindungen der Verfassungsschutzbehörden zu den Terroristen, darauf müsse es klare Antworten geben. Jäger verspricht: „Hier muss eine größtmögliche Transparenz und Offenheit entwickelt werden, um nicht nur den Opfern und den Hinterbliebenen der rechtsterroristischen Straftaten gerecht zu werden, sondern auch, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Sicherheitsbehörden wieder aufzubauen.“ Die Demokratie dürfe auf keinem Auge blind sein. Der Verfassungsschutz müsse ein Frühwarnsystem und ein wesentlicher Garant für die Aufklärung von Extremismus in jede Richtung bleiben. Zum Aussteigerprojekt teilte der Minister mit, mit ihm seien 120 Rechtsextremisten, zum überwiegenden Teil ehemalige Gewalttäter, aus der Szene herausgelöst worden, 90 Prozent seien danach straffrei geblieben. Darauf könne man stolz sein, betonte Jäger und forderte ebenfalls mehr Demokratie, Zivilcourage und gesellschaftliches Engagement, um dem Rechtsextremismus wirkungsvoll entgegenzutreten.

2.12. Basisdemokratie

In beiden Fällen war es die LINKE, die im Dezember 2011 den zwei Gesetzentwürfen über die Mehrheitshürde half: Sie votierte am 8. Dezember für den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und sie war mit von der Partie, als SPD und GRÜNE ihr Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren am 21. Dezember zur Abstimmung stellten. Das eine wirkt sich auf den kommunalen Bereich aus, das andere hat die Landesebene im Blick. Beide Initiativen sollen in einer repräsentativ verfassten Demokratie das basisdemokratische Element durch die erweiterte Möglichkeit von direkter Bürgerbeteiligung stärken.

So werden Volksbegehren u.a. dadurch erleichtert, dass die Frist für das Sammeln der erforderlichen Unterschriften von acht auf 18 Wochen verlängert wurde und das Eintragen in die entsprechenden Unterschriftenlisten nicht mehr ausschließlich in Rathäusern geleistet werden muss.

Die Bürgerbeteiligung soll u.a. dadurch gestärkt werden, dass der Kostendeckungsvorschlag, der bisher von den Initiatoren eines Bürgerbegehrens gefordert wurde, im Vorfeld eines Bürgerbegehrens durch eine Kostenschätzung durch die Kommunalverwaltung ersetzt wird. Der Katalog an Themen,



Mehr Bürgerbeteiligung

anisierte Minderheit ihren Willen der demokratischen Mehrheit überstülpe. Darum lehne die CDU den Entwurf ab und arbeite an einem eigenen Positionspapier. Zur Diskussion darüber lade er ein: „Lassen Sie uns sehen, wie weit wir kommen und ob wir dann nicht mit Ihnen gemeinsam das Ganze vielleicht etwas ausdehnen können.“

Für Michael Hübner (SPD) war klar: „Natürlich kann es nicht sein, dass eine Minderheit die Mehrheit dominiert.“ Was die Frage der Bauleitplanung angehe, so stelle die vorgesehene Möglichkeit, für die Einleitung einer Bauleitplanung ein Bürgerbegehren zuzulassen, einen Mittelweg dar. Die Größenstaffeln bei den Quoren könne man sicherlich anpassen, ohne befürchten zu müssen, von Bürgerentscheiden „geflutet“ zu werden. Er riet, nach Verabschiedung des Gesetzes Erfahrungen zu sammeln, um daraus gegebenenfalls neue Erkenntnisse zu gewinnen.

für die ein Bürgerbegehren ausgeschlossen ist, wird bereinigt. Bürgerbegehren über die Einleitung von Bauleitplanverfahren sollen möglich sein, nicht jedoch über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen. Das Quorum beim Bürgerentscheid, das bisher 20 Prozent der Stimmen der Bürgerinnen und Bürger betragen und sich vor allem in einwohnerstarken Kommunen als Hemmnis für Bürgerentscheide herausgestellt habe, wird in Städten und Kreisen nach der Einwohnerzahl gestaffelt.

Im Ziel der stärkeren Teilhabe von Bürgern sei man sich einig, befand Peter Biesenbach (CDU), nur der von der Regierung aufgezeigte Weg reiche nicht aus. Die Staffelung der Quoren nach Einwohnergrößen berge die Gefahr, dass eine gut organisierte Minderheit ihren Willen der demokratischen Mehrheit überstülpe.

Mit der Möglichkeit zur Abwahl von Oberbürgermeistern und Bürgermeistern und der Einführung der Stichwahl bei Bürgermeister- und OB-Wahlen habe die Koalition schon für mehr Bürgerbeteiligung gesorgt, erinnerte Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE). Jetzt sei NRW wieder an der Spitze der Länder, was demokratische Entscheidungsprozesse angehe. Die Erfahrung sei, dass direkte Bürgerbeteiligung in den Gemeinden nicht demokratische Prozesse im Rat lahmlege, „das Gegenteil ist der Fall: Mehr Beteiligung führt zu mehr Verantwortung, mehr Überlegen und mehr Mitarbeit in den Gemeinden“.

Horst Engel (FDP) sah bei einer weiteren Absenkung der 20-Prozent-Hürde auf zehn Prozent bei Bürgerentscheiden die Gefahr, dass dann die Demokratie ausgehöhlt werden kann. Es dürfe jedenfalls nicht passieren, „dass Minderheiten plötzlich für Mehrheiten entscheiden“. Beim Kostendeckungsvorschlag für Bürgerbegehren müsse man sich der Tatsache stellen, „dass – bislang – viele Bürgerbegehren in Ermangelung eines adäquaten Kostendeckungsvorschlags für unzulässig erklärt werden“.

Die Ungleichbehandlung zwischen dem kreisangehörigen und dem kreisfreien Raum bei den Quoren müsse beseitigt werden, verlangte Özlem Alev Demirel (LINKE). Weiter kritisierte sie: Sogenannte Drittstaatler, also nicht EU-Bürger, dürften keine Unterschrift für ein Bürgerbegehren leisten; die LINKE sei für völlige Gleichberechtigung aller Menschen. Bürgerbegehren zu Bauprojekten blieben in NRW – ganz anders als in Bayern – faktisch ausgeschlossen, das sei keine Lösung. Man werde dem Gesetz zustimmen, auch wenn dieses zwar nur kleine Schritte bringe, diese aber in die richtige Richtung wiesen würden.

Innenminister Ralf Jäger (SPD): Der Entwurf sei ein weiterer Baustein zu dem zentralen Ziel der Landesregierung, „mehr Demokratie in diesem Land zu gewährleisten, die direkt-demokratische Beteiligung zu erweitern, ganz dem Kurs folgend, aus Betroffenen Beteiligte zu machen“. Es sei gewollt, dass die Bürger sich mehr einmischten. Denn – wie Johannes Rau gesagt habe – nichts sei für eine Demokratie wichtiger als Bürgernähe und Bürger, die sich in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen.

2.13. Stärkungspakt

„Sehr direkt und sehr konkret“ müsse den Kommunen mit besonderen strukturellen Problemen geholfen werden, ihre Haushalte dauerhaft zu konsolidieren. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen könnten diese hoffnungslos überschuldeten Städte zeitweise von Zinslasten und Tilgung entlastet werden. Dieser Ankündigung aus der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Kraft folgte am 8. Dezember 2011 im Landtag die zweite Lesung – und damit die Verabschiedung – des von der Landesregierung vorgelegten Gesetzes, das Höhe und Bedingungen der Finanzhilfen definiert. Diesmal war es die FDP, die bei der namentlichen Abstimmung der Minderheitskoalition zur Mehrheit verhalf.

Als nicht ausreichend kritisierte Bodo Löttgen (CDU) den Entwurf. Dieser bedenke nur 34 „extrem klamme“ Kommunen. Diese milde Gabe sei bei der Gesamtverschuldung aller 396 Kommunen in Höhe von 57 Milliarden Euro nicht ausreichend. Sie zementiere vielmehr den bereits durch die letzten Gemeindefinanzierungsgesetze verabschiedeten Weg einer kommunalen Zweiklassengesellschaft. Der Abgeordnete sprach von einem „Danaergeschenk“, das sich für die Empfänger als unheilvoll und schadenstiftend erweisen werde. Weil nach nicht nachvollziehbaren Kriterien zwischen notleidenden Kommunen erster und zweiter Klasse unterschieden werde, treibe Rot-Grün einen Keil in die kommunale Familie.

Von einem historischen Tag sprach dagegen Michael Hübner (SPD). In einem Kraftakt stelle das Land in den drei nächsten Jahren den 34 am stärksten betroffenen Kommunen 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Ab 2014 erhielten die Empfänger, die in erster und zweiter Stufe am Stärkungspakt teilnehmen, insgesamt 610 Millionen. Das zeige, dass nicht nur die 34, sondern eine erheblich größere Zahl an Städten das Programm nutzen könnte. Die Einigung sei in guten Gesprächen zwischen FDP, GRÜNEN und SPD erreicht worden – unter Berücksichtigung der Anregungen der kommunalen Familie.

Die CDU, die jetzt den Stärkungspakt kritisiere, habe sich zuvor in einem Raubzug durch die kommunalen Kassen bewegt und die kommunale Finanzkrise noch verschärft, warf Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) der



Die Kommunen brauchen Unterstützung

Union vor. Der Pakt sei ein zentraler Punkt der Koalitionsvereinbarung und ein Meilenstein auf dem Weg zur kommunalen Konsolidierung. Wichtig sei, dass bei Abweichungen vom Haushaltssanierungskonzept verpflichtend ein Sparkommissar bestellt werden müsse. Allerdings benötigten die Städte die Unterstützung des Bundes und eine Entlastung von den Sozialausgaben.

Längst überfällig sei der Stärkungspakt, befand Horst Engel (FDP). In den Beratungen des Entwurfs sei es gelungen, ein Änderungspaket zu erarbeiten, das den Entwurf verbessere und umsetzbar mache. Es sei ein Kompromiss gefunden worden, nicht zuletzt dadurch, dass die Beteiligung wohlhabender Kommunen gestrichen wurde. Mit dem Pakt hätten die teilnehmenden Kommunen eine realistische Chance, sich durch Hilfszahlungen und eigene Konsolidierungsmaßnahmen aus ihrer finanziellen Notlage zu befreien. Einbezogen würden Kommunen, die von Zahlungsunfähigkeit unmittelbar bedroht seien.

Durch die Bedingungen werde das kommunale Selbstverwaltungsrecht der 34 Kommunen erdrückt, klagte Özlem Alev Demirel (LINKE). Denn für

die „zwangsbeglückten“ Gemeinden bedeute der Pakt, dass viele freiwillige Einrichtungen geschlossen, kommunales Vermögen verkauft und die Grundsteuern drastisch erhöht werden müssten. Die Folgen für Personal und Dienstleistungen: Kürzungen bei den Personalausgaben, betriebsbedingte Kündigungen und schlechterer Service. Die Abgeordnete forderte eine echte Entschuldung durch einen Landesfonds. Die angekündigten Hilfen im Stärkungspakt seien vergiftete Hilfen; das sei auch Meinung der großen Mehrheit der betroffenen Kommunen.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) stellte fest: An diesem Tag entscheide sich, wer wirklich an der Seite der Kommunen stehe: „Niemand zuvor hat eine Landesregierung mehr Geld für die Kommunen in NRW bereitgestellt.“ Seit 2010 würden Städte und Gemeinden nicht mehr zur Konsolidierung des Landeshaushalts herangezogen, ergänzte der Minister. Es gehe bei dem Pakt darum, gezielt den Kommunen zu helfen, bei denen die Not am größten sei, und diese wieder handlungsfähig zu machen. Durch eine faire Lastenverteilung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen solle die Gesamtfinanzierung der Komplementärmittel stattfinden. So helfe man und fordere gleichzeitig Solidarität ein.

In ihrer Existenzangst habe die FDP ein Zweckbündnis mit Rot-Grün beim Stärkungspakt geschlossen, um, wie die FAZ in ihrem Kommentar vermutet, Neuwahlen zu vermeiden. Aber: „Angst ist ein schlechter Ratgeber.“ Die Partei würde untergehen, „falls die Koalition unter Führung der keineswegs unbeliebten Landesmutter Kraft Neuwahlen ansetzen würde, um endlich mit absoluter Mehrheit zu regieren“. Die Frankfurter Rundschau mutmaßte, diese Ampelkoalition werde kein Einzelfall bleiben, denn bisher hätten sich die Liberalen jeglicher Kritik an den Eckdaten des Etats 2012 enthalten, obwohl sie die hohe Verschuldungspolitik immer wieder gegeißelt haben. Der Autor: „In der Woche vor Weihnachten muss die FDP Farbe bekennen, dann berät das Parlament in Düsseldorf erstmals den Etat für das nächste Jahr.“ Das Westfalen-Blatt zielte bei seiner Zukunftsanalyse in die Gegenrichtung. „Weil die FDP zu einem wichtigen Haushaltskapitel A gesagt hat, muss sie Ende März zum Gesamtetat 2012 auch B sagen.“ Der Kompromiss sei faul und nicht ausfinanziert, urteilten die Aachener Nachrichten. Auf Drängen der FDP sei die geplante Solidarumlage der reicheren Städte gestrichen worden: „Somit fehlen bei der Finanzierung 195 Milli-

onen Euro pro Jahr.“ Die FDP begeben sich ein Stück aus ihrer Route der Totalopposition und verschaffe sich mehr Bewegungsfreiheit. Das könnte noch von Nutzen sein – „vielleicht schon beim Haushalt 2012“, orakelte die Neue Rhein/Ruhr Zeitung.

2.14. Islamischer Religionsunterricht

An den Schulen des Landes lernen rund 320.000 junge Menschen islamischen Glaubens. Dass ihnen islamischer Religionsunterricht als Schulfach angeboten werden kann, dafür sorgt das gemeinsam von CDU, SPD und GRÜNEN vorgelegte Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach. Es wurde am 21. Dezember 2011 erörtert und in zweiter Lesung verabschiedet. Die LINKE war dagegen, die FDP enthielt sich.

Das Gesetz sei eine Sache der Fairness und des wohlverstandenen Eigeninteresses, stellte Michael Solf (CDU) heraus. Fair deswegen, weil man auch dem Islam zugestehen müsse, was für andere Religionen selbstverständlich sei, nämlich Religionsunterricht. Religionsunterricht unter Aufsicht des Staates zielt auf die Einbindung von religiösen Wertesystemen in die demokratische Grundordnung. Damit verhindere man den Rückzug in Parallelwelten: „Er wirkt gegen Fundamentalismus und gegen religiöse Abschottung. Und vor allem wirkt er gegen blinden religiösen Eifer, weil er auf einen reflektierten, vom Verstand verantworteten Glauben zielt.“

40 Jahre schon werde über islamischen Religionsunterricht debattiert, erinnerte sich Sören Link (SPD), jetzt endlich gelinge es, die parlamentarischen und gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Das Gesetz Sorge dafür, dass Kinder muslimischen Glaubens künftig ein ganz normaler Bestandteil des Landes seien – „das ist die eigentliche positive Botschaft dieses Tages“. Jetzt beginne die konkrete Arbeit. Es gelte, Lehrkräfte zu finden und auszubilden, Lehrpläne zu erarbeiten und eine „Kultur des Wollens“ an den Schulen zu etablieren. Das bis 2019 befristete Gesetz werde dann nicht mehr gebraucht, zeigte sich Link überzeugt, weil man bis dahin die Frage islamischer Religionsgemeinschaften hoffentlich geklärt habe.

Die Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN hätten sich schon vor 30 Jahren für islamischen Religionsunterricht ausgesprochen, erklärte Arif



Islamischer Religionsunterricht an den Schulen

Ünal (GRÜNE). 80 Prozent der Eltern wünschten sich diesen Unterricht. Mit anderthalb Millionen Menschen in NRW stellten Muslime zehn Prozent der Bevölkerung dar. Nicht zuletzt auch die Kirchen unterstützten das Anliegen. Jetzt die historische Zäsur: Erstmals arbeiteten Staat und muslimische Organisationen auf freiwilliger Basis strukturell zusammen. Somit hole das Parlament etwas nach, was längst fällig gewesen sei.

Das Gesetz greife ein höchwichtiges gesellschaftliches Anliegen auf, „das wir im Ziel und in der Sache uneingeschränkt teilen“. Wenn ihre Partei dennoch nicht zustimme, erläuterte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP), dann deswegen, weil man verfassungsrechtliche und rechtliche „Bauchschmerzen“ bei der angedachten Konstruktion des Beirats habe. Die Verfassung lege hohe Maßstäbe an die Einrichtung eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an staatlichen Schulen an. Die erforderliche islamische Religionsgemeinschaft habe sich noch nicht gebildet. Der geplante Beirat könne aber nicht in diese Rolle schlüpfen. Diese Lösung sei zu riskant und könne angefochten werden.

Gunhild Böth (LINKE) vertiefte diesen Gedanken: „Die Legitimation der Vertreterinnen und Vertreter dieses Beirats ist das ganz große Problem.“ Zum einen gebe es eine islamische Organisation, die vom türkischen Staat finanziert werde und darum nicht unabhängig sei, zum anderen gebe es Bedenken gegen die Benennung von Vertretern durch das Schulministerium. Hier greife der Staat in die Hoheit der Religionsgemeinschaften ein. Das Gesetz werfe mehr Fragen auf, als es beantworte. Etwa: Gehe es um die Einführung islamischen oder sunnitischen Unterrichts?

Das Beiratsmodell sei eine stabile Brücke, betonte Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE). Ohne Zwischenlösungen komme man nicht zügig voran. Die Politik müsse sich an dieser Stelle entscheiden. Für viele Menschen erlaube es der islamische Religionsunterricht, Deutschland mehr zu ihrer Heimat werden zu lassen. Das Vorhaben sei rechtlich gut abgesichert. Der Weg sei begehbar, auch deswegen, „weil wir nicht wollen, dass Hunderttausenden von Kindern in unserem Land ein Grundrecht vorenthalten bleibt“. Es sei heute ein guter Tag für die Grundrechte und die Integration in NRW.

2.15. Bilanz 2011

Das turbulente Jahr 2011 neigte sich mit besinnlichen Momenten seinem Ende zu. Am 20. Dezember öffnete Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg einen Raum der Stille im nordrhein-westfälischen Parlamentsgebäude. Gestaltet von dem international renommierten Künstler Professor Gottfried Graubner wird dort Menschen aller Glaubensrichtungen, aber auch Nichtgläubigen die Möglichkeit gegeben, sich von der Hektik des politischen Betriebs in eine Atmosphäre der Ruhe zurückzuziehen. Ein Refugium für religiöse Andachten und für Momente der Besinnung abseits des parlamentarischen Alltags – offen für die Abgeordneten, für die Parlamentsbeschäftigten und für die Besucherinnen und Besucher – ist entstanden. Kirchenrat Rolf Krebs vom Büro der Evangelischen Kirche in der Landeshauptstadt und Prälat Martin Hülskamp, Leiter des Katholischen Büros, wirkten an der Eröffnungsfeier ebenso mit wie der Vorsitzende des Kulturausschusses im Landtag und Präsident der Kunststiftung NRW Dr. Fritz Behrens, der die Kunst von Professor Graubner würdigte. Jugendliche aus dem Diakoniewerk Duisburg haben für den Raum der Stille im



Der Raum der Stille im Landtag NRW

Landtag NRW das zurückhaltende Mobiliar aus naturbelassenem Holz angefertigt.

In diesem Jahr schloss Rot-Grün sein Vorhaben ab, etliche Gesetze der schwarz-gelben Vorgängerregierung zurückzunehmen. So wurde die Stichwahl bei der Wahl von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten wieder eingeführt. Beim Landespersonalvertretungsgesetz wurden frühere Mitbestimmungsregelungen zum Teil wieder eingeführt, teilweise auch fortentwickelt und neue Beteiligungstatbestände aufgenommen. Vorher bereits schaffte Rot-Grün die Kopfnoten bei der Beurteilung von Schülerinnen und Schülern wieder ab. Und auch die Studiengebühren wurden wieder gestrichen. Dieses Thema war nicht nur mit der Ausstattung der Hochschulen verknüpft, sondern immer auch mit dem Dauerthema der nordrhein-westfälischen Finanzpolitik. Die Oppositionsfraktion von CDU und FDP warfen der Regierung nicht nur vor, mit der Abschaffung der Studiengebühren die Studienbedingungen der Hochschulen zu verschlechtern,

sondern werteten diesen Schritt auch stets als deutliches Signal für den mangelnden Sparwillen von Rot-Grün.

In die gleiche Kerbe schlugen die beiden Oppositionsfraktionen, als Rot-Grün gemeinsam mit der LINKEN die Grunderwerbssteuer erhöhte: Dies sei, so die Kritik, keine Konsolidierung des Haushalts, sondern eine Maßnahme, mit der junge Familien geschröpft und vom Kauf eines Hauses abgeschreckt würden. Auch die Forderung, eine Schuldenbremse in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung zu verankern, diene CDU und FDP dazu, ihre Hauptkritik an Rot-Grün zu untermauern: Die Regierung nutze nicht die durch die positive konjunkturelle Entwicklung sprudelnden Steuereinnahmen zum Abbau von Schulden, sondern treibe diese sogar in die Höhe. Die Weigerung, eine Schuldenbremse verfassungsrechtlich abzusichern, sei dafür ein deutliches Signal. Ähnlich verliefen die Linien beim Tariftreue- und Vergabegesetz. Rot-Grün und LINKE verabschiedeten das Gesetz, mit dem bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Vertragsbeziehungen sozialverträglich, umweltfreundlich, energieeffizient, gleichstellungs- und integrationsfördernd sowie mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden sollten. CDU und FDP hingegen charakterisierten das Gesetz als mittelstandsfeindlich; es Sorge für zusätzliche Bürokratie und werde sich als Klotz am Bein der Kommunen erweisen, da wegen der Auflagen weniger öffentliche Aufträge vergeben würden.

Ein weiteres herausragendes Thema des Jahres 2011 war die Kommunalpolitik. Auch hier standen die Finanzen im Vordergrund. Das Ziel war nicht streitig: Den notleidenden, zum Teil hochverschuldeten Kommunen des Landes sollte aus der Landeskasse geholfen werden. Auf welche Weise dies geschehen sollte, wurde jedoch unterschiedlich gesehen. Die CDU kritisierte den Stärkungspakt, diese gehe nicht weit genug und zementiere eine „kommunale Zweiklassengesellschaft“, während SPD, GRÜNE und FDP das Projekt unterstützten. Neben der bereits erwähnten Wiedereinführung der Stichwahl gemeinsam mit der FDP und der LINKEN sorgte Rot-Grün mit der LINKEN für eine leichtere Abwahlmöglichkeit von Stadt- bzw. Kreisoberhäuptern; sie erleichterte Bürgerbegehren in den Kommunen und gaben den Gemeinden und Kreisen gemeinsam mit den anderen Fraktionen die Möglichkeit, mit charakteristischen Zusatzbezeichnungen zu ihren Namen für sich zu werben.

Insgesamt verabschiedete der Landtag NRW in den zwölf Monaten des Jahres 2011 45 Gesetze und befasste sich mit sechs Großen und 1.000 Kleinen Anfragen. Bei 62 öffentlichen Anhörungen nahmen die jeweiligen Mitglieder der Fachausschüsse die Stellungnahmen von Sachverständigen entgegen.

Neben diesen parlamentarischen Initiativen war das Jahr aber auch geprägt von besonderen Aktivitäten des Landtags NRW. Hier stachen vor allem die europapolitischen Aktivitäten hervor. Historisch und kulturell, wirtschaftlich, sozial und politisch ist Nordrhein-Westfalen eng mit der europäischen Entwicklung verbunden. Mit Beginn der Wahlperiode hat der Landtag einen Ausschuss für Europa und Eine Welt eingesetzt. Dessen 21 Mitglieder bereiten die parlamentarische Willensbildung in europapolitischen Fragen vor und informierten sich beispielsweise in Brüssel bei EU-Energiekommissar Günther Oettinger über die politischen Folgen der japanischen Atomkatastrophe. Zu Beginn und gegen Ende der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ließen sich der Ausschuss sowie weitere interessierte Abgeordnete über die Pläne und Projekte informieren. Hochkarätige Gäste aus Europa suchten den Landtag NRW auf, so der österreichische Bundesratspräsident Gottfried Kneifel, der Präsident der Tschechischen Republik Vaclav Klaus oder der Präsident der Abgeordnetenkammer Luxemburgs Laurent Mosar. Die internationalen Kontakte des NRW-Parlaments pflegten die Parlamentariergruppen mit Benelux, Türkei, Frankreich, USA, Ost-/Mitteleuropa, Israel, Polen und China. Lob und Anerkennung zollte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg den in Afghanistan eingesetzten Polizisten und Bundeswehr-Soldaten. Uhlenberg hielt sich auf Einladung von Bundesverteidigungsminister de Mazière im afghanischen Masar-e-Sharif auf und informierte sich dort über die Situation der deutschen Einsatzkräfte.

Besondere Beziehungen unterhält Nordrhein-Westfalen auch zu der Türkei. So besuchte das Landtagspräsidium im März die Türkei und zeigte sich von der wirtschaftlichen Dynamik in dem Land beeindruckt. Aktuelle Justizprobleme allerdings würden auch einen Schatten auf die erzielten Fortschritte werfen, so die Bilanz des Präsidiums. Umgekehrt kam der stellvertretende Ministerpräsident der Türkei Bülent Arnic in den Landtag am Rhein und wurde vom Landtagspräsidium empfangen. Ein Festakt zum 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens sowie die Ausstellung „Geteilte Heimat“ unterstrichen die enge Verbin-

dung zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei. Das Thema „Migration“ spielte auch eine Rolle bei der neuen Veranstaltungsreihe „Literatur im Landtag“. In der von Michael Serrer, Leiter des Literaturbüros NRW, moderierten Gesprächsrunde schilderten der Schriftsteller Feridun Zaimoglu und die Journalistin Hatice Akyün das Arbeitermilieu des Ruhrgebiets, das beide mit ihren zugewanderten Familien kennengelernt hatten. Zum Auftakt hatte sich die neue Veranstaltungsreihe im ersten Halbjahr 2011 mit dem Werk von Heinrich Böll auseinandergesetzt.

Einen weiteren neuen Akzent setzte das Landtagspräsidium mit seinen Regionalreisen nach Südwestfalen sowie an den Niederrhein und wirklichte damit die Ankündigung von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg aus seiner Antrittsrede, dass der Landtag nicht nur in Düsseldorf stattfindet. Das Ziel: Lokale und regionale Informationen aus erster Hand, im Vordergrund jedoch ein Beitrag, durch direkte Kontakte die Distanz zwischen Politikern und Bürgern abzubauen. Fortgesetzt wurden vom Landtagspräsidium in diesem Zusammenhang auch die Besuche von Schulen und die dortigen Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern sowie der Jugend-Landtag.

Engere Beziehungen zwischen der Bevölkerung und Landesgeschichte und Landespolitik versprach sich Landtagspräsident Uhlenberg auch von einem „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“. Seine Initiative zielt darauf ab, die nordrhein-westfälische Identität zu stärken und die Entwicklungen und Leistungen in dem 1946 entstandenen Land Nordrhein-Westfalen einem breiteren Publikum anschaulich zu vermitteln.



Der Landtag trauert um Karl Josef Denzer, Landtagspräsident von 1985 bis 1990. Menschliche Ausstrahlung, Überzeugungskraft und sicheres Gespür für Stil und Würde des Parlaments zeichneten den Verstorbenen aus.

3. Das Jahr 2012: Von der Integration bis zur Auflösung

3.1. Integration

Anfang des Jahres war die Vierer-Koalition aus dem Jahr 2001 wieder aufgelebt. CDU, SPD, GRÜNE und FDP, alle damals im Landtag vertretenen Parteien, hatten seinerzeit gemeinsam eine Integrationsoffensive beschlossen, die einmalig in der politischen Landschaft der Bundesrepublik war. Fünf Jahre später folgte der Aktionsplan Integration als integrationspolitisches Programm der Landesregierung. Auf beidem baute der Entwurf auf, den die Landesregierung für ein Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration im Land vorlegte. Am 8. Februar 2012 wurde es in zweiter Lesung mit großer Mehrheit verabschiedet, die LINKE, die dem Gesetz erhebliche Lücken attestierte, enthielt sich der Stimme. Nach dem Gesetz über islamischen Religions-

unterricht vom Ende vergangenen Jahres war dies erneut ein wichtiger Integrationsschritt auf Landesebene. Mit dem neuen Gesetz, so stand es in der Erläuterung des Gesetzentwurfs, schaffe Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland eine verbindliche rechtliche Grundlage zur Förderung der Teilhabe und Integration.

Froh zeigte sich Michael Solf (CDU) über den vorliegenden Gesetzentwurf. Trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen habe man zueinander gefunden. Auf dieser Basis könne man nun die Megaaufgabe Integration im Konsens weiterführen. Das sei an die Menschen ein Signal ohne parteipolitische Frontlinien. „Wenn es uns nicht gelingt, einen solchen Konsens fest in der politischen Kultur und im gesellschaftlichen Handeln zu verankern, werden wir in



Gesetz zur Förderung der Teilhabe und Integration verabschiedet

einer der Schicksalsfragen unseres Gemeinwesens scheitern.“ Mit dem Gesetz habe man eine Messlatte, „die wir immer wieder anlegen müssen“.

Es werde ein wichtiges, „vielleicht sogar historisches“ Gesetz beschlossen, urteilte Bernhard von Grünberg (SPD). Die LINKE habe hoffentlich die Größe zuzustimmen, „weil wir eine ganze Menge Ideen der LINKEN aufgenommen haben“. Das nordrhein-westfälische Gesetz sei hoffentlich auch ein Signal an die anderen Bundesländer. Es öffne hierzulande einen breiten Raum und ziehe zugleich die Notwendigkeit nach sich, auf vielen politischen Feldern aktiv zu werden. Die Arbeit in den Kommunen solle es nicht ersetzen, sondern ihr im Gegenteil einen besonderen Schub geben.

Als Kern stellte Arif Ünal (GRÜNE) heraus, „unsere qualitativ gute Integrationsstruktur endlich flächendeckend ausweiten zu können“. Bisher fehle es noch oft an der Durchsetzungskraft und an den finanziellen Möglichkeiten, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. NRW stelle sich den Erfordernissen nicht nur offensiv, sondern auch gemeinsam. „Wir alle in diesem Landtag verstehen Zuwanderung als Chance und Gewinn für unsere Gesellschaft. Wir ignorieren aber nicht, dass es auch Probleme gibt und sprechen diese offen an.“

Dr. Stefan Romberg (FDP) sah im Gesetz ein richtungsweisendes Willkommenssignal für die 4,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in NRW. Es lege die Hilfen des Landes ebenso fest wie die Erwartungen an die Zuwanderer, etwa indem es die Anerkennung der durch das Grundgesetz und die Landesverfassung geschützten gemeinsamen Grundwerte einfordere. Wichtig sei auch der ganzheitliche Ansatz. Es dürfe nicht bei Absichtserklärungen bleiben; das Gesetz müsse mit Leben erfüllt werden.

Die Integrationsarbeit vor Ort stehe unter Finanzierungsvorbehalt, bemängelte Ali Atalan (LINKE). Auch dass die 40.000 Menschen ohne festen Aufenthaltstitel außen vor blieben, sei ein entscheidender Schwachpunkt. Den Asylsuchenden und den Geduldeten müsse die Teilnahme an Deutsch- und Integrationskursen durch eine Landesförderung ermöglicht werden. Die Landesregierung habe nicht den politischen Willen gehabt, die Sache an der Wurzel anzupacken. Die LINKE habe zwar das Schlimmste verhindert, werde sich aber trotzdem enthalten.

„Nordrhein-Westfalen ist das Land der Vielfalt. Tagtäglich wird Solidarität gelebt und auch gesellschaftlicher Zusammenhalt geschaffen. Einwanderung hat unser Land interessanter gemacht. Gesellschaftlich-kulturell, aber auch ökonomisch war Einwanderung wichtig und richtig. Vielfalt ist Stärke. Diese Feststellung kann man nicht oft genug wiederholen“, stellte Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) klar. Aber Teilhabe komme nicht von allein, sie brauche auch gesetzliche Regeln: „Ich denke, wir haben mit diesem Integrationsgesetz einen Meilenstein in der Integrationspolitik gesetzt.“ Das habe man zusammen mit den Betroffenen getan. Die Vertreterinnen und Vertreter der Selbstorganisationen seien nicht Objekt, sondern Subjekt dabei gewesen. Ihnen werde deutlich: „Ihr gehört in dieses Land. Ihr gehört ganz einfach dazu. Wir wollen euch nicht missen“.

3.2. Altersversorgung

Kritik hagelte es, als Ende November 2011 CDU, SPD und GRÜNE einen gemeinsamen Entwurf zum achten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vorlegten. Das ist beinahe die Regel, wenn es um die sogenannten Diäten der Abgeordneten geht. In diesem Falle jedoch ging es um die Altersversorgung der nordrhein-westfälischen Abgeordneten, um die Erhöhung der automatischen Abführung für das Versorgungswerk, die dazu führte, dass die Abgeordneten netto weniger in ihren Portemonnaies hatten als vorher.

Mit dem Gesetzentwurf also strebten die drei Fraktionen eine Änderung bei der Altersversorgung der Abgeordneten an, die seit der Diätenreform von 2005 von einem eigenen Versorgungswerk sichergestellt wird. In dieses – bundesweit als wegweisend angesehene – Werk zahlen die aktiven Abgeordneten ein. Die Einführung des Versorgungswerks hatte bereits eine spürbare Reduzierung der Altersversorgung für die Abgeordneten im Vergleich zum alten System zur Folge. Durch die steigende Lebenserwartung der ehemaligen Abgeordneten als Rentenempfänger vergrößerte sich der Abstand zu anderen Altersversorgungssystemen weiter. Ziel des Gesetzentwurfs sollte daher sein, rechtzeitig gegenzusteuern, lautete das Argument der Befürworter. Deshalb sollte der Betrag für das Versorgungswerk von 1.614 Euro um 500 Euro angehoben werden. „Um eine Stabilisierung der Altersversorgung durch das Versorgungswerk – und damit der Grundversorgung

für alle Mitglieder des Landtags – zu erreichen, soll der Pflichtbeitrag zum Versorgungswerk zum 1. Januar 2012 erhöht werden“, so steht es darum im gemeinsamen Gesetzentwurf der drei Fraktionen. Dies erscheine auch im Vergleich mit Altersregelungen in anderen deutschen Parlamenten oder auch bei Wahlmandaten in Kommunen als angemessen.

Die Debatte über das Gesetz, begleitet von einer Protest-Kampagne des Bundes der Steuerzahler, erstreckte sich bis in den Februar des nächsten Jahres. Zuvor gab es eine Anhörung im Haupt- und Medienausschuss, in der Sachverständige zum Entwurf Stellung bezogen. Am 8. Februar 2012 wurde die Gesetzesänderung in zweiter Lesung mit den Stimmen von CDU, SPD und GRÜNEN und gegen das Votum von FDP und LINKEN in namentlicher Abstimmung gebilligt: 143 pro, 32 Abgeordnete contra, keine Enthaltung. Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg sagte dazu in einem Zeitungsgespräch wörtlich: „500 Euro sind gerechtfertigt, um das neu gegründete Versorgungswerk der Abgeordneten jetzt entsprechend auszustatten. Man hätte 2004 von vornherein insgesamt 2.000 als Monatszuführung für die kapitalgedeckte Altersversorgung vorsehen müssen.“

3.3. Dramatischer Schlusspunkt

Über Neuwahlen spekulierten die Medien immer wieder seit der Landtagswahl, ganz besonders, nachdem der Verfassungsgerichtshof den Nachtragshaushalt für verfassungswidrig erklärt hatte. Die Szenerie beruhigte sich, als der Landeshaushalt für 2011 durch Enthaltung der LINKEN den Landtag passieren konnte. Und für den Landeshaushalt 2012, waren sich die Beobachter einig, würde sich auch eine Mehrheit finden, wenn nicht durch Enthaltung der LINKEN, dann eben durch Enthaltung der FDP oder dadurch, dass aus den Reihen der Opposition zwei Abgeordnete aus welchen Gründen auch immer bei der Abstimmung fehlten. Anders gesagt: Mit Neuwahlen im Zusammenhang mit der Beratung des Landeshaushalts 2012 rechnete niemand wirklich. Und in der Tat konnten sich Landesregierung und die Abgeordneten von SPD und GRÜNEN vor der 2. Lesung des Landeshaushalts auch durch Abstimmung im Haushalts- und Finanzausschuss in diesen Annahmen bestätigt fühlen: In seiner Beschlussempfehlung sprach sich die Mehrheit des Ausschusses für die Annahme des Haushaltsgesetzes aus. Dies erwies sich jedoch als absolut trügerisch. In Interviews erklärten der FDP-



14. März 2012: Andrang der Medien im Landtag NRW

Fraktionsvorsitzende Dr. Papke wie auch der Vorsitzende der Linksfraktion Zimmermann am Wochenende vor der 2. Lesung des Landesetats, dass sie dem Haushalt nicht zustimmen könnten. Von der CDU-Fraktion war dies sowieso nicht zu erwarten. Es stand also 90 zu 91. Der Haushalt hätte bei diesem Ergebnis keine Mehrheit. Das wurde zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht in seiner Tragweite erkannt, da die Meinung vorherrschte, ein solches negative Abstimmungsergebnis sei in der 3. Lesung des Haushalts zu reparieren. Die zwei Wochen zwischen der 2. und der 3. Lesung könne für entsprechende Verhandlungen genutzt werden. Allgemein herrschte die Erwartung vor, dass sich bis dahin die FDP-Fraktion schon zu einer Enthaltung entschließen werde, musste sie doch vor Neuwahlen zurückschrecken, da ihr sämtliche Umfragen einen Wert eindeutig unter den erforderlichen 5 Prozent signalisierten.

Juristen der Landtagsverwaltung bewerteten die Situation und machten auf die Konsequenz einer Ablehnung des Landeshaushalts in der 2. Lesung aufmerksam. Bei Ablehnung nur eines wesentlichen Einzelplans sei der

Landeshaushalt in seiner Gesamtheit abgelehnt. Dies könne das Parlament auch in der 3. Lesung nicht mehr reparieren, soweit nach den Buchstaben der Geschäftsordnung verfahren werden solle.

Kernsätze des Vermerks: „Die Beschlüsse der 2. Lesung des Plenums sind verbindlich für den Inhalt des Haushaltsplans. Wegen der Besonderheiten des Haushaltsplans kann die Ablehnung eines Einzelplans in der 2. Lesung zum Scheitern des Haushalts führen, die in der 3. Lesung nicht mehr korrigiert werden kann.“

„Anders als in der Mehrzahl der Gesetzgebungsmaterien können aus dem Haushalt nicht beliebig wesentliche Teile herausgenommen werden, ohne den wirksamen Bestand des Haushalts im Übrigen zu berühren.“

Die Auflösung und ihre Folgen

Mit der Auflösung des Landtags haben die bisherigen Abgeordneten ihr Mandat verloren. Die 15. Legislaturperiode ist beendet. Sämtliche parlamentarischen Initiativen wie zum Beispiel noch nicht abgeschlossene Gesetzesvorhaben sind verfallen und müssen gegebenenfalls in der kommenden Legislaturperiode neu eingebracht und beraten werden (Prinzip der Diskontinuität). Lediglich das Präsidium bleibt so lange geschäftsführend im Amt, bis nach der Landtagswahl ein neues bestimmt wird.

Die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung werden bis zur Neuwahl durch einen Ständigen Ausschuss gewahrt (Artikel 40 der Landesverfassung). Er ist wenige Tage nach der Auflösung des Landtags zusammengetreten und setzt sich aus den Mitgliedern des Präsidiums sowie Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen zusammen. Dabei müssen die Mehrheitsverhältnisse, wie sie sich bei der letzten Landtagswahl ergeben haben, gewahrt bleiben. An Abstimmungen dürfen höchstens 21 Mitglieder teilnehmen. Ausschussvorsitzender ist Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg. Er wird vertreten durch die erste Vizepräsidentin Carina Gödecke.

„In der 2. Lesung werden ein oder mehrere Einzelpläne abgelehnt. In diesem Fall kann kein wirksamer Gesamthaushalt mehr beschlossen werden, da in der Schlussabstimmung der abgelehnte Einzelplan nicht mehr aufleben kann. Auch die 3. Lesung kann dieses Ergebnis nicht mehr verändern, da auf der Basis des Haushaltsentwurfs in der Fassung der Schlussabstimmung der 2. Lesung die Beratung in der 3. Lesung stattfindet.“

Soweit allerdings alle Fraktionen sich einig wären, könnte auch von der Geschäftsordnung abgewichen und sowohl auf die Einzelabstimmung als auch auf die Schlussabstimmung in der 2. Lesung verzichtet werden, um Zeit für Abstimmungsgespräche bis zur 3. Lesung zu gewinnen.

Landtagspräsident Uhlenberg reagierte sofort und informierte zunächst das Präsidium und rief unmittelbar daran im Anschluss am Dienstag, 13. März 2012, die Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer zusammen, um alle über die Folgen einer Ablehnung des Haushalts in 2. Lesung in aller Deutlichkeit zu informieren. Am späten Nachmittag wurde den Fraktionen die Rechtsauffassung auch in schriftlicher Form übermittelt. Noch am Abend und in der Nacht waren die Medien informiert. Die Lage hatte sich dramatisch zugespitzt.

Mittwoch, der 14. März 2012, war der entscheidende Tag: Im Landtagsgebäude summt und brummt es vor der Plenarsitzung. Die Fraktionen tagten, um ihre Positionen nochmals festzuklopfen. Zahlreiche Kamerateams, Fotoreporter, Journalistinnen und Journalisten lauerten vor den Geschäftsbereichen der Fraktionen und in der Wandelhalle vor dem Plenarsaal auf Interviewpartner. Die Aufregung und gespannte Erwartung über die weitere Entwicklung waren mit Händen zu greifen: Sollte es tatsächlich zum Scheitern des Haushalts, zur Auflösung des Landtags und zu Neuwahlen kommen? Noch immer gab es Stimmen, die daran nicht glauben mochten. So zeigte sich Schulministerin Sylvia Löhrmann optimistisch, dass Rot-Grün die Haushaltsabstimmung überstehen werde.

Um 10.02 Uhr schließlich eröffnete Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die 57. Plenarsitzung des Landtags NRW in der 15. Wahlperiode. Gegen Ende der heftigen Debatte über den Etat des Innenministers schaltete sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ein und unterstrich, dass es jetzt mit

der Entscheidung über den Einzelplan 03 – anders als bis gestern gedacht – faktisch zu einer Entscheidung über den gesamten Haushalt 2012 komme. Sie betonte weiter, dass „zu einer verantwortungsvollen Politik für Nordrhein-Westfalen gehört, in eine gute Zukunft zu investieren: in Kinder, Bildung, Vorbeugung und in die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen“. Kraft forderte ein Ende der taktischen Spielchen und stellte klar, dass es einen Antrag auf Selbstauflösung des Landtags geben werde, „um damit Neuwahlen einzuleiten. Dann müssen die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen entscheiden.“



FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Gerhard Papke

Dem hielt der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Gerhard Papke entgegen, dass der rot-grüne Haushaltsentwurf bei weitem nicht ausreiche, um NRW in eine gute Zukunft zu führen. „Ein solcher Haushaltsentwurf, der Nordrhein-Westfalen in den Verschuldungssumpf führt, ist für meine Fraktion weder zustimmungsfähig noch hinnehmbar.“ Und er stellte an die Ministerpräsidentin gewandt weiter fest, dass die rot-grüne Regierung insgesamt nicht bereit sei, ernste Gespräche mit der FDP oder auch anderen Oppositionsfraktionen über den Haushalt zu führen.

Karl-Josef Laumann, CDU-Fraktionsvorsitzender, schleuderte der Ministerpräsidentin entgegen: „Wenn Sie heute für Ihren Haushalt keine Mehrheit haben, dann ist das das Dokument des Scheiterns einer unsoliden Finanzpolitik. Wir werden die Wähler vor der Frage stellen, ob sie eine Landesregierung wollen, die eine Schuldenbremse für Nordrhein-



CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann

Von der Landtagswahl 2010 bis zur Auflösung des Landtags



Wolfgang Zimmermann, Fraktionsvorsitzender der LINKEN

Westfalen einhalten will, oder eine, die wie Sie eine Schuldenbremse als Entmündigung von Politik bezeichnet hat.“

Der Chef der dritten Oppositionsfraktion, Wolfgang Zimmermann, lenkte für die LINKE den Blick zurück auf den Beginn der Wahlperiode. Die LINKE habe sich damals enthalten, damit Frau Kraft Ministerpräsidentin werde konnte. Die LINKE habe dafür gesorgt, „dass es eine Minder-



Norbert Römer, SPD-Fraktionsvorsitzender

heitsregierung in diesem Lande gibt und dass die unselige Vorgängerregierung aus Schwarz-Gelb mit ihren Kürzungsorgien ein Ende hatte“. Die LINKE sei weiter gesprächsbereit, wenn Rot-Grün „einen vernünftigen Haushalt im Interesse der Menschen“ in diesem Land vorlege, dann könne die Ministerpräsidentin auch mit der Unterstützung der LINKEN rechnen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Norbert Römer verwies auf die Leistungen der Minderheitsregierung.



Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender GRÜNE

Das, was versprochen worden sei, sei auch umgesetzt worden und zwar mal mit der CDU, mal mit der FDP, mal mit der LINKEN, mal mit mehreren.

Und Reiner Priggen, Vorsitzender der GRÜNEN-Fraktion, stellte fest: „Wir haben gute Arbeit geleistet, aber es gibt noch ganz viel zu tun. Wir werden dafür antreten, dass wir eine stabile Mehrheit bekommen, um unsere Arbeit fortzusetzen. Das müssen wir jetzt machen und dann müssen die Menschen entscheiden.“

Um 12.33 Uhr begann die namentliche Abstimmung der 181 Abgeordneten über den Einzelplan 03 des Innenministeriums.

Um 12.46 Uhr gab Vizepräsidentin Carina Gödecke das Ergebnis der Abstimmung bekannt: „Mit Ja haben 90 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Weder eine Kollegin noch ein Kollege hat sich enthalten.“

Das Protokoll verzeichnet lebhaften Beifall von der CDU und von der FDP sowie Beifall von den LINKEN.

Gödecke: „Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 15/4003, die den Einzelplan 03 betrifft, abgelehnt worden.“

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 12.46 bis 17.04 Uhr, während der die Fraktionen die Lage berieten, teilte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und die Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann nach der Entscheidung

die folgende Vereinbarung der Fraktionen mit: „Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass die unterbrochene Beratung des Haushaltsgesetzes 2012 und der weiteren Haushaltsvorlagen ohne Abstimmung beendet sein soll.“

Um 17.16 Uhr schließlich rief der Landtagspräsident die entscheidende Abstimmung auf – den Antrag der CDU-Fraktion sowie den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung. Dieser lautet: „Der Landtag kann sich durch eigenen Beschluss auflösen. Hierzu bedarf es der Zustimmung der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl.“ Alle 181 Abgeordneten stimmten durch Handzeichen für die Auflösung des Landtags. Die 15. Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen war damit nach 22 Monaten beendet. Binnen 60 Tagen mussten nun Neuwahlen stattfinden.

3.4. Rückblick

Man erinnere sich: Als am Abend des 9. Mai 2010 herauskam, dass Rot-Grün nur 90 Mandate erhalten hatte und damit die Mehrheit um ein Mandat verfehlt hatte, da sprachen viele Beobachter von einem Experiment, das schnell scheitern würde. In der deutschen Demokratie, so hörte man, sei man nicht daran gewöhnt, anders als in anderen Ländern, einem Minderheitskabinet eine reale Überlebenschance einzuräumen. Fast zwei Jahre rot-grüne Minderheitsregierung, dass es so lange klappte, lag nicht zuletzt an der Konstellation zweier Frauen an der Spitze. Das Duo Kraft-Löhrmann ging, so sahen es nicht nur Parteifreunde – mit Engagement, Verbindlichkeit, Überzeugungskraft und Gradlinigkeit ans Werk – und mit Geschick: In der immer noch weitgehend von Männern bestimmten Welt hätten sie für einen Politikwechsel gesorgt. In Stil und Umgang mit den Fraktionen gelang es beiden Mehrheiten für ihre Anliegen und Gesetzesvorhaben zu organisieren, ohne eigene Positionen aufzugeben und sich, wie es immer wieder hieß, nicht „erpresen“ zu lassen. So wurde immer wieder aus der Minderheit eine Mehrheit, mit wechselnden Partnern und ganz pragmatisch.

Deswegen wird die 15. Wahlperiode, trotz ihrer verkürzten Dauer, in der Geschichte des nordrhein-westfälischen Parlaments eine Ausnahmestellung einnehmen. Ein anderer Politikstil hatte sich etabliert. Der Kampf um Mehrheiten wurde einmal nicht mit dem „Holzhammer“ geführt, es gab auf

Von der Landtagswahl 2010 bis zur Auflösung des Landtags

einmal keine zwei fest gefügten Lager mehr – hier Regierung, da Opposition –, an denen Initiativen automatisch scheiterten, weil sie nicht aus der richtigen Fraktion stammten. Dieses starre System hatte sich aufgeweicht. Die Taktik des Gesprächs, der Verhandlung, des Zuhörens und des Abwägens ersetzte die Konfrontation. Zum Gelingen gehörte auch, dass sich auch die Handelnden in anderen Parteien darauf einließen. Das „Wohl des Landes“ wird oft bloß als Schlagwort bemüht, hier fand es seine Gültigkeit.

Bald nach der Wahl im Mai 2010 war es der Duisburger Politikwissenschaftler Prof. Karl-Rudolf Korte, der gegenüber den GRÜNEN im Landtag sagte: „Macht das möglichst lange, ihr seid für die Politikwissenschaft eines der spannendsten Forschungsobjekte.“ Die Protagonisten der Minderheit meinten über ihre Arbeit, sie sei auch spannend, aber eher anstrengend gewesen – nicht zuletzt für die Opposition, so Reiner Priggen (GRÜNE).



Der Landtag NRW hat sich aufgelöst: Die Abgeordneten verlassen den Plenarsaal

Schon zuvor beim Schulkonsens hatte Renate Hendricks (SPD) die „neue Vertrauenskultur“ gelobt, die Kraft und Löhrmann hergestellt hätten; dafür sei ihnen zu danken. Zur Opposition gewandt, fuhr sie fort: „Ich will aber in diesen Dank auch Herrn Laumann einschließen. Er hat sozusagen die Fäden zusammengebunden. Das ist nämlich nur möglich gewesen, indem wir zusammengearbeitet haben“. Sylvia Löhrmann (GRÜNE) betonte nach dem Scheitern der Haushaltsberatungen 2012, „diese Minderheitsregierung war so lange erfolgreich, wie wir eine konstruktive Opposition hatten, die im Interesse des Landes bereit war zu Kompromissen“.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) blickte zurück: „Danke dafür, dass wir in den knapp zwei Jahren etwas vorangebracht haben, woran am Anfang niemand geglaubt hat und was – davon bin ich zutiefst überzeugt – der Demokratie in diesem Land gutgetan hat.“ Als Belege dafür nannte sie die „wirklich fruchtbaren Gespräche“ beim Schulkonsens und auch beim Stärkungspakt Stadtfinanzen. Ihre Stellvertreterin Löhrmann ergänzte diesen Katalog des erfolgreichen Dialogs um die Punkte Haushaltsverabschiedung 2011 und die Stärkung der Bürgerbeteiligung, die man zusammen mit der LINKEN auf den Weg gebracht habe. Kraft weiter in ihrer „Abschiedsrede“ an den 15. Landtag: „Da wir an dieser entscheidenden Stelle sind, nutze ich die Gelegenheit, Dank zu sagen: Danke an die Fraktionen von Rot und Grün für die gute Zusammenarbeit und für die unglaubliche Disziplin, die aufgebracht worden ist! Vielen Dank dafür! Danke an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett, insbesondere an meine Stellvertreterin Sylvia Löhrmann! Und danke auch an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen von CDU, FDP und Linkspartei!“ Wenn jetzt im kommenden Wahlkampf wieder die Versuchung komme, andere Töne anzuschlagen, dann wünsche sie sich, „dass wir durch den Wahlkampf kommen mit einem verschärften Blick, wie wir das in den letzten Monaten getan haben: auf die Inhalte und weniger mit ritualisierten Auseinandersetzungen“.

3.5. Politische Bilanz

Welche herausragenden Entscheidungen hatte die 15. Wahlperiode? Das waren in erster Linie der Schulkonsens, der Stärkungsfonds Stadtfinanzen und die Verbesserung der Bürgerbeteiligung. In der Chronologie der Wahlperiode sind weitere Gesetzesvorhaben erwähnt, bei denen außer Rot-Grün

Abgeordnete anderer Fraktionen zugestimmt und für eine Mehrheit gesorgt haben. Begonnen hatte die rot-grüne Koalition mit der Revision von Entscheidungen, die Schwarz-Gelb im Bildungsbereich, bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und auf kommunalwirtschaftlichem Gebiet getroffen hatte. Dann die nächste Phase, die Umsteuerung und die Gestaltung durch das Setzen von rot-grünen Schwerpunkten im Landshaushalt. Und immer dabei und zwischendurch, die Suche nach der Mehrheit. Wie sie durch alle Fraktionen lief, zeigte die Statistik der Verabschiedungen, die im Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL für das erste Jahr der Regierungszeit Kraft-Löhrmann aufgemacht wurde: 16-mal mit der LINKEN, 14-mal mit der FDP und 11-mal mit der CDU. Besondere Angriffsflächen bot die Minderheitsregierung vor allem in der Finanzpolitik mit ihrem Kurs, für präventive Sozialpolitik auch höhere Schulden in Kauf nehmen zu wollen. Probleme musste die Landesregierung beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige einräumen. Um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erfüllen zu können, müssen bis zum Jahr 2013 noch viele tausend U3-Plätze geschaffen werden.

Trotz der Besonderheiten, es war ein ganz „normaler“ Landtag. Das heißt: Das politische Alltagsgeschäft hatte auch seinen Platz. Insgesamt 59 Gesetze in 57 Plenarsitzungen hat das NRW-Parlament in seiner 15. Wahlperiode verabschiedet. Vorbereitet wurden die Plenarsitzungen in 480 Sitzungen der 17 Fachausschüsse, die zum Zweck der vertieften Behandlung der oft komplizierten Materien 114 öffentliche Anhörungen von Experten bzw. Sachverständigengespräche durchführten. Die Experten äußerten sich beispielsweise zur Abschaffung bzw. Beibehaltung der Studiengebühren, zum Jugendmedienschutz, zum Landespersonalvertretungsgesetz, zum Logistikstandort NRW, zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserrohre, zur Schuldenbremse, zu den Ladenöffnungszeiten, zum Kommunalen Finanzmanagement, zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum oder zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes. Zur Arbeit des Landtags gehört auch die Kontrolle der Regierung. Mit neun Großen Anfragen, z.B. zur Situation des Zeitungsmarktes in NRW, zu Lehren aus der Tragödie bei der Loveparade für künftige Massenveranstaltungen, zu Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus in NRW, sowie 1.698 Kleinen Anfragen und 528 Anträgen haben die Abgeordneten ihre Frage-, Informations-, Kontroll- und Initiativrechte wahrgenommen. Die beiden Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum

Bau- und Liegenschaftsbetrieb bzw. zum Verbleib der Brennelementekugeln haben sich in insgesamt 26 Sitzungen ihrem jeweiligen Untersuchungsauftrag gewidmet. Die Enquete-Kommission zum Wohnungswirtschaftlichen Wandel hat 13 Mal getagt.

Immer wieder kam es zum Schlagabtausch bei Aktuellen Stunden im Plenum, etwa zum Klimaschutz, zu den Castor-Transporten durch NRW, zum Rechtsterrorismus und zur Loveparade in Duisburg. Auch die WestLB war wiederholt Thema im Landtag, nicht zuletzt in Aktuellen Stunden. Die gab es auch zu angeblichen Plänen der Landesregierung zur Zurücknahme der Regelungen bei den Ladenöffnungszeiten. Energiewende und Atompolitik der Bundesregierung wurden ebenfalls hinterfragt. Das Kraftwerk in Datteln und seine Bedeutung für Energiepolitik und Klimaschutz stand mehrmals auf der Tagesordnung.

Am Ende seiner Amtszeit wählte der Landtag die 133 nordrhein-westfälischen Delegierten für die Bundesversammlung, die in Berlin den Nachfolger von Christian Wulff, der im Juli 2011 den Landtag Nordrhein-Westfalen besucht hatte, zu wählen hatte.

Ein „ganz normaler“ Landtag also. Nur dass er wegen seiner verkürzten Arbeitsperiode nicht alles erörtern und regeln konnte, was er sich vorgenommen hatte. So wird es noch lebhaftere Diskussionen geben, wenn es in Zukunft um die Schuldenbremse für öffentliche Haushalte geht. Nicht weitergekommen ist man beim Klimaschutzgesetz, mit dem das Energieland NRW eine Vorreiterrolle einnehmen möchte. Für Gesprächsstoff in und außerhalb des Landtags werden die Pläne sorgen, das Nichtraucherschutzgesetz mit seinen Ausnahmen auf den Prüfstand zu stellen. Kontroversen sind außerdem zu erwarten bei der Dichtheitsprüfung für Abwasserkanäle und bei den Ladenöffnungszeiten; Inklusion sowie die Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeit gelten dagegen als nicht in diesem Maße umstritten. An NRW schließlich entscheidet sich der Streit um ein Abkommen mit der Schweiz: Kauft das Land weiterhin Datenträger von Steuersündern oder tritt das Steuerabkommen mit dem Nachbarland so in Kraft, wie es von der Bundesregierung mit den Eidgenossen abgeschlossen wurde? Alle diese Themen werden den Landtag und die Öffentlichkeit auch in der neuen Wahlperiode beschäftigen.

Jürgen Knepper

II. Der Wahlkampf

1. Ausgangspositionen

In Sachen Neuwahlen waren die Interessenlagen zwischen Rot-Grün und der Opposition sehr unterschiedlich. Während sich die bisherige Minderheitskoalition vom erneuten Urnengang eine stabile Mehrheit versprach, waren die anderen Fraktionen zurückhaltender. Die Umfragen ließen für FDP, CDU und LINKE wenig Gutes erwarten. 21 Monate mit oder gegen das Regierungsduo Kraft-Löhrmann hatten oft Ratlosigkeit und Unschlüssigkeit hervorgerufen. Das Schwanken zwischen beinhardter Opposition und Konsenspolitik führte zu einem eher diffusen Bild in der Öffentlichkeit – anders als es bei einer konsequenten, dabei aber nicht obstruktiven Auseinandersetzung mit dem Regierungslager der Fall gewesen wäre.

Die GRÜNEN: Nach dem Erfolg bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl wies einiges darauf hin, dass beim Wahlgang an Rhein und Ruhr mit einem Stimmenplus zu rechnen sein würde. Dass nach der Auszählung davon nicht mehr gesprochen werden konnte, war mit dem tröstenden Hinweis zu verschmerzen, dass die GRÜNEN wieder als drittstärkste Fraktion in den neuen Landtag einzogen. Der Koalitionsvertrag mit der SPD war ein wohlformuliertes Werk der Harmonie gewesen. Beide Koalitionspartner hatten in vergangenen Wahlperioden gelernt, wie man – oder besser: wie man nicht – miteinander umgehen sollte. Der Vorrat an Gemeinsamkeiten mit der SPD war längst nicht erschöpft; in den knapp zwei Jahren gemeinsamer Regierung hatte es noch keine Anlässe gegeben, diese Harmonie auf die Probe zu stellen. Beim Wähler kam das an.

Bei der CDU hatte man den Eindruck, dass der Übergang von Rüttgers auf den neuen Spitzenkandidaten Norbert Röttgen, Bundesumweltminister im Kabinett Merkel, Ende des Jahres 2010 nicht ohne innerparteiliche Reibungen verlief. Es gab einen Gegenkandidaten, den früheren Integrationsminister Armin Laschet. Die NRW-CDU hatte offenbar auch noch nicht ihr Trauma als Folge des Abschieds aus der Regierungsverantwortung überwunden und vermochte nicht den überzeugenden Eindruck zu

Der Wahlkampf

vermitteln, als habe sie in ihrer Oppositionszeit zu neuer Zuversicht und Geschlossenheit zurückgefunden. Und außerdem: Würde der neue CDU-Landesvorsitzende, Bundesumweltminister Norbert Röttgen, neben seinem Berliner Amt genügend Zeit, Elan und Charisma haben, um in NRW die Stimmung zu drehen und die Union wieder auf die Regierungsbank zu führen? Würde er – im Fall einer Niederlage – in Düsseldorf bleiben oder in die Bundespolitik zurückkehren? Diese immer wieder gestellte Frage bestimmte die öffentliche Diskussion derart, dass Inhaltliches zu kurz zu kommen drohte.

Die FDP wiederum plagten andere Sorgen. In Meinungsumfragen schnitt sie nicht gut ab, sie lag zur Zeit der Landtagsauflösung um drei Prozent und würde mit diesem Ergebnis nicht wieder in den Landtag einziehen. Im Abwärtssog der Bundes-FDP bemühte sie sich um ein eigenes landespolitisches Profil und musste ebenfalls erleben, dass Opponieren gegen ein populäres Frauenduo an der Koalitionsspitze ein hartes Stück Arbeit ist und nur wenig Lohn bei den Wählerinnen und Wählern einbringt. Das Abschneiden in Schleswig-Holstein ließ dann aber zusammen mit der personellen Erneuerung der Spitze Hoffnung aufkeimen.

Der LINKEN ihrerseits war es mit ihrer Fundamentalopposition nicht gelungen, Rückhalt im Parlament und in weiten Kreisen der Bevölkerung zu finden. Ihr Kurs war unklar, sie schwankte zwischen Zustimmung, Enthaltung und Ablehnung. Ihr Profil galt als unscharf, im bürgerlichen Lager wurde die Fraktion nicht als eigenständige Größe, sondern lediglich als Mehrheitsbeschafferin für Rot-Grün angesehen. Ihre Forderungen im Wahlkampf (Verbot der Leiharbeit, zehn Euro Mindestlohn, landesweites Sozialticket für 15 Euro, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich) erschienen den meisten Menschen angesichts defizitärer öffentlicher Haushalte unrealistisch und unfinanzierbar.

2. Spitzenkandidaten

Unmittelbar nach dem Beschluss des Landtags, sich selbst aufzulösen, begannen die Vorbereitungen zum NRW-Wahlkampf. Rot-Grün sah keinen Anlass, das Spitzenpersonal zu tauschen. Kraft und Löhrmann wurden ohne Zögern zu den Spitzenkandidatinnen von SPD und GRÜNEN bestimmt. Die NRW-CDU entschied sich für Bundes-Umweltminister Dr. Norbert Röttgen, seit November 2010 Nachfolger von Jürgen Rüttgers als CDU-Landesvorsitzender.

Ein – für NRW nicht so ganz neues – Gesicht holte sich die Landes-FDP. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr verzichtete auf den Landesvorsitz. Ihn beerbte Christian Lindner, der vor seinem Eintritt in die Bundespolitik lange als Parlamentarier in Düsseldorf gearbeitet hatte. Nach seinem Rücktritt als Generalsekretär der Bundes-FDP wurde Lindner am Tag nach der Landtagsauflösung liberaler Spitzenkandidat für den kommenden Wahlkampf. 14 Tage später wählten ihn die Delegierten zum FDP-Landesvorsitzenden – mit 97,9 Prozent der Stimmen. Ein Ruck ging durch die Reihen der Landesliberalen. Mit Lindner als Zugpferd konnte man sich, so die Erwartung, aus dem Abwärtsstrudel befreien.

Die LINKE zog mit der Vorgabe von drei bis vier Prozent, die ihr bei Meinungsumfragen zugebilligt wurden, in den bevorstehenden Wahlkampf. Sie hatte allen Grund, um ihren Wiedereinzug in den Landtag zu bangen. Sie musste mit einer neuen Spitzenkandidatin antreten, der NRW-Parteivorsitzenden Katharina Schwabedissen. Wolfgang Zimmermann, der bisherige Fraktionsführer im Landtag, hatte aus Krankheitsgründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Mit Joachim Paul als Spitzenkandidaten stellten sich die PIRATEN zur Landtagswahl auf. Sie, die bei der vorangegangenen Landtagswahl nur 1,6 Prozent der Stimmen erlangt hatten, peilten mit ihrem neuen Politikverständnis – das für manche von der Politik Enttäuschte genügend attraktiv schien – vorsichtig die Marke 5 Prozent plus x an, tatsächlich wurden es dann 7,8 Prozent. Ihr politisches Programm war diffus, aber getragen von Zustimmung in der Öffentlichkeit war schon vor dem Wahltag davon auszugehen, dass dem neuen Parlament am Düsseldorfer Rheinufer eine PIRATEN-Fraktion zugehören würde.

3. Parteien im Wahlkampf

Wie wollten die Parteien angesichts dieser Ausgangslage die 13 Millionen Wählerinnen und Wähler im Land dazu bewegen, dass sie ihr Kreuz auf dem Wahlzettel bei ihnen und nicht bei der Konkurrenz machten? Oder: Welche Personen und Positionen erschienen Erfolg versprechend, um den Kampf um die Köpfe, die Herzen und die Schlagzeilen für sich zu entscheiden? Apropos Herz: Hier hatte das Regierungsduo Kraft-Löhrmann einen gewissen Bonus. Ihre nach außen vermittelte Harmonie beim gemeinsamen Regieren, ihr geschickter Umgang mit Politikern der Opposition, ihr Streben nach Konsens und ihr Ringen um Kompromisse – das erschien den meisten Menschen glaubwürdig und keine Show zu sein. Dem Wunsch der Wählerinnen und Wähler nach mehr Harmonie, im politischen Alltag nach verbreiteter Ansicht allzu oft enttäuscht, kam das entgegen. Viele Menschen sahen darin keine Inszenierung. Sie nahmen dem Duo den neuen Politikstil ab.



SPD

Es gab Häme und Begeisterung, als die Abstimmung im Internet bekannt wurde. Ein Plakat mit dem Slogan „Currywurst ist SPD“ fanden die meisten gut. Das ist volksnah, sagte die Mehrheit, „totale Inhaltslosigkeit“ schimpften die anderen. Die Spitzenkandidatin Hannelore Kraft stellte allerdings gleich klar, dass der Entwurf nicht aus der SPD kam: „Das Plakat ist im Netz entstanden und war unter

mehr als 300 Entwürfen das Motiv, das bei der Online-Abstimmung am besten abgeschnitten hat.“

Mit Plakaten aber werden heute keine Wahlkämpfe mehr gewonnen. Viele werden es beklagen: mit Programmen auch nicht. Es kommt immer auch auf den Mann – Entschuldigung: die Frau – an der Spitze an. Mit Kraft schickte die NRW-SPD einen Champion ins Rennen. Unter der Über-

schrift „One-Woman-Show“ titelten die Aachener Nachrichten: „Die SPD hat keine Themen, aber eine Herzdame.“ Der Focus sah Kraft als mächtigste Frau der SPD und härteste Konkurrentin von Kanzlerin Angela Merkel. „Guter Mensch von Düsseldorf“ nannte sie DER SPIEGEL in einem Porträt aus der Endphase des Wahlkampfs. Sie habe eine Politik gemacht, „die keinem wehtut – auf Kosten der Landeskasse“. Wenn Kraft durchs Ruhrgebiet tourte, dann hieß es gleich „Krafts Revier“. Im Stil einer Landesmutter schüttelte sie alle Hände, die sich ihr entgegenstreckten. Sie gebe sich in der Tradition von Johannes Rau als große „Kümmerin“ bei ihren Einsätzen vor Ort.

Welche Themen besetzten die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr? In ihrem einstimmig verabschiedeten Wahlprogramm setzten sie auf einen Dreiklang aus Sparen, Investitionen in Bildung und Hilfen für die Kommunen. Unter dem Schlagwort „gute Arbeit“ aus der Regierungserklärung sprach sich Kraft gegen die Auswüchse bei der Leih- und Zeitarbeit aus und forderte einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 8,50 Euro. „Kein Kind zurücklassen“ – bei diesem Versprechen ebenfalls aus der Regierungserklärung erinnerte die Wahlkämpferin an das kostenlose dritte Kindergartenjahr, das Rot-Grün durchgesetzt habe. An einer Ausweitung werde gearbeitet. In NRW versprach sie eine Aufholjagd zum Ausbau der Kindertagesstätten und vergaß nie die Bemerkung, der Bund sollte besser die Mittel für das Betreuungsgeld in die Kindergärten stecken. Auch bei der gemeinsamen Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern müsse man noch weiter vorankommen. Jeder Euro für Kinder, Bildung und Familien sei im Sinne ihrer vorsorgenden Sozialpolitik gut angelegt und eine Investition, die später finanzielle und gesellschaftliche Früchte tragen werde, weil geringere „Reparaturkosten“ fällig würden.

Das sei auch ein Beitrag zu einem ausgeglichenen Landeshaushalt. Die Schuldenbremse werde eingehalten. Man habe die von Schwarz-Gelb geplante Neuverschuldung für 2011 halbiert, rechnete Kraft in einem Gespräch vor. Höhere Einnahmen für den Staat und seine Aufgaben seien erzielbar durch einen gesteigerten Spitzensteuersatz und eine höhere Belastung bei hohen Einkommen und Erbschaften.

Der Wahlkampf

Anders als im Bund sei in NRW die Energiewende „Chefsache“. Die Kandidatin ließ in ihren Worten keinen Zweifel daran, dass NRW Industrieland ist und bleiben müsse. Die SPD setze nach dem Ausstieg aus der Atomkraft vorrangig auf erneuerbare Energien und auf mehr Effizienz. Für eine Übergangszeit sei eine sichere und bezahlbare Stromversorgung nur mit konventionellen Kraftwerken auf Basis fossiler Energieträger wie Kohle und Gas möglich.



CDU

Bundesumweltminister Norbert Röttgen, Spitzenkandidat der CDU in NRW und seit Ende 2010 Landesvorsitzender, führte einen entschlossenen Anti-Schulden-Wahlkampf gegen die SPD. Mit seinem Urteil zum Nachtragshaushalt habe das Landesverfassungsgericht das Kampagnenthema frei Haus geliefert. Weiter meinte die FAZ, damit habe die CDU die Chance gehabt, „nur zwei Jahre nach der schmachvollen Abwahl der Regierung Rüttgers wieder klar die stärkste Kraft zu werden“.

Für den Anschauungsunterricht der Wählerinnen und Wähler stellte die Junge Union für Wahlkampfveranstaltungen auf den Marktplätzen des Landes einen aufblasbaren Schuldenberg zur Verfügung. Im

Programm für die Wahl versprach die CDU: „Wir Christdemokraten mit unserem Spitzenkandidaten Norbert Röttgen trauen uns eine Politik ohne neue Staatsschulden zu. Wir sind überzeugt davon, dass nur eine solche neue Politik unser Land in eine gute Zukunft führt... Wir freuen uns darauf, diese Zukunft mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern von Nordrhein-Westfalen, zu gestalten.“

Die Mittel dazu: keine neuen Förderprogramme, Subventionsabbau, Stellenreduzierung in der Landesverwaltung, Kürzungen bei den Sachausgaben, weniger Zinszahlungen durch diese Einsparungen. Die Schuldenbremse solle in der Landesverfassung verankert werden. Es dürfe nicht sein, pflichtete Karl-Josef Laumann dem CDU-Spitzenkandidaten Röttgen mit Blick auf Frankreich, Griechenland und NRW bei, dass „unsere Kinder am Ende für die sozialistische Schuldenpolitik in Europa und bei uns zahlen müssen“.

Beim Energieumstieg kritisierte die CDU, noch nie habe eine Regierung unter Beteiligung der GRÜNEN „eine so erbärmliche Bilanz auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien abgeliefert“. Man dränge auf Abschaltung veralteter Blöcke und fordere den Weiterbau von Datteln IV. Ein landesspezifisches Klimaschutzgesetz werde es mit der CDU nicht geben. NRW müsse als industrielles Kernland in Deutschland und Europa eine gute wirtschaftliche Zukunft haben.

Soweit die Papierform. Auf einem anderen Blatt steht, was davon bei den Bürgerinnen und Bürgern ankam, wie es von den Protagonisten umgesetzt und – nicht zuletzt – wie es in den Medien wiedergegeben wurde. Mit einem brillanten Kopf aus Berlin, so rechnete man in der Landes-CDU, werde man in NRW punkten können. Mit dem Bundespolitiker Norbert Blüm hatte es zwar seinerzeit nicht geklappt, aber jetzt stand die Zukunftshoffnung der Union zur Verfügung: jung, analytisch, reddegewandt. Dass am Ende und nach seinem unumwundenen Eingeständnis der Niederlage in Düsseldorf der Umweltminister von der Kanzlerin kühl aus dem Amt gejagt würde, war nicht abzusehen.

Oder doch? Die schon erwähnte Zeitung für Deutschland, die FAZ, schrieb am 10. Mai, vier Tage vor dem Urnengang, vorausblickend: „Im Wahlkampfzug nach Nirgendwo. Norbert Röttgen gilt in Berlin als großes Talent der CDU: ‚Muttis Klügster‘. Sein Wahlkampf aber in Nordrhein-Westfalen ist durch und durch verkorkst. Das hat der Umweltminister sich auch selber zuschreiben. Dabei geht es für ihn doch um alles. Also sucht er kurz vor der Wahl die ultimative Zuspitzung. Und macht alles nur noch schlimmer.“ Die Zuspitzung bestand für die Zeitung darin, dass Röttgen die NRW-Wahl zur Abstimmung über die Europapolitik der Kanzlerin hochstilisiert hatte.

Der Wahlkampf

Zurück zur Currywurst der SPD. Mit dem Plakat habe Kraft die Politik auf einen traurigen Tiefpunkt geführt, schimpfte der CDU-Spitzenkandidat in der Wochenzeitung *Die Zeit*, die ihrerseits anmerkte, über die SPD und die Wurst müsse man sich weniger Sorgen machen als um den Spitzenkandidaten der CDU. Im direkten Vergleich würden 57 Prozent für Kraft und nur 20 Prozent der Wähler für Röttgen stimmen. Umfragen, so hieß es weiter, sähen die Union bei 30 bis 34 Prozent, die SPD bei 34 bis 38 Prozent. Am Ende lautete das Ergebnis 39 (SPD) zu 26 Prozent (CDU).

Fernsehduell Kraft-Röttgen

Eine gewisse Rolle bei Wahlentscheidungen spielen immer wieder die großen Fernsehduelle zwischen den aussichtsreichsten Kandidaten: Wer argumentiert überzeugender, wer ist fairer, wer sympathischer, wer schneidet in der Gunst der Zuschauer besser ab? Vom Ausgang solcher Duelle wird auf den kommenden Wahlerfolg geschlossen – ob zu Recht oder Unrecht ist eine offene Frage. Die Erwartungen der Öffentlichkeit sind jedenfalls hoch, noch größer ist nur die Nervosität in den Wahlkampfzentralen der Parteien.

Am 30. April war es so weit. Im Studio des WDR trafen sie auf einander, die frühere Regierungschefin Hannelore Kraft und ihr Herausforderer Norbert Röttgen. Eine Dreiviertelmillion Zuschauer verfolgten das Duell. Nach einem einleitenden Gerangel um eine Kita-Pflicht, die Kraft gefordert haben sollte, wandte man sich der Haushaltspolitik zu. Röttgen warf Rot-Grün vor, trotz sprudelnder Steuereinnahmen viele neue Schulden gemacht zu haben. Kraft hielt entgegen, NRW liege bei der Pro-Kopf-Neuerschuldung im Mittelfeld der Bundesländer. Das ganze Feld der Konfliktpunkte wurde beackert: „Herdprämie“, Energie- und Bildungspolitik, Arbeitsmarkt und Soziales.

Wie ging es aus? Wer hatte die Nase vorn und wer zog den Kürzeren? Die *Bild*-Zeitung, sonst sehr meinungsfreudig, sah ein Patt und zog folgendes Fazit: „Unentschieden. Röttgen war angriffslustiger als erwartet. Kraft setzte voll auf Sympathie und Gefühl – eben ganz Landesmutter.“ Nach Einschätzung der „taz. die tageszeitung“ hatte Kraft gesiegt, Röttgen sei unterlegen: „Es war seine letzte große Chance. Er hat sie nicht genutzt.“ Der Kandidat habe sein Gegenüber immer wieder unterbrochen, „kaum einen Satz

konnte sie ohne spöttische oder besserwisserische Zwischenbemerkung Röttgens zu Ende bringen.“ Die Charaktere der beiden Kandidaten legte die Westfälische Rundschau frei: „Röttgen will Politik machen, mit dem Kopf und am liebsten aus sicherer Distanz. Wo – ob in Berlin oder Düsseldorf – ist im Grunde egal, weil ohnehin alles dem Ziel dient, einmal Kanzler zu werden.“ Anders Kraft, so meinte der Autor weiter, „sie macht Politik nicht ohne Kopf, vor allem aber mit dem Herzen und manchmal aus dem Bauch“. Anders als ihr Konkurrent fühle sie sich wohler je näher ihr die Bürger rücken.

Der Eindruck des Handelsblatts: „Schuldenkönigin‘ trifft Besserwisser“. Salomonisch zogen sich die Ruhr-Nachrichten aus der Affäre: „Es ist wie so oft: ein Duell, zwei Sieger.“

GRÜNE

Sie verstanden sich gut, die rote Regierungschefin und die stellvertretende Ministerpräsidentin und Schulministerin von den GRÜNEN: „Hanni und Nanni“ spotteten die Medien, wenn sie in vertrauter Einigkeit gemeinsam auftraten. Den Wahlkampf muss man aber für sich allein führen. Verwechselbarkeit ist keine Empfehlung in den Augen der Öffentlichkeit. Abgrenzung dagegen wichtig. Auch wenn in der Koalition zwischen Rot-Grün zumindest in öffentlicher Wahrnehmung alles in bester Harmonie lief, so gab es programmatisch doch Unterschiede und andere Akzente. Aber man musste sie suchen.

Längeres gemeinsames Lernen, Klimaschutzgesetz verabschieden (mit grüner Handschrift), flächendeckender Mindestlohn, Ausbau der U-3-Betreuung, Entschuldung der Kommunen, Vermögensteuer, höhere Erbschaftsteuer – das alles war auch woanders zu lesen. Es waren die drei verbindenden K: Kinder, Klima und Kommunen. Hier sollte weiter investiert werden.



Der Wahlkampf

Aber es gab Nuancen. Die GRÜNEN wollten nicht als Spielball (Röttgen: „Inhaltsleeres Anhängsel“) der SPD erscheinen, sie beanspruchten auch in der Koalition ihre Lieblingsrolle als Motor und Vordenker. Sie hofften, der Wähler werde dies wahrnehmen und honorieren. Wer die GRÜNEN wählte, der würde damit seine Stimme abgeben für die Fortsetzung der erfolgreichen rot-grünen Koalition. Sie zeigten sich mit Blick auf die Haushaltslage reserviert gegenüber Plänen, weitere Kindergartenjahre beitragsfrei zu stellen: „Können wir uns derzeit nicht leisten“, sagte Sylvia Löhrmann im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. 2.000 Stellen bei der Polizei sollten durch eine Verwaltungsreform eingespart werden – allerdings ohne Auswirkungen auf das Personal in den Wachen und auf den Streifen vor Ort. Fraktionschef Reiner Priggen bezifferte die jährliche Einsparung auf 100 Millionen Euro.

Vielleicht gab es den einen oder anderen Unterschied in Sachen Basisdemokratie. Hier wollten die GRÜNEN die zivilgesellschaftlichen Elemente weiter ausbauen, während die SPD dafür war, erst einmal in Ruhe abzuwarten, wie sich die neuen Gesetze zur Stärkung der Bürgerbeteiligung auf kommunaler und Landesebene bewähren würden. Auf dieser Ebene versuchten die GRÜNEN, der als stark angesehenen Konkurrenz der PIRATEN-Partei (Löhrmann: „Mit PIRATEN kuschelt man nicht“) Paroli zu bieten und ihnen mit den eigenen Waffen zu begegnen. Sie starteten nämlich eine eigene Online-Befragung zum Ladenschluss. Und Löhrmann betonte, sie führe ihren Wahlkampf mit demselben Elan auch im Netz.

Vorangehen sollte es auch mit der Energiewende, mit den GRÜNEN an der Spitze. Neue dezentrale Kraftwerke und die Stadtwerke sollten den vier großen Stromkonzernen die Versorgung der Haushalte streitig machen. Statt neuer konventioneller Kraftwerke auf Kohlebasis müssten mehr Gaskraftwerke gebaut werden. Im Ruhrgebiet sei die Kraft-Wärme-Kopplung mit ihrem Wirkungsgrad von über 90 Prozent der Kohlenenergie (knapp 50 Prozent) in der Stromproduktion und in der Fernwärmeversorgung deutlich überlegen. Bei der Windenergie sollten bestehende Anlagen auf die vierfache Leistung verstärkt werden. Neue Windkraftwerke sollten auch im Wald und an Autobahnen gebaut werden. Mit Blick auf die SPD sagte Löhrmann, man dürfe die Sozialdemokraten mit dem Infrastrukturwandel nicht alleine lassen, „sonst kommen bei denen

die Kohle-Gene wieder durch.“ Darum: Ausstieg aus der Kohle bis Mitte des Jahrhunderts. Dazu müssten jetzt die Weichen gestellt werden. Netzausbau sei nötig, aber die Betroffenen müssten im Vorfeld eingebunden werden. Außerdem müssten in sensiblen Bereichen die Leitungen „unter Tage“ gebaut werden.

Auch in Sachen Mobilität wollten die GRÜNEN besondere Akzente setzen: Mehr Radwege („Radautobahn durchs Ruhrgebiet“), schnelles Nachtflugverbot für Passagierflüge in Köln-Bonn, mehr Gelder für den öffentlichen Personennahverkehr, gleichzeitig Erhalt (und nicht Neubau) von Straßen und Brücken, Ausweitung des Sozialtickets.

Als „Grüne Schmiedin“ hat im Wahlkampf die Wochenzeitung Die Zeit die grüne Spitzenkandidatin apostrophiert. Sie habe die rot-grüne Regierungskoalition herbeigeführt und den Schulkonsens durchgebracht. Welch ein Bild: Da steht sie nun, haut auf den Amboss (CDU, FDP und PIRATEN), fächelt sauerstoffreiche Luft herbei (die grünen Ideen) und formt mit wichtigen Schlägen das rot glühende Eisen, die Gemeinsamkeiten des rot-grünen Projekts. „Das Rennen ist noch nicht gewonnen“, wiegelt sie ab. Wenn sie sich jetzt zu einer Zigarettenpause verabschieden würde, könnte man das verstehen. Nur Löhrmann nicht: Sie will einen noch konsequenten Nichtraucherschutz im Land durchsetzen.

FDP

Ganz auf die Haushaltspolitik zentrierte die FDP ihren Wahlkampf. Schonungslos gehe es um die Schuldenpolitik von Rot-Grün, kündigte der liberale Spitzenkandidat in der Bild-Zeitung an. Das Wort von Investitionen in eine vorsorgende Sozialpolitik, die Schulden in Kauf nimmt, wertete Christian Lindner als „Legende und Ankündigung eines notorischen Verfassungsbruchs“. Die FDP habe den Schuldenhaushalt 2012 nicht passieren lassen und damit



Der Wahlkampf

neue Glaubwürdigkeit gewonnen. Lindner markig: „Die FDP hat sozusagen mit Blut unterschrieben.“ Entschuldung gehe vor Steuerentlastung, womit sich NRW von der bisherigen Haltung der Bundesliberalen absetzte. Lindner, selbst zehn Jahre Landtagsabgeordneter in NRW, strebte einen inhaltlichen Wahlkampf an, „ohne Mätzchen, ohne Effekte und Tiefschläge“, wie er formulierte. Im Unterschied zu Röttgen war es für ihn kein Problem zu versprechen, nach Düsseldorf zu wechseln. Er habe sich klar für den Landtag entschieden: „Wer uns mit der Zweitstimme wählt, bekommt mich als Fraktionschef.“

Die CDU habe ihren Führungsanspruch aufgegeben und biete sich der SPD ohne Vorbedingungen als Juniorpartner für eine Große Koalition an. Anders da die FDP. Sie schlage einen klaren Gegenkurs ein: Ablehnung des Schulkompromisses, weil er die Gymnasien benachteilige (da sei die CDU Rot-Grün auf den Leim gegangen) und Wiedereinführung der von Rot-Grün abgeschafften Studienbeiträge, womit die CDU sich längst abgefunden habe. Die wiederum vermutete, dass Lindner keine Sekunde zögern würde, bei einem entsprechenden Wahlergebnis in eine Ampelkoalition einzutreten.

Wie die beiden ehemaligen Koalitionspartner Schwarz und Gelb so kurz vor dem Wahltermin aneinander gerieten, das sorgte für Spannung und sprach dafür, dass der Kampf um die fünf Millionen noch unentschlossenen Wählerinnen und Wähler voll entbrannt war. Lindner zeigte Selbstbewusstsein: Wenn die CDU in ihren Positionen beliebig werde und auf Schwarz-Grün setze, dann „sollte die FDP umso eindeutiger ihre Unabhängigkeit unterstreichen“. Die GRÜNEN wollten nicht sparen, sondern die Steuern erhöhen. Sie wollten mit ihrer Bevormundungspolitik die Bürger zu ihrem Glück zwingen. „Wir wollen Schuldenfreiheit, bessere Bildung und bezahlbare Energie.“

Die FAZ titelte eine Woche vor dem Urnengang so: „Die Freien Demokraten verlassen das Tal der Tränen. Nach Wolfgang Kubicki soll nun Christian Lindner das Comeback der FDP perfekt machen. Auch er ist ein Verpackungskünstler. Das Paket darf man aber erst nach der Wahl aufmachen.“ Für Lindner und die Seinen war die Öffnung eine freudige Überraschung. Die FDP hatte mit 8,6 Prozent mühelos die Fünf-Prozent-Hürde genom-

men und fast 150.000 Stimmen im Vergleich zu 2010 hinzugewonnen – zum überwiegenden Teil von ehemaligen CDU-Wählern.

DIE LINKE

Die Kernpunkte der LINKEN für ihr Wahlprogramm sind schon genannt worden: Verbot der Leiharbeit, der Ein-Euro-Jobs und Kombilohnstellen, zehn Euro Mindestlohn, landesweites Sozialticket für 15 Euro, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Hinzu sollten ein Verbot aller Castor-Transporte in NRW und die Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau kommen. Der Landeshaushalt wäre nach linker Lesart durch die Einführung einer bundesweiten Millionärsteuer zu sanieren. Es sei üblich in einem Sozialstaat, dass starke Schultern mehr tragen sollten.



Jesus wäre heute Mitglied der LINKEN, behauptete die Spitzenkandidatin der LINKEN, Katharina Schwabedissen, im Gespräch mit der Redaktion der Ruhr Nachrichten. Denn es gelte der alte Spruch, man könne zwar Sozialist sein, ohne Christ zu sein, aber nicht Christ, ohne Sozialist zu sein. Rot-Grün sei für sein Scheitern selbst verantwortlich, denn die hätten einen Haushalt vorgelegt, von dem sie wussten, dass die LINKE ihm nicht zustimmen werde. Die FDP dagegen habe sich „verzockt“ und sei in die eigene Grube gefallen: Sie wollte zustimmen, aber später. Die Studiengebühren seien abgeschafft, die Mitbestimmung im Personalvertretungsgesetz sei gestärkt worden – auf Druck der LINKEN, wie die Spitzenkandidatin beteuert. Rot-Grün sei bei der Haushaltsverabschiedung nicht einen Schritt auf die LINKE zugegangen, weil sie Neuwahlen gewollt hätten. Kein Kind zurücklassen? Schwabedissen: „Das ist gelogen.“ Die Mittel für das Programm „Eine warme Mahlzeit für jedes Kind“ wolle Rot-Grün um 70 Prozent zusammenstreichen.

Der Wahlkampf

Schwabedissen warnte davor, die Konkurrenz der PIRATEN zu unterschätzen. Sie entsprächen dem Willen vieler unentschlossener Wähler, die eine Partei wollen, die anders ist als die anderen. Warum wählen die dann nicht die LINKE, wollte die Neue Westfälische wissen. „Offensichtlich haben wir noch nicht genug vermittelt, dass wir diese Partei sind. Wir werden inzwischen als etablierte Partei wahrgenommen.“ Während die Umfragen den PIRATEN ein zweistelliges Ergebnis voraussagten, setzten die Demoskopien als Ergebnis der LINKEN zwischen drei und vier Prozent an. Die Kandidatin: „Wir machen keinen Wahlkampf gegen die PIRATEN, sondern mit unseren Inhalten.“

Die „taz.die tageszeitung“ meinte in ihrem Bericht aus Düsseldorf kurz vor der Wahl: „Ihrer Partei droht das Scheitern an der 5-Prozent-Hürde. An Spitzenkandidatin Katharina Schwabedissen kann das nicht liegen.“ Die 39-Jährige gebe eine bemerkenswert gute Figur in diesem Wahlkampf ab, so die Zeitung weiter. „Sie wirkt selbstbewusst und schlagfertig. In den Duellen mit der politischen Konkurrenz glänzte sie mit Charme und Witz.“ Sie sei ein Glücksfall für die Linkspartei – vielleicht der einzige in diesen Tagen. Die Financial Times Deutschland wagte die Prognose: Sollte die LINKE aus dem NRW-Landtag herausfliegen, „droht der Partei ein existenzieller Streit um die Zukunft“. Nachdem die LINKE schon bei der Wahl in Schleswig-Holstein gescheitert sei, gelte NRW als Schicksalswahl für die Partei.

PIRATEN

Obwohl (noch) nicht im Landtag vertreten, waren die PIRATEN stets präsent. In den Meinungsumfragen, in den Diskussionsrunden, in den Medien ging man davon aus, dass die neue Partei, die im NRW-Wahlkampf 2010 von 121.000 Menschen gewählt worden war und damit einen Anteil von 1,6 Prozent erreicht hatte, ganz sicher in die nordrhein-westfälische Volksvertretung einziehen würde. Die Westdeutsche Zeitung fragte Anfang Mai 2012 den Spitzenkandidaten Joachim Paul nach den Plänen und Ideen der „politischen Freibeuter“. Eingliedriges Schulsystem ohne feste Klassenverbände, Gratis-Laptop für alle Schülerinnen und Schüler, kostenloser Nahverkehr, bedingungsloses Grundeinkommen, konsequenter Verbraucherschutz, mehr Transparenz in den öffentlichen Haushalten, Reform des Urheberrechts – um nur die wichtigsten Projekte der PIRATEN zu nennen.

Die WZ bezifferte den für diese Pläne erforderlichen Finanzaufwand auf mehr als zehn Milliarden Euro: Woher soll das Geld kommen, fragte sie Paul. Der räumte in seiner Antwort ein: „Sie haben Recht, wir haben noch keine Finanzierungsvorschläge, und die Ideen sind teuer.“ Darum werde man den ticketlosen Nahverkehr zum Beispiel erst einmal in Modellversuchen erproben müssen. Schlaraffenland? Nein, meinte Paul, „Wertvorstellungen schlagen sich eben in Parteiprogrammen nieder. Realpolitische Zwänge führen eben am Ende zu Korrekturen“. Es sei völlig „irre“: Erst habe es geheißt, die PIRATEN hätten kein Programm. „Jetzt haben wir eins und es heißt: Es ist zu teuer.“



Die PIRATEN seien in ihrem Selbstverständnis eine „Mitmachpartei“, bei der die Bürgerbeteiligung einen hohen Stellenwert einnehme. „Wir streben einen gemeinsamen Lernprozess an. Dieser umfasst auch Machbarkeit.“ Wie der typische PIRATENwähler aussieht, konnte Paul auch sagen. Er beschrieb ihn als „Zornbürger, nicht als Wutbürger. Es sind oft gebildete Leute, die die Verhältnisse verändern wollen“. Ob er sich eine Regierungs-beteiligung vorstellen könne? In zwei, drei Jahren schon, bis dahin wolle man üben. Aber dann könnte es sein, „wenn es die Situation erfordert“.

4. Letzte Umfragen

Nun bog er in die Zielgerade, der „Turbo-Wahlkampf“ (Kraft). Die Wahlkämpfer hatten bis zur Erschöpfung in Versammlungen, auf Straßen und Plätzen um Zustimmung gerungen. Sie hatten beinahe im Stundenrhythmus Interviews gegeben. Es war alles gesagt und nochmals gesagt worden. Ein Zustand zwischen Erschöpfung und Spannung war erreicht. Jetzt konnte man nur noch eins tun: abwarten, wie die Wählerinnen und Wähler ihren Daumen drehten, nach oben oder nach unten.

Wie würde der Souverän entscheiden – die letzten Umfragen der Meinungsforscher ließen nicht das Ergebnis, aber die Richtung erkennen, in die es gehen würde. Mehrere Institute erhoben ihre Umfragedaten und stellten sie ihren Auftraggebern zur Verfügung. Zehn Tage vor der Wahl hieß es in der Süddeutschen Zeitung: Rot-Grün liegt in NRW vorn. Bündnis kann mit knapper Mehrheit rechnen. Die Zeitung zitierte die Forschungsgruppe Wahlen: 38 Prozent SPD, GRÜNE 11, CDU 31, FDP 6, PIRATEN 8, LINKE 3 Prozent. Im Lauf der Befragungen hatte sich das vermutete Ergebnis geschärft. Mitte März hatte infratest/dimap im Auftrag der ARD die SPD bei 38, CDU noch bei 34 und die GRÜNEN bei 14 Prozent gesehen. Die PIRATEN müssten mit 5 Prozent um den Einzug bangen, FDP (2) und LINKE mit 4 Prozent würden draußen bleiben. Drei Wochen später legte INFO GmbH im Auftrag der WirtschaftsWoche seine Zahlen vor: SPD 40, CDU 29, GRÜNE 10, PIRATEN 11, FDP und LINKE je 3 Prozent. Ende April forschte Forsa im Auftrag der Illustrierte Stern nach der möglichen Wählerentscheidung. Die Befrager orteten die SPD bei 37 Prozent, stellten für die CDU (32 Prozent) eine leichte Erholung fest, sah die GRÜNEN und die PIRATEN einträchtig bei 10 Prozent und fand die FDP im Aufwärtstrend, aber immer noch im Keller bei 5 Prozent.

Dann eine Woche vor dem Wahltag die spannende Sonntagsfrage und damit das letzte Votum, das vor dem Gang zur Urne veröffentlicht wird. Danach sollte die SPD um vier Prozent im Vergleich zur Wahl 2010 zulegen und auf 38,5 Prozent kommen. Die CDU würde fast um denselben Wert schrumpfen, von 34,5 (2010) auf nun 30 Prozent. Leichte Verluste bei den GRÜNEN, von 12,2 auf 11 Prozent. Moderate Stimmenverluste auch bei der FDP, mit 6 Prozent aber wieder im Landtag. Die PIRATEN würden von 1,6 (2010)



Stimmzettel für die Wahl des Landtags NRW 2012

auf 7,5 Prozent hochschnellen. Die LINKE? Sie sackt auf 4 Prozent ab und würde nicht mehr im Landtag vertreten sein.

Damit würden sich SPD und GRÜNE auf eine komfortable Mehrheit im Parlament stützen können. Rechnerisch auf der ganz sicheren Seite wäre eine Große Koalition zwischen SPD und CDU. Möglich wäre auch die Ampel –

Der Wahlkampf

wenn Gelb und Grün sich besser vertragen würden. Bei der Bevölkerung wäre die Ampel aber gar nicht gut angekommen. Wenige Tage vor dem Wahltermin veröffentlichte der Kölner Stadt-Anzeiger das Ergebnis der Umfrage des in der Domstadt angesiedelten Instituts Yougov. Nur ein Prozent der Befragten war für Rot-Gelb-Grün. 27 Prozent – bei weitem die größte Gruppe – votierten für eine Neuauflage von Rot-Grün, diesmal aber mit einer klaren Mehrheit. Also keine Minderheit – dazu Krafts Stoßseufzer in der Runde der sechs Spitzenkandidaten im Fernsehen: „Nicht noch mal. Klare Verhältnisse.“ Eine Große Koalition fanden nur 14 Prozent wünschenswert, Schwarz-Gelb, die Konstellation im Land bis 2010, erschien nur 11 Prozent verheißungsvoll.

20 Prozent waren ohne Meinung – übrigens derselbe Wert wie für die immer noch Unentschlossenen, die zur Wahl gehen wollten, aber immer noch nicht wussten, wo sie dieses Mal ihr Kreuz machen würden. Das war nach dem TV-Duell Kraft-Röttgen vom 30. April und der Elefantenrunde der sechs Spitzenkandidaten zwei Tage später, ebenfalls im Fernsehen übertragen und von einem Millionenpublikum verfolgt, ein überraschender Wert. Auch die Koalitionsspekulationen am Ende des TV-Sechskampfs wiesen in keine eindeutige Richtung. FDP-Mann Lindner sah seine Partei im Landtag und im Fall einer Großen Koalition in der Opposition. Bei einer anderen Möglichkeit dachte er an 2010, als er sagte, „wir hätten eine Ampel schon haben können“. Hannelore Kraft wollte ebenso wie Sylvia Löhrmann für eine sichere Mehrheit für Rot-Grün kämpfen; „beide schließen aber nichts aus“, wie es in der Westdeutschen Zeitung hieß. Die Zeitung weiter in ihrem Resümee: „Röttgen lässt sich nicht festlegen, und LINKE und PIRATEN wollen nicht regieren.“

Nach über 90 Minuten engagierter und – wie die Rheinische Post fand – gut gemachter Politiker-Talkshow legten die sechs Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl das Mikrofon aus der Hand. Jetzt wartete man im Land und im Bund gespannt auf das letzte Wort der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012.

Walter Ruhland, polis + sinus Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung

III. Die Wahl

1. Ergebnisse und Analysen

Anders als 2010, als sich SPD und CDU ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert hatten, mussten die Vertreter der Medien, Politiker und Gäste im Landtag nicht lange warten, bis der Ausgang der Wahl feststand. Die Prognosen von ARD und ZDF signalisierten frühzeitig: Die SPD würde die Wahl gewinnen und damit in die Lage versetzt, das Regierungsbündnis mit den GRÜNEN fortzusetzen. Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann von den GRÜNEN demonstrierten noch am Wahlabend öffentlich, dass sie gewillt waren, in der Koalition einträchtig zusammenzuarbeiten.

Am 13. Mai 2012 waren 13.264.231 Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen wahlberechtigt, rund 3.000 weniger als 2010. Die Wahlbeteiligung lag im Vergleich zu 2010 (59,3 %) mit 59,6 % geringfügig höher.

Zum zweiten Male hatten die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen. In den 128 Wahlkreisen konnten sie mit ihrer Erststimme über die Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten entscheiden, mit der Zweitstimme wurde die Landesliste der Partei gewählt.

Bei der Wahl am 13. Mai 2012 wurde also die SPD mit Abstand stärkste Partei. Sie erzielte einen Zweitstimmenanteil von 39,1 %, das sind 4,6 %-Punkte mehr als 2010. Sie

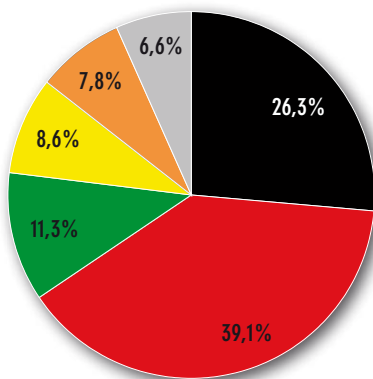


Freude über das Wahlergebnis 2012:
Sylvia Löhrmann und Hannelore Kraft

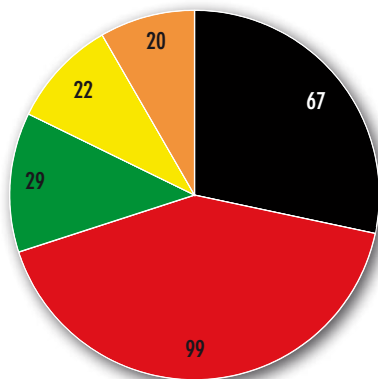
Die Wahl

beendete damit einen Negativtrend, denn schon 2005, als sie die Macht an Rhein und Ruhr an die CDU verlor, erreichte sie lediglich 37,1 % der Zweitstimmen. Der Erfolg der SPD drückte sich auch in absoluten Zahlen aus. Gegenüber 2010 verzeichneten die Sozialdemokraten einen Zuwachs von rund 375.000 Stimmen. Zum Vergleich: Die CDU verlor rund 630.000 Wählerinnen und Wähler. Maßgeblich für den Erfolg der SPD war ihre Spitzenkandidatin Hannelore Kraft. Drei Viertel der nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger zeigten sich mit der Arbeit, die die Ministerpräsidentin in den letzten zwei Jahren geleistet hatte, zufrieden. Ihre persönlichen Imagewerte entsprachen denen von Johannes Rau. Hinzu kam, dass ihr Gegenkandidat, Norbert Röttgen, aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler nie eine Alternative war. Hätten sie die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten direkt wählen können, hätten sich 59 % für Kraft, aber nur 29 % für Röttgen entschieden, ein Vorsprung von 30 %-Punkten. Auch die Popularitätswerte sprechen eine deutliche Sprache. Auf der +5/-5-Skala erreichte Hannelore Kraft 2.3 in der Gesamtbevölkerung, die SPD-Anhänger bewerteten sie mit 3.7. Die Ministerpräsidentin hatte damit im Vergleich zu 2010 deutlich an Beliebtheit gewonnen, denn damals lag ihr Popularitätsindex bei 1.6 in der Bevölkerung insgesamt und bei 2.7 ihrer eigenen Anhänger.

Ergebnis der Landtagswahl



Amtliches Ergebnis der Landtagswahl



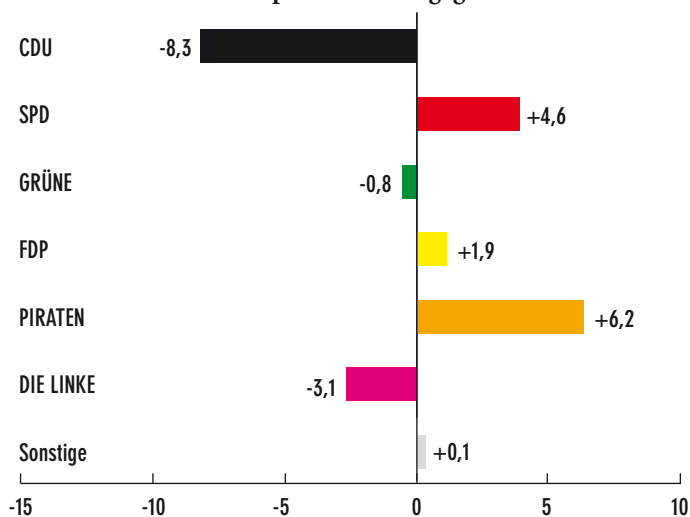
Verteilung der Mandate (Gesamtzahl 237)

Landtagswahl 2012

Endgültiges Ergebnis – Zweitstimmen

Wahlberechtigte	Prozent	Differenz 2012-2010	Absolute Zahlen 13.264.231	Differenz 2012-2010 - 2.821
Wähler/-innen	59,6	+ 0,3	7.901.922	+ 31.510
Gültige Stimmen			7.794.126	+ 33.580
Ungültige Stimmen			107.796	- 2.070
Parteianteile				
CDU	26,3	- 8,3	2.050.633	- 631.067
SPD	39,1	+ 4,6	3.050.160	+ 374.342
GRÜNE	11,3	- 0,8	884.136	- 57.026
FDP	8,6	+ 1,9	669.971	+ 147.742
PIRATEN	7,8	+ 6,2	608.957	+ 487.911
DIE LINKE	2,5	- 3,1	194.539	- 241.088
Sonstige	4,1	+ 0,4	335.730	- 47.234

Gewinne/Verluste in Prozentpunkten 2012 gegenüber 2010



Die Wahl

Die CDU hatte bereits bei der Landtagswahl 2010 zweistellige Verluste, 2012 kamen noch einmal 8,3 %-Punkte hinzu. Die Gründe dafür sind nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger vor allem im Land selbst zu suchen, wobei das negative Image der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP, trotz des Ansehens von Bundeskanzlerin Angela Merkel, auch nicht hilfreich war. Für 61 % der potenziellen Wählerinnen und Wähler waren die Kompetenzen der Landesparteien, ihr Ansehen und die Koalitionspräferenzen ausschlaggebend dafür, sich für eine Partei zu entscheiden. Insbesondere die Kompetenzen, die die Wählerinnen und Wähler vergaben, wenn es um landespolitische Themen ging, veranschaulichen die Defizite der CDU. In vier Bereichen lag sie mehr oder weniger deutlich hinter den SPD: soziale Gerechtigkeit, Familie, Schule und Bildung sowie Finanzen. Über viele Jahre hinweg hatte die Union bei den Wirtschafts- und Finanzthemen eindeutig vor der SPD gelegen. Diesen Vorsprung hat die CDU in Nordrhein-Westfalen verloren. Auch das „Angriffsthema“ Finanzpolitik und Schulden zog nicht, da die CDU es zu abstrakt vermittelte und vor allem auch eigene Sparvorschläge schuldig blieb.

Parteikompetenzen

Ausschnitt	CDU	SPD
Finanzen	28	35
Schule/Bildung	21	37
Arbeitsplätze	33	32
Wirtschaft	30	35
Familie	20	40
Soziale Gerechtigkeit	19	42

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Ein weiterer Grund für die Niederlage der CDU war ihr Spitzenkandidat Norbert Röttgen, der Hannelore Kraft in allen Belangen unterlegen war. Er galt vor allem deshalb nicht als glaubwürdig, weil er sich entgegen früherer Aussagen nicht mehr darauf festlegen wollte, nach der Wahlniederlage von Berlin nach Düsseldorf zu gehen, um dort als Oppositionsführer im Landtag tätig zu sein. Das Desaster der CDU wird auch an folgender Entwicklung deutlich: 2010 verlor die Partei im Vergleich zu 2005 rund eine Million

Wählerinnen und Wähler, 2012 kamen noch einmal rund 630.000 hinzu. In einigen nordrhein-westfälischen Großstädten war das Wahlergebnis für die CDU desaströs. In Köln gingen alle sieben Wahlkreise an die SPD. Auch in der Landeshauptstadt Düsseldorf gingen die vier Direktmandate an die SPD. Im Ruhrgebiet verlor die CDU ihre beiden letzten Wahlkreise. Und sogar in Münster musste die CDU die beiden Direktmandate an die SPD abgeben. Mit 26,3 % musste sie damit ihr schlechtestes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen überhaupt hinnehmen. Ein bürgerferner Spitzenkandidat, ein emotionsloser Wahlkampf und der Mangel an mitreißenden Themen waren Auslöser des christdemokratischen Debakels. Mit dem begrüßenswerten Schulkonsens hatte sich die CDU selbst ein weiteres Thema genommen. Hinzu kam die fehlende Machtperspektive. Die nordrhein-westfälische CDU war sehr bald auf verlorenem Posten und konnte allenfalls bei entsprechendem Abschneiden der kleineren Parteien auf eine Koalition mit der SPD hoffen. Das war aber keine allzu motivierende Vorstellung für die eigenen Anhänger.

Die GRÜNEN erzielten mit 11,3 % ein für sie gutes Ergebnis, es reichte, um die Koalition mit der SPD fortsetzen zu können. Im Vergleich zu 2010 hatte die Partei allerdings leichte Verluste (-0,8 %-Punkte) zu verzeichnen.

Überraschend kam für viele das gute Ergebnis der FDP, sie hatte Rückenwind aus Schleswig-Holstein und mit Christian Lindner einen guten Kandidaten. Entscheidender war aber wohl der „Swing“ in den letzten Tagen vor der Wahl von der CDU zur FDP. Enttäuschte CDU-Wählerinnen und -Wähler hatten ihrer Partei den Rücken gekehrt, sich innerhalb des bürgerlichen Lagers umorientiert und der FDP ihre Stimme gegeben. Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein konnte die FDP also auch in Nordrhein-Westfalen einen Erfolg verbuchen, den Monate zuvor nur wenige für möglich gehalten hätten. Tatsächlich schaffte es die Partei, wieder in den Landtag einzuziehen und das mit einem für sie überdurchschnittlich guten Ergebnis (8,6 %), was gegenüber 2010 ein Plus von 1,9 %-Punkten bedeutete.

Nach den Landtagswahlen in Berlin, dem Saarland und in Schleswig-Holstein stand fest, dass die PIRATEN auch in Nordrhein-Westfalen erfolgreich sein würden. Sie konnten das fehlende Vertrauen in die „Altparteien“ für sich nutzen und sich als unverbrauchte Alternative darstellen. Fast 90 % der

Die Wahl

Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen waren davon überzeugt, diese Partei werde vor allem deshalb gewählt, weil viele Menschen mit den anderen Parteien unzufrieden seien. Das sagten im Übrigen auch zwei Drittel der PIRATEN-Anhänger, nur knapp einem Drittel ging es um politische Inhalte. Die PIRATEN waren schon 2010 bei der Landtagswahl angetreten, allerdings mit einem mäßigen Ergebnis von 1,6 %. 2012 schafften sie ohne Probleme den Einzug in den Landtag und erreichten 7,8 % der Zweitstimmen. Sie erhielten damit rund 488.000 Stimmen mehr als 2010.

DIE LINKE hatte erst 2010 die Fünf-Prozent-Hürde genommen (5,6 %), zwei Jahre später scheiterte sie schon wieder daran. Sie schaffte nur noch 2,5 %, 3,1 Punkte weniger als 2010. Ihr Ziel, sich auf Dauer in den Parlamenten der westdeutschen Flächenstaaten festzusetzen, hat die Partei auch in Nordrhein-Westfalen verfehlt.

Im neuen Landtag sind also fünf Parteien vertreten, die von 237 Abgeordneten repräsentiert werden. 2010 waren es 181 Abgeordnete. Die Erhöhung kam zustande, weil die SPD in den Wahlkreisen mehr Sitze gewonnen hat, als ihr nach der Stimmenzahl zustehen würden. Diese zusätzlichen Sitze verbleiben der Partei, sie werden Überhangmandate genannt. Die übrigen Parteien erhalten Ausgleichsmandate. Auf diese Weise wird ein vollständiger Verhältnisausgleich herbeigeführt. Ohne Überhang- und Ausgleichsmandate hätte der neue Landtag 181 Sitze umfasst. Da der SPD aber 23 Überhangmandate zustanden und die anderen Parteien Ausgleichsmandate erhielten (CDU: 16; GRÜNE: 7; FDP: 5; PIRATEN: 5), hat der neue Landtag 237 Sitze.

Der Erfolg der LINKEN 2010 sowie der Erfolg der PIRATEN 2012 signalisiert erneut, dass sich das Parteiensystem in Nordrhein-Westfalen verändert hat. Diese Veränderung geht in erster Linie zulasten der beiden Volksparteien SPD und CDU. Während die beiden Parteien bei der Landtagswahl 1975 zusammen noch auf 78,7 % der Stimmen kamen, erzielen sie heute nur noch 38,5 % – ein Minus von rund 40 %-Punkten. Eine Ursache ist die Abwanderung ehemaliger SPD- und Unionswähler zu anderen Parteien, vor allem aber gibt es im Vergleich zu damals die deutlich geringere Wahlbeteiligung, die die Basis für SPD und CDU schmälert.

Abschließend noch eine Anmerkung zur Wahlbeteiligung, die 2012 ebenso hoch war wie 2010. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass rund 40 % der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Die Behauptung, Wahlenthaltung sei gleichbedeutend mit Protest gegen die Parteien und das politische System, ist zu vordergründig. Es gibt relativ wenige Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Wahlenthaltung die Parteien bewusst abstrafen wollen. Die meisten Nichtwähler sind vielmehr Menschen, die sich wenig für Politik interessieren und auch wenig darüber wissen. Die Medien tragen zu einem falschen Bild bei, indem sie nach einer Wahl mit niedriger Beteiligung von der Partei der Nichtwähler sprechen. Diese Partei gibt es jedoch nicht. Etwas vereinfacht lässt sich feststellen: 10 % aller Wählerinnen und Wähler haben noch nie an einer Wahl teilgenommen und werden dies auch in Zukunft nicht tun. Weitere 25 % lassen sich als „Unsichere“ bezeichnen. Ob sie sich beteiligen, hängt z.B. von der Wahlebene ab. Die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl ist in aller Regel höher als die bei einer Landtagswahl, weil gerade die „Unsicheren“ diesem Ereignis eine größere Bedeutung beimessen und dann häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Sie pendeln also zwischen Wahlenthaltung und Stimmabgabe, sie wechseln die Partei, der sie ggf. ihre Stimme gegeben haben und haben völlig unterschiedliche Motive dafür, zu Hause zu bleiben oder doch zu wählen. In jedem Fall treffen sie ihre Entscheidung über die Beteiligung an einer Wahl und darüber, wen sie wählen, sehr kurzfristig, also erst wenige Tage vor dem eigentlichen Wahltermin. Es spricht einiges dafür, dass diese Gruppe in den letzten Jahren angewachsen ist.

2. Wer wählte wen?

Im Wahlverhalten von Frauen und Männern gibt es keine gravierenden Unterschiede, wohl aber Auffälligkeiten. Die SPD schneidet bei Frauen (41 %) besser ab als bei Männern (37 %). Das gilt auch für die GRÜNEN. 13 % der Frauen, aber nur 10 % der Männer haben sich für diese Partei entschieden. Bei der LINKEN und der FDP gibt es nur geringe, bei der CDU keine Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter. Die PIRATEN sind bei den Männern (10 %) erfolgreicher als bei den Frauen (6 %).

Mit Ausnahme der 18- bis 29-Jährigen, bei denen die SPD im Vergleich zu 2010 ein leichtes Minus zu verzeichnen hat (-1), kann die Partei in allen anderen Altersgruppen Zugewinne verzeichnen. Bei den 30- bis 44-Jährigen sind sie ähnlich hoch (+5) wie in der Wählerschaft der SPD insgesamt, bei den 45- bis 49-Jährigen (+7) und den über 60-Jährigen (+6) liegen sie leicht über dem Durchschnitt. Die CDU muss durchgängig Verluste hinnehmen, die bei den über 60-Jährigen besonders deutlich ausfallen (-10). In den anderen Altersgruppen verliert die Partei leicht unterdurchschnittlich. Allerdings waren dort die Einbrüche bei der Wahl 2010 besonders gravierend. So liegt die CDU jetzt mit ihrem Wähleranteil von 18 Prozent bei den 18- bis 29-jährigen fast bei den Werten der GRÜNEN und der PIRATEN. Bei den 45- bis 59-jährigen ist die CDU auf 22 Prozent, bei den 30- bis 44-jährigen auf 23 Prozent gefallen. Überdurchschnittlich fallen mit einem Minus von 16 Prozent die Verluste der CDU bei den Selbstständigen aus. Schmerzlich muss die CDU registrieren, dass nur noch 36 Prozent der katholischen Wählerinnen und Wähler sich für die CDU entschieden haben.

Bei den GRÜNEN gibt es keine Auffälligkeiten, die Anteile, die sie in den einzelnen Altersgruppen erzielen, orientieren sich am Gesamtergebnis der Partei. Bis auf eine Ausnahme ist auch das Abschneiden der FDP unspektakulär. Die Partei erzielt bei den über 60-Jährigen ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis und gewinnt gegenüber 2010 fünf Prozentpunkte hinzu. Die PIRATEN verdanken ihren Erfolg vor allem den 18- bis 29-Jährigen (+16) und den 30- bis 44-Jährigen (+10).

Die Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Berufsgruppen zeigt, dass die SPD ihren Anteil bei den Arbeitern im Vergleich zu 2010 nicht vergrößern konnte,

sie aber bei den Angestellten (+6), den Beamten (+8) und den Selbstständigen (+6) überdurchschnittliche Gewinne erzielte. Die CDU verliert in allen Berufsgruppen, am stärksten bei den Beamten (-12), den Angestellten (-10) und den Selbstständigen (-10), vergleichsweise gering sind die Verluste bei den Arbeitern (-4). Bei den GRÜNEN gibt es keine Auffälligkeiten, die FDP legt überdurchschnittlich bei den Beamten (+5) und den Selbstständigen (+5) zu. Die PIRATEN haben den größten Rückhalt bei den Arbeitern (11 %).

Wahlentscheidung in sozialen Gruppen

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	PIRATEN
Gesamt	26,3 (- 8,3)	39,1 (+ 4,6)	11,3 (- 0,8)	8,6 (+1,9)	7,8 (+ 6,2)
Altersgruppen					
18 – 29	19 (- 5)	30 (- 1)	16 (- 1)	7 (0)	16
30 – 44	24 (- 6)	34 (+ 5)	14 (- 3)	9 (+ 1)	10
45 – 59	23 (- 6)	43 (+ 7)	14 (- 1)	7 (0)	8
60 und älter	34 (- 10)	45 (+ 6)	6 (0)	10 (+ 5)	3
Berufsgruppen					
Arbeiter	22 (- 4)	44 (0)	8 (0)	5 (+ 1)	11
Angestellte	25 (- 10)	40 (+ 6)	13 (- 1)	8 (+ 1)	7
Beamte	27 (- 12)	40 (+ 8)	13 (- 2)	11 (+ 5)	5
Selbstständige	33 (- 10)	24 (+ 6)	12 (- 3)	18 (+ 5)	8

* Für die PIRATEN liegen keine Vergleichsdaten aus der Landtagswahl 2010 vor.

Gewerkschaftsmitglieder bilden weiterhin die Kernklientel der SPD. Ihr Anteil ist auch bei dieser Wahl mit 53 % viel größer als bei der CDU (17 %), den GRÜNEN (10 %) und der FDP (5 %). Bei den PIRATEN liegt der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern allerdings mit 8 % höher als das erzielte Zweitstimmenergebnis. Interessant sind die Ergebnisse für die SPD, wenn man nach Arbeitern und Angestellten unterscheidet. 55 % der gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter haben 2012 SPD gewählt. 3 %-Punkte weniger als vor zwei Jahren. Ebenfalls 55 % der gewerkschaftlich organisierten Angestellten haben sich für die SPD entschieden, das sind 7 %-Punkte mehr als 2010. Die GRÜNEN verzeichneten bei den Arbeitern ein kleines Plus (+2), bei den Angestellten ein leichtes Minus (-4). Das FDP-Ergebnis weist keine Besonderheiten auf.

Die Wahl

Wahlentscheidung in sozialen Gruppen

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	PIRATEN
Gewerkschaftsmitglieder Gesamt	17 (- 3)	53 (+ 3)	10 (- 1)	5 (+ 1)	8
Gewerkschaftsmitglieder Arbeiter	14 (- 2)	55 (- 3)	8 (+ 2)	3 (0)	11
Gewerkschaftsmitglieder Angestellte	16 (- 6)	55 (+ 7)	12 (- 4)	4 (+ 1)	6

Der Erwerbsstatus der Wählerinnen und Wähler gibt ebenfalls interessante Hinweise zum Wahlverhalten: 2010 lagen SPD und CDU bei den Berufstätigen mit 32 und 31 % fast gleich auf, 2012 verfügt die SPD über einen deutlichen Vorsprung (37 %) vor der Union (23 %). Sie verliert 8 Punkte, die SPD gewinnt 5 Punkte hinzu. GRÜNE, FDP und PIRATEN erreichen jeweils Ergebnisse, die etwas höher ausfallen als das jeweilige Zweitstimmenergebnis. Bei den Rentnern können SPD (von 40 auf 46 %) und FDP (von 5 auf 10 %) ihre Positionen ausbauen, während die CDU überdurchschnittliche Verluste (-11 %) hinnehmen muss. Die PIRATEN bleiben in dieser Bevölkerungsgruppe deutlich hinter ihrem Gesamtergebnis zurück, können dafür aber bei den Arbeitslosen mit 18 % ein Ergebnis erzielen, das spürbar über dem der CDU (14 %) und der GRÜNEN (14 %) liegt. Gegenüber 2010 verliert die CDU noch einmal vier Punkte, die GRÜNEN gewinnen drei Punkte hinzu. Das größte Potenzial bei den Arbeitslosen hat die SPD mit 32 %, das sind allerdings fünf Punkte weniger als vor zwei Jahren.

Wahlentscheidung in sozialen Gruppen

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	PIRATEN
Berufstätige	23 (- 8)	37 (+ 5)	14 (- 2)	9 (+ 1)	9
Rentner	33 (- 11)	46 (+ 6)	5 (- 1)	10 (+ 5)	3
Arbeitslose	14 (- 4)	32 (- 5)	14 (+ 3)	4 (0)	18

IV. Der 16. Landtag Nordrhein-Westfalen

1. Der neue Landtag konstituiert sich



Am 31. Mai 2012 kamen die neu gewählten 237 Abgeordneten erstmals zusammen, um den Landtag Nordrhein-Westfalen der 16. Wahlperiode zu konstituieren. Der amtierende Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg verpflichtete die Abgeordneten, indem er folgende Erklärung verlas:



Das neue Präsidium des Landtags NRW: Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD) wird (von links) flankiert von den Vizepräsidenten Dr. Gerhard Papke (FDP), Eckhard Uhlenberg (CDU), Oliver Keymis (GRÜNE) und Daniel Düngel (PIRATEN)

„Die Mitglieder des Landtags bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“ Die 237 Abgeordneten bestätigten die Erklärung, indem sie sich von ihren Sitzen erhoben.

Zur neuen Landtagspräsidentin wählte der Landtag die Sozialdemokratin Carina Gödecke. In ihrer Ansprache forderte sie die Abgeordneten auf: „Lassen Sie uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens diskutieren, wie wir den Landtag als zentralen Ort politischer Debatten und Entscheidungen besser aufstellen können.“

Der neuen Präsidentin zur Seite stehen als Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg (CDU), Oliver Keymis (GRÜNE), Dr. Gerhard Papke (FDP) sowie Daniel Düngel (PIRATEN).

2. Erfahrung und Erneuerung

Der neue Landtag kann auf viel Erfahrung aufbauen: 134 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der 15. Wahlperiode sind auch wieder im 16. Landtag vertreten. Sowohl SPD als auch CDU, GRÜNE und FDP können auf Abgeordnete zurückgreifen, die das parlamentarische Geschäft schon kennen. Mit den 20 Abgeordneten der PIRATEN-Partei zieht allerdings auch eine völlig neue Fraktion in das Parlament am Rhein, die sich nicht nur bei den Inhalten, sondern auch bei Verfahrensfragen und der Nutzung neuer Medien von den etablierten Fraktionen unterscheidet.

101 der 237 gewählten Abgeordneten sind zum ersten Mal Mitglied eines Parlaments oder wurden nach einer Unterbrechung wieder neu in den Landtag gewählt. 39 davon sind bei der SPD zu finden, 24 bei der CDU. Anders als nach der Landtagswahl 2010 überwiegen bei den GRÜNEN nunmehr die 23 Abgeordneten mit Parlamentserfahrung gegenüber sechs neuen Mitgliedern des Landtags. Bei der FDP-Fraktion halten sich bisherige und neue Abgeordnete mit zehn zu zwölf fast die Waage. Und für die 20 PIRATEN ist der Landtag NRW, da erstmals gewählt, sowieso Neuland.

Das Durchschnittsalter des neuen Landtags liegt mit 48 Jahren noch unterhalb des Werts von Mai 2010 (49,7 Jahre). In der 14. Legislaturperiode hatte er noch bei 54,3 Jahren gelegen. Zwischen 30 und 40 Jahren gibt es nunmehr 35 Abgeordnete (bislang waren es 27). Genau wie 2010 sind 7 Abgeordnete jünger als 30 Jahre. Abgeordnete unter 40 Jahren sind in allen Fraktionen zu finden. Bei Abgeordneten mit viel Lebenserfahrung und einem Alter über 60 Jahren liegen SPD und CDU mit jeweils 15 gleichauf. Die FDP zählt in dieser Gruppe noch zwei Abgeordnete, GRÜNE und PIRATEN keine. Die meisten Abgeordneten des Landtags sind zwischen 51 und 60 Jahren alt, gefolgt von den 41- bis 50-Jährigen.

Die Verjüngung setzt sich bis in die Fraktionen fort. Hier liegt das Abgeordneten-Durchschnittsalter zwischen 43 (PIRATEN) und 52 Jahren (CDU). Die älteste Abgeordnete, Ria Klöpffer (CDU), ist 1944 geboren, der jüngste, Henning Höne (FDP), 1987. Während Klöpffer dem Landtag seit 2005 angehört, sitzt Höne zum ersten Mal in der NRW-Volksvertretung.

Frauenanteil gestiegen

Diesem Landtag gehören anteilmäßig mehr Frauen an als dem vorherigen. Lag die Frauenquote in der 14. Wahlperiode zuletzt bei 31 Prozent, ist sie bei der Wahl 2010 auf rund 27 Prozent gesunken. Nunmehr sind es wieder fast 30 Prozent: Unter den 237 Abgeordneten sind 70 Parlamentarierinnen. Davon gehören 33 der SPD an, deren Frauenanteil damit bei exakt einem Drittel liegt. 15 Frauen zählt die Fraktion der CDU (22 Prozent). Die GRÜNEN liegen mit ebenfalls 15 Mandatsträgerinnen (52 Prozent) über der innerparteilich festgeschriebenen Frauenquote von 50 Prozent. In den Reihen der FDP sitzen vier weibliche Abgeordnete (18 Prozent), bei den PIRATEN drei (15 Prozent).

Software-Entwickler bis Rechtsanwalt

Große Unterschiede zeigen sich bei den beruflichen Hintergründen der Abgeordneten. Da trifft der Software-Entwickler auf die Rechtsanwältin, die Sozialpädagogin auf den Ingenieur, der Landwirt auf die Ökotrophologin, der Unternehmer auf den Gewerkschaftssekretär, die Krankenschwester auf den Kaufmann, der Kfz-Elektriker auf die Historikerin, der Musikwissenschaftler auf den Sparkassenbetriebswirt, der Chemiker auf den Geographen oder der Medienpädagoge auf die Hausfrau.

Wie in der vergangenen Legislaturperiode haben auch einige Abgeordnete des 16. Landtags ausländische Wurzeln, womit das Parlament auch in dieser Hinsicht vielfältig bleibt. Unterschiedliche Lebensläufe, unterschiedliche Erfahrungen und unterschiedliche Blickwinkel: Der Landtag ist und soll ein Spiegel der Bevölkerung, eine Vertretung des Volkes sein. Denn von diesem geht in einer Demokratie alle Macht aus.

3. Die neue-alte Ministerpräsidentin



Landtagspräsidentin Carina Gödecke vereidigt Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

In der dritten Sitzung der 16. Wahlperiode hat der Landtag die SPD-Abgeordnete Hannelore Kraft erneut zur Ministerpräsidentin gewählt. Anders als im Jahr 2010 benötigte sie dazu nur einen Wahlgang.

Dass die Wahl reibungslos ablaufen würde, daran hatte angesichts der großen Parlamentsmehrheit von Rot-Grün wohl niemand gezweifelt. Und das Ergebnis zeigt, dass Kraft auch Zustimmung außerhalb des eigenen Lagers findet: 137 Abgeordnete stimmten mit „Ja“, neun Stimmen mehr als die Fraktionen von SPD und GRÜNEN zusammen haben. Daneben gab es 94 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Anschließend vereidigte Landtagspräsidentin Carina Gödecke die Ministerpräsidentin mit dem ebenfalls in der Verfassung vorgeschriebenen Amtseid: „Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Kraft dankte den Abgeordneten für das „fantastische Ergebnis“ und versprach, „dass wir bei dem bleiben, was wir in den letzten knapp zwei Jahren hier in diesem Landtag vorgebracht haben: ein starkes Parlament und einen offenen Dialog auch über die einzelnen Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg“.

V: Dokumentation

1. Rückblick auf die Wahlperiode 2010 bis 2012

2010: Ein Jahr voller Herausforderungen. Zur Bandbreite der Themen kommen neue Parlamentsstrukturen

Mai

Nordrhein-Westfalen wählt seine Volksvertretung. Bei nur rund 59 Prozent Wahlbeteiligung bescheren die Wählerinnen und Wähler einen spannenden Wahlabend und schließlich eine Pattsituation der beiden größten Parteien. CDU und SPD liegen bei den Mandaten gleichauf, mit den LINKEN zieht eine fünfte Fraktion in den insgesamt etwas kleineren, jüngeren und bunteren Landtag ein.

Schwierige Sondierungsgespräche beginnen. SPD und GRÜNE stellen schnell fest, dass eine formale Zusammenarbeit mit der neuen Linksfraktion nicht infrage kommt. Auch Sondierungsgespräche zwischen SPD und CDU werden abgebrochen, eine tragfähige gemeinsame Grundlage scheint nicht erreichbar.

Juni

In Sondierungsgesprächen zwischen SPD, FDP und GRÜNEN stellt sich heraus, dass es in NRW auch keine rot-gelb-grüne Ampelkonstellation geben wird.

Unabhängig von der schwierigen Regierungsbildung konstituiert sich der neue Landtag der 15. Wahlperiode. Das Parlament muss handlungs- und beschlussfähig sein und setzt erste Gremien ein, damit beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen können. Ebenfalls in der ersten Plenarsitzung bestimmt der Landtag, wen er als Mitglieder in die Bundesversammlung entsendet, die am 30. Juni einen neuen Bundespräsidenten zu wählen hat.

Juli

Der Landtag wählt mit Eckhard Uhlenberg seinen Präsidenten und außerdem Carina Gödecke, Oliver Keymis, Angela Freimuth und Gunhild Böth

Dokumentation

ins neue Präsidium. Hannelore Kraft wird Ministerpräsidentin einer rot-grünen Minderheitsregierung. Kraft stellt ihr Kabinett vor, die Fraktionen wählen ihre Vorsitzenden und der Landtag bestellt die übrigen Ausschüsse, die in etwa die Zuschnitte der Ministerien widerspiegeln. Die Strukturen sind geschaffen für die Arbeit in der neuen Wahlperiode.

Inhaltlich debattiert das neue Parlament über die großen Linien, über den richtigen Weg für Nordrhein-Westfalen. In einer Aussprache über den landespolitischen Rück- und Ausblick treffen die gegensätzlichen Bewertungen der Fraktionen aufeinander.

Streit gibt es auch bei der Schulpolitik. Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN haben Gesetzentwürfe vorgelegt, um das Schulgesetz zu überarbeiten. Die vorgeschlagenen Änderungen zur Abschaffung der Kopfnoten, der verbindlichen Grundschulgutachten und der Grundschulbezirke sowie zur innerschulischen Demokratie treffen bei CDU und FDP auf Ablehnung.

August

Der Landtag nutzt die parlamentarische Sommerpause, um seine Energiebilanz zu verbessern. Neue LED-Lichttechnik und ein intelligentes Blendschutzsystem sorgen für einen deutlich niedrigeren Energieverbrauch und eine optimale Tageslichtnutzung.

September

Die „Koalition der Einladung“ erläutert ihre Ziele. In ihrer Regierungserklärung erklärt Ministerpräsidentin Kraft, Rot-Grün wolle Schwerpunkte bei der Bildung und beim Umweltschutz setzen sowie die Kommunen stärken. Dass sich ein solcher Ansatz in Zukunft finanziell auszahle, bezweifeln CDU und FDP. Außerdem kritisieren beide Fraktionen die Pläne für die Gemeinschaftsschule als Einstieg in eine Einheitsschule. Die LINKEN fordern hingegen schnelle Taten, zum Beispiel die umgehende Abschaffung der Studiengebühren.

Gemeinsames Vorgehen planen alle Fraktionen beim Thema Integration. Fraktionsübergreifende Zusammenarbeit dann auch in der Kohlepolitik: CDU, SPD und GRÜNE setzen ihren Antrag zum Erhalt des Ausstiegsda-

tums 2018 durch. Die EU hat allerdings andere Pläne, die ein Ende der Subventionen bereits im Jahr 2014 bedeuten könnten.

Mit der Konstituierung von 18 Ausschüssen und vier Unterausschüssen hat der Landtag im September seine innere Arbeitsstruktur für die 15. Legislaturperiode fertiggestellt.

Die neue Zusammensetzung des Landtags in der 15. Legislaturperiode weckt auch bei den Bürgerinnen und Bürgern großes Interesse. Zahlreich erfragen sie beim NRW-Tag in Siegen Informationen aus erster Hand über Zusammensetzung und Arbeit des Landesparlaments.

Oktober

Anlässlich eines Nachtragshaushalts, den die Regierung plant, streitet der Landtag ums liebe Geld und verbindet dies mit Fragen der Generationengerechtigkeit, der Verlässlichkeit, des Augenmaßes, der Verpflichtung zum Schuldenabbau und des sozialen Zusammenhalts.

Bei einer Sondersitzung des Plenums zeigen sich die Fraktionen einig, dass den Kommunen schnell aus ihrer finanziellen Misere geholfen werden muss. Über das Wie gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Auch die Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze ist Thema im Plenum. CDU und FDP verteidigen die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung als Korrektur alter rot-grüner Beschlüsse im Bund. Die anderen drei Landtagsfraktionen sehen in ihnen eine Zumutung.

Hitzig debattiert wird auch, ob die Abiturschulzeit acht oder neun Jahre dauern und ob die einzelnen Schulen darüber selbst entscheiden sollen. Früh übt sich, wer debattieren lernen will: Beim dritten Jugend-Landtag schlüpfen 181 Jugendliche in die Rollen der Abgeordneten und probieren die Parlamentsarbeit selbst aus. Dass parlamentarische Demokratie gelebt werden will und Öffentlichkeit braucht, zeigt ein Rückblick anlässlich des 40. Geburtstags von „Landtag Intern“.

November

Der Finanzminister freut sich über ein unerwartetes Steuer-Plus von einigen hundert Millionen Euro. CDU und FDP fordern daraufhin, den geplanten Nachtragshaushalt samt neuen Schulden zurückzunehmen. An diesem wollen SPD und GRÜNE jedoch festhalten und verweisen auf mangelnde Vorsorge der schwarz-gelben Vorgängerregierung für kommende Risiken der WestLB und auf dringend notwendige Hilfen für die Kommunen. Die LINKEN fordern weitere Verbesserungen auf der Einnahmeseite. Auch Sachverständige sind unterschiedlicher Meinung und diskutieren etwa darüber, ob der Nachtragshaushalt verfassungsgemäß sei.

Gleich drei Anhörungen gibt es zur Bildung: Kopfnoten, Grundschulgutachten, Mitbestimmung und Schulbezirke, die Schulstruktur sowie die Studiengebühren stehen zur Debatte. Das Plenum berät außerdem über eine fairere Berechnung der Lehrerarbeitszeit.

Ebenfalls in der politischen Auseinandersetzung bleibt die Frage, inwieweit sich Kommunen als Unternehmer betätigen dürfen. Zwei Ausschüsse hören gemeinsam fünf Stunden lang 30 Fachleute an.

Dezember

Während traditionell ein Weihnachtsbaum in der Eingangshalle des Landtags vorweihnachtliche Besinnlichkeit verströmt, geht es im Plenarsaal weniger harmonisch zu. Streitigkeiten über ein Abstimmungsergebnis führen zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder zum sogenannten Hammelsprung. Kontrovers diskutiert wird auch der Nachtragshaushalt 2010. Nach langem Ringen wird er mit knapper Mehrheit verabschiedet.

Gleiches gilt für zusätzliche Möglichkeiten der Kommunen, sich wirtschaftlich zu betätigen, sowie für das Schulgesetz. Bei Enthaltung der LINKEN setzen SPD und GRÜNE gegen die Stimmen von CDU und FDP durch, dass Schülerinnen, Schüler und Eltern über eine Drittelparität wieder mehr Mitspracherecht in der Schule erhalten und Kommunen Grundschulbezirke einführen dürfen. Abgeschafft werden die Verpflichtung, Noten zum Arbeits- und Sozialverhalten („Kopfnoten“) auszustellen, und die verbindlichen Grundschulempfehlungen im Hinblick auf

weiterführende Schulen. Von allen Fraktionen abgelehnt wurde dagegen eine Vorlage für einen Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Die dort enthaltenen Bestimmungen zum Jugendschutz im Internet seien nicht praktikabel, hieß es. Mit der Ablehnung in NRW war der Vertrag bundesweit gescheitert.

2011: Minderheit findet Mehrheiten. Die „Koalition der Einladung“ hält durch

2011, das erste volle Jahr unter einer rot-grünen Minderheitsregierung in NRW. Einige der Herausforderungen: Haushalten in Krisenzeiten, Energie- und Umweltpolitik gestalten angesichts einer bundesweiten „Energie-wende“, die geeigneten Bildungsangebote bereitstellen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Ohne eigene Mehrheit im Parlament erweist sich das neue Regierungsbündnis stabiler, als von manchem erwartet. Die Situation rückt das Landesparlament noch stärker in den Mittelpunkt des Geschehens. So finden der Haushalt mithilfe der LINKEN, der „Schulkompromiss“ mit der CDU und die Finanzspritze für die Kommunen mit der FDP eine Mehrheit.

Januar

Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtshofs zum Nachtragshaushalt 2010. Während die Opposition den Richterspruch als Sieg wertet, weil er der Schuldenaufnahme Grenzen setzt, sieht Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den Nachtragsetat als die „Endabrechnung von Schwarz-Gelb“. Nach Dioxinfunden in Futtermitteln wollen Bund und Länder in einem Aktionsplan die Produktionsabläufe für Industriestoffe und Lebensmittel trennen. Der grüne Umweltminister sieht darin einen „Wendepunkt“ und fordert mehr nachhaltige, tierfreundliche und ökologische Produktionsverfahren. Die Opposition dagegen: Mit mehr „Öko“ seien 18 Millionen Menschen nicht zu ernähren.

Februar

Die Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ konstituiert sich. Ende des Monats beginnt der Marathon der drei Lesungen des Haushalts

Dokumentation

2011. Die Regierungsseite verteidigt in der ersten Lesung 7 Milliarden Euro neue Schulden als „Zukunftsinvestitionen“ und „Vorsorge für die Familien, Kinder, Städte und Gemeinden“. Die Opposition nennt dies eine „verheerende Schuldenpolitik“, die „Kinder und Kindeskinde abzustottern“ hätten.

März

Der Tsunami und die Atomkatastrophe von Fukushima beschäftigen den Landtag in einer Sondersitzung. Die Abgeordneten gedenken in einer Schweigeminute der Opfer. Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg spricht dem japanischen Generalkonsul das Mitgefühl des Landes aus. Ministerpräsidentin Kraft fordert, dass auf europäischer Ebene über einen Ausstieg aus der Atomenergie diskutiert werden solle. Die CDU warnt vor einem „parteipolitischen Missbrauch“ der Katastrophe. Die FDP will keinen „deutschen Sonderweg“, während die LINKE die Stilllegung aller deutschen Meiler verlangt.

Erneuerbare Energien hätten ein wesentlich geringeres Risiko, meinen die GRÜNEN, sie sollten noch schneller ausgebaut werden.

Eine Islamdebatte wird durch eine Landesstudie in Gang gesetzt, die der Integrationsminister dem Landtag vorlegt. Ihr Titel: „Muslimisches Leben in NRW“. Die CDU mahnt an, dass der Entwurf für ein Integrationsgesetz in NRW immer noch fehle. Nicht die Glaubenszugehörigkeit, sondern Bildung und soziale Herkunft seien das Problem, meinen die GRÜNEN. Die LINKEN urteilen: Die Studie belege, dass es die Kategorie „Muslim“ nicht gebe.

April

Der neue Windkrafteerlass der Landesregierung liegt im Umweltausschuss geladenen Fachleuten zur Erörterung vor. Zwar wollen alle mehr Strom aus erneuerbaren Energien, jedoch sehen sie Nachbesserungsbedarf beim Erlass: etwa mehr Rücksicht auf Anwohnerinteressen und die kommunale Selbstverwaltung.

Die CDU steht abseits, als der Landtag darüber abstimmt, ob es bei der von Schwarz-Gelb abgeschafften Stichwahl bei der Bürgermeister-, Oberbür-

germeister- und Landratsamt-Wahl bleibt. Die anderen Fraktionen führen sie wieder ein.

Mitte des Monats nimmt der Etatentwurf für 2011 die zweite Hürde. Wichtigste Veränderung im Vergleich zur zweiten Lesung: Nach Beratung in den Fachausschüssen ist die Neuverschuldung von ursprünglich 7,1 auf 4,8 Milliarden Euro gesunken. Die CDU-Fraktion fordert ebenso wie die FDP weitere Einsparungen. Die LINKE will höhere Ausgaben quer durch alle Ressorts. Abstimmungsergebnis: SPD und GRÜNE pro, CDU und FDP contra, die LINKE nimmt an der Abstimmung nicht teil bzw. enthält sich.

Mai

Die Duisburger Loveparade-Katastrophe mit 21 Toten beschäftigt auf Antrag der LINKEN erneut den Landtag. Die Fraktion verlangt, die Tragödie vom Juli 2010 endlich aufzuklären. Der Innenminister betont, die Polizei habe ihre Sorgfaltspflicht nicht verletzt. Die CDU spricht sich gegen „ungesicherte Theorien, Spekulationen und Vorverurteilungen“ aus. Der SPD-Sprecher mahnt, das Parlament solle den Angehörigen zur Seite stehen. Wer den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht traue, solle einen Untersuchungsausschuss fordern, meinen die GRÜNEN.

Der Landtag ebnet den Weg, um die Abwahl von Bürgermeistern zu erleichtern. Bis dato mussten die kommunalen Räte mit Zweidrittel-Mehrheit die Weichen für eine Abstimmung durch die Bürgerinnen und Bürger stellen. Eine zu hohe Hürde, findet die antragstellende Links-Fraktion.

Juni

Der Bundespräsident besucht den Landtag. Gesprächspartner von Christian Wulff sind nicht nur die Landespolitiker, sondern auch Schülerinnen und Schüler, die am Informationsprogramm des Landtags teilnehmen.

Kurswechsel bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst: Während Schwarz-Gelb die Mitbestimmungsrechte der Personalräte beschränkt hatte, meint der Innenminister, Demokratie höre nicht an der Bürotür auf. Gegen die Stimmen von CDU und FDP nimmt der Landtag ein Gesetz an, das über die ursprünglichen Regelungen vor der Änderung im Jahr 2007 hinausgeht.

Dokumentation

Juli

Drei Tage lang debattieren beim vierten Jugend-Landtag junge Menschen aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens. Im Mittelpunkt diesmal der zunehmende Alkoholkonsum Jugendlicher und der Wunsch, verpflichtende Tage zur Berufsfindung an Schulen gesetzlich einzuführen. Hierüber diskutieren die 181 jungen Leute das Für und Wider im Plenum, in Ausschüssen, Fraktionssitzungen und Expertenanhörungen.

Nach jahrzehntelangem Meinungsstreit über die Ausgestaltung des Schulwesens, vor allem über die Rolle der Hauptschule, verkünden SPD, GRÜNE und CDU gemeinsam den Schulkonsens, der dann im Herbst vom Landtag beschlossen wird. Zukünftig kommt neben Gymnasium, Gesamt- und Hauptschule eine neue Schulform, die Sekundarschule, hinzu. Zudem wird das gegliederte Schulsystem mit integrierten Schulformen durch die Landesverfassung abgesichert, die Bestandsgarantie der Hauptschule hingegen gestrichen.

Ebenfalls vom Plenum abgesegnet: die Revision des Kinderbildungsgesetzes. Sie bringt die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres und im Oktober eine weitere Debatte über ein von den Oppositionsfraktionen kritisierendes „Chaos“ bei der Umsetzung.

Ein Kapitel NRW ist Geschichte: Mit Mehrheit von CDU, SPD und GRÜNEN verabschiedet der Landtag einen Restrukturierungsplan, der die Aufspaltung der WestLB bedeutet.

August

Die Sommerpause wird zu einem Sicherheits-Check genutzt: Techniker überprüfen Lautsprecher, Rauchmelder und die über 300 Deckenleuchten im Landtagsgebäude.

September

In einer Aktuellen Stunde erörtern die Abgeordneten das neue Steuerabkommen des Bundes mit der Schweiz. Die Debatte erstreckt sich zwischen „Ablasshandel für Steuerhinterzieher“ und „pragmatischem Verhandlungserfolg“.

Ende des Monats bildet sich der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur möglichen Korruptionsaffäre beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes. Einige Projekte – darunter das geplante Landesarchiv in Duisburg – sind Anlass zu näherer Prüfung.

Oktober

Hunderttausende besuchen den sechsten NRW-Tag, der zusammen mit der Feier zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn stattfindet. Dort präsentiert auch der Landtag sich und seine Arbeit. Viele Abgeordnete stehen den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort.

Der öffentlich gewordene Einsatz eines „Bundestrojaners“ beschäftigt den Innenausschuss. Der zuständige Minister berichtet über die Anwendung in NRW. So habe es zwei Fälle gegeben, eine dritte Aktion laufe derzeit. Es sei dabei um die Bekämpfung von Drogenkriminalität gegangen; die Polizei habe auf richterliche Anordnung gehandelt.

Bis zum Jahr 2030 will NRW den Ausstoß von Treibhausgasen um 80 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 verringern. Das sieht der Entwurf der Landesregierung für ein Klimaschutzgesetz vor, der von den Abgeordneten in einer ersten Beratung diskutiert wird. Die Opposition wertet den Entwurf als unausgewogen, industrie feindlich und unverbindlich. Das rot-grüne Regierungslager betont dagegen die Verantwortung und Vorbildfunktion des Landes: NRW als Energieland Nummer 1 wolle in Zukunft auch das Klimaschutzland Nummer 1 werden.

November

Das Integrationsgesetz liegt vor. Im Integrationsausschuss begutachten Fachleute den Entwurf der Landesregierung. Kern ist die Einrichtung von Kommunalen Integrationszentren, zu denen sich die 27 vorhandenen Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien weiterentwickeln sollen.

Als Anschlag auf die Demokratie wertet Innenminister Jäger in der Plenarsitzung die Morde der rechtsextremistischen Zwickauer Terrorzelle. Er verlangt zudem Klarheit über mögliche Verbindungen der Verfassungsschutzbehörden zu Neonazis. Sprecher aller Fraktionen äußern ihr Mitgefühl mit

Dokumentation

den Opfern und ihren Angehörigen. Auch ein mögliches Verbot der NPD kommt erneut zur Sprache. Die Links-Fraktion fordert die Auflösung des Verfassungsschutzes.

Dezember

Wichtige Entscheidung in Sachen direkte Demokratie: Der verabschiedete Gesetzentwurf zur Stärkung der Bürgerbeteiligung räumt einige Hürden beiseite, an denen Bürgerbegehren in der Vergangenheit öfter gescheitert sind.

Der Landtag verabschiedet in zweiter Lesung den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung. Nach dem Gesetzentwurf der Regierung sollen die betroffenen Kommunen über zehn Jahre lang jährlich 350 Millionen Euro als Finanzhilfe erhalten. Im Gegenzug dazu müssen sich die teilnehmenden Gemeinden verpflichten, in absehbarer Zukunft jeweils ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Die Prüfung privater Abwasseranlagen soll ausgesetzt und neu geregelt werden. Ein entsprechender Antrag der FDP fand mit den Stimmen von CDU und LINKEN im Umweltausschuss eine Mehrheit.

In den beiden letzten Sitzungen des Jahres berät der Landtag in erster Lesung den von der Landesregierung vorgelegten Haushalt fürs Jahr 2012. Er hat ein Volumen von 58,1 Milliarden Euro und sieht eine Neuverschuldung von 3,97 Milliarden Euro vor.

2012: Der Haushalt scheitert – der Landtag löst sich auf

Januar

Es ist schon Tradition, dass die Sternsinger der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin aus dem Düsseldorfer Stadtteil Bilk den Landtag besuchen. Diesmal sammeln sie Spenden für Kinderprojekte in Nicaragua. Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg begrüßt die Jungen und Mädchen und lobt sie für ihr Engagement.

Die CDU-Fraktion möchte mit ihren Vorschlägen zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes den Städten und Gemeinden eine Hand-

habe geben, um gegen die zunehmenden Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorzugehen, die mit dem Verzehr von Alkohol auf öffentlichen Plätzen und Straßen oftmals verbunden sind. Eine Anhörung im Innenausschuss belegt, dass diese Initiative zwar grundsätzlich begrüßt wird, aber Zweifel an einer rechtssicheren Umsetzung unterhalb der Gesetzesebene bestehen.

Kritik an dem von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsgesetz für 2012: Viele der Sachverständigen bei der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses sind der Meinung, dass angesichts der Wirtschaftslage und steigender Einnahmen von der Regierung nicht genug zur Rückführung der Schulden getan wird.

Seiner besonderen Verantwortung für den Klimaschutz will das Energieland Nordrhein-Westfalen durch ein eigenes Klimaschutzgesetz gerecht werden. Drei Ausschüsse befragen Ende des Monats im Plenarsaal des Landtags Experten zum Entwurf. Er soll verbindlich Ziele, Maßnahmen und Überwachungsmechanismen festschreiben und für eine gesetzliche Verankerung des Klimaschutzes in NRW sorgen, wo bundesweit ein Drittel aller CO₂-Emissionen entstehen.

In einer Aktuellen Stunde debattieren die Fraktionen über die Ladenöffnungsregelung. CDU und FDP wollen, dass die von Schwarz-Gelb getroffene liberale Regelung erhalten bleibt und Rot-Grün keine Einschränkungen vornimmt. Während die Opposition von einer möglichen Gefahr für den Wirtschaftsstandort NRW spricht, kündigt die Koalition eine Überprüfung der Sonntagsöffnung an. Im Übrigen sei man noch dabei, die Erfahrungen mit dem bestehenden Ladenöffnungsgesetz auszuwerten.

Februar

In einer Aktuellen Stunde verlangen SPD und GRÜNE, dass nach den bekannt gewordenen Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern neu justiert wird. Die Zusammenarbeit der Ämter müsse optimiert werden.

In einer weiteren Aktuellen Stunde hält die Opposition der Regierung Untätigkeit beim Trinkwasserschutz an der Ruhr vor. Die Regierung sieht ebenfalls Handlungsbedarf und weist darauf hin, die Wasserwerke an der mittleren Ruhr müssten endlich die notwendigen Ertüchtigungsmaßnahmen in Angriff nehmen.

Die Landtagsfraktionen verabschieden bei Enthaltung der LINKEN das Gesetz zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration. Mit diesem Gesetz schafft Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland eine verbindliche rechtliche und umfassende Grundlage zur Förderung der Teilhabe und Integration.

32 Gegenstimmen gibt es, als der Landtag in namentlicher Abstimmung das Abgeordnetengesetz ändert. Um die Altersversorgung aller Abgeordneten zu verbessern, wird die Abgeordnetenentschädigung um 500 Euro erhöht. Der monatliche Pflichtbeitrag der Abgeordneten für das Versorgungswerk beträgt ab März statt bisher 1.614 nun 2.114 Euro.

Die Landesregierung müsse mehr tun, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Da die Zahl der Medizinstudenten landesweit zurückgeht, sollen mehr Studienplätze geschaffen werden. CDU und FDP schlagen deshalb die Gründung einer Medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld vor.

Mit einer Schweigeminute gedenkt der Landtag der Opfer rechtsextremistischer Gewalt. Die im Plenarsaal Versammelten erheben sich zu Ehren der Getöteten und demonstrieren so für ein friedliches Miteinander ohne Hass, Intoleranz und Gewalt.

Der Landtag wählt die 133 nordrhein-westfälischen Delegierten für die Wahl des Bundespräsidenten am 18. März 2012. Die fünf Fraktionen können für den gemeinsamen Wahlvorschlag nicht nur Landtagsabgeordnete benennen, sondern auch Personen des öffentlichen Lebens. Die 15. Bundesversammlung besteht aus 1.240 Mitgliedern, die Hälfte davon entsendet der Bundestag, die andere die Landesparlamente.

März

Der Petitionsausschuss des Landtags hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von den Landesbehörden falsch behandelt fühlen. Seit Jahren ist es Tradition, dass der Ausschuss die Menschen in den Regionen des Landes aufsucht, um in Sprechstunden vor Ort die Sorgen und Nöte kennenzulernen und eine Lösung zu suchen. Die Bürgersprechstunde Anfang März findet diesmal in Paderborn statt. Wenn nicht sofort Abhilfe zu schaffen ist, kann eine schriftliche Eingabe zur Überprüfung notwendig sein.

Bürgerinnen und Bürger sollen leichter ein Ehrenamt übernehmen können. Mit ihrem gemeinsamen Entwurf zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts wollen SPD, GRÜNEN und FDP auch Teilzeitbeschäftigten und Menschen mit flexiblen Arbeitszeiten eine Möglichkeit zur Mitwirkung eröffnen. Es soll auch neue Angebote zur Fort- und Weiterbildung für den Personenkreis geben.

Mitte des Monats berät der Landtag in zweiter Lesung den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf für 2012. Bei der Erörterung des Etats des Innenministers stimmen CDU, FDP und LINKE gegen den Entwurf und bringen damit den gesamten Etat zum Scheitern. Nach Beratungen der Fraktionen und einem einstimmigen Beschluss des Plenums erklärt Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die Auflösung des 15. Landtags. Innerhalb von 60 Tagen muss ein neuer Landtag gewählt werden. Als Folge der Auflösung konstituiert der Landtag den Ständigen Ausschuss, der die Rechte der Volksvertretung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags wahrt. Der Ständige Ausschuss verständigt sich darauf, dass der Landtag der 16. Wahlperiode sich am 31. Mai 2012 konstituieren wird.

April

In einem gemeinsamen Aufruf hat das Präsidium des Landtags die Bürgerinnen und Bürger des Landes aufgefordert, am 13. Mai 2012 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer wähle, setze ein Zeichen für die freiheitliche Demokratie und wirke dabei mit, dass eine Volksvertretung auf breiter Basis die zentralen Aufgaben der Politik im Land beraten und gestalten kann.

Auch wenn die Volksvertretung vorzeitig aufgelöst worden ist, das Landtagsgebäude ist weiterhin das Haus für die Bürgerinnen und Bürger des

Dokumentation

Landes. Im Zuge der Nacht der Museen öffnet der Landtag Ende April bis nach Mitternacht seine Tore, damit sich interessierte Menschen über Künstler wie Günther Uecker, Jörg Immendorf, Otto Piene und Emil Schumacher informieren können. Diese Künstler sind mit Werken im Landtag vertreten und prägen so das Bild und den Geist des Bauwerks mit.

Mai

13. Mai 2012, 18 Uhr. Die Wahllokale im Land schließen. Die Stimmen werden ausgezählt. Danach sieht das rechnerische Ergebnis der Landtagswahl so aus: 7,8 Millionen haben gewählt, das entspricht bei rund 13 Millionen Wahlberechtigten einer Wahlbeteiligung von 59,6 Prozent. Mit 39,1 Prozent der Stimmen wird die SPD stärkste Partei, gefolgt von der CDU mit 26,3 Prozent. Die GRÜNEN kommen auf 11,3, die FDP auf 8,6 Prozent. Erstmals ziehen die PIRATEN mit 7,8 Prozent in den NRW-Landtag ein. Die Sitzverteilung im 237-köpfigen Landtag stellt sich so dar: SPD 99, CDU 67, GRÜNE 29, FDP 22 und PIRATEN 20 Abgeordnete. Mit 2,5 Prozent der Stimmen scheidet die bisher im Landtag vertretene Partei DIE LINKE an der Fünfprozenthürde und ist im 16. Landtag nicht mehr vertreten.

13. Mai, 19 Uhr. Im Plenarsaal treffen die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteien erstmals am Wahlabend aufeinander und bewerten vor den Fernsehkameras aus ihrer Sicht das Ergebnis der Landtagswahl.

Hannelore Kraft (SPD) dankt für das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler und sieht im Ergebnis ein klares Signal in Richtung Bund und Bundestagswahl. Eine mögliche Kandidatur als Kanzlerkandidatin schließt sie aus.

Norbert Röttgen (CDU) räumt die Niederlage mit dem historisch niedrigsten Ergebnis für die CDU ein. Es sei im Wahlkampf nicht gelungen, mit politischen Inhalten zu überzeugen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ist erfreut, dass es ihrer Partei gelungen ist, unter schwierigen Bedingungen das Ergebnis zu erzielen und den Erfolg der Landtagswahl 2010 zu wiederholen.

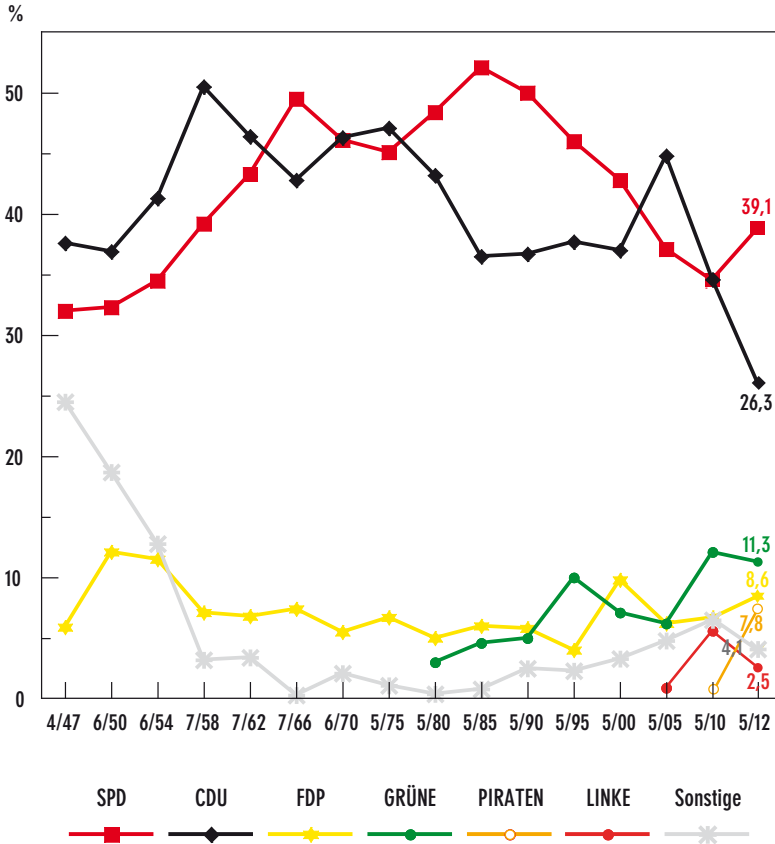
Christian Lindner (FDP) sieht im Ausgang der Wahl für seine Partei weniger ein Vertrauensvotum als den Auftrag für die neue Wahlperiode. Die FDP werde ihrer Rolle als bürgerliche Opposition zu Rot-Grün nachkommen.

Joachim Paul (PIRATEN) stellt eine kritische, aber konstruktive Mitarbeit in Aussicht. Die Wählerinnen und Wähler hätten sich entschieden, „einen Schuss Chili in den Landtag zu wählen“.

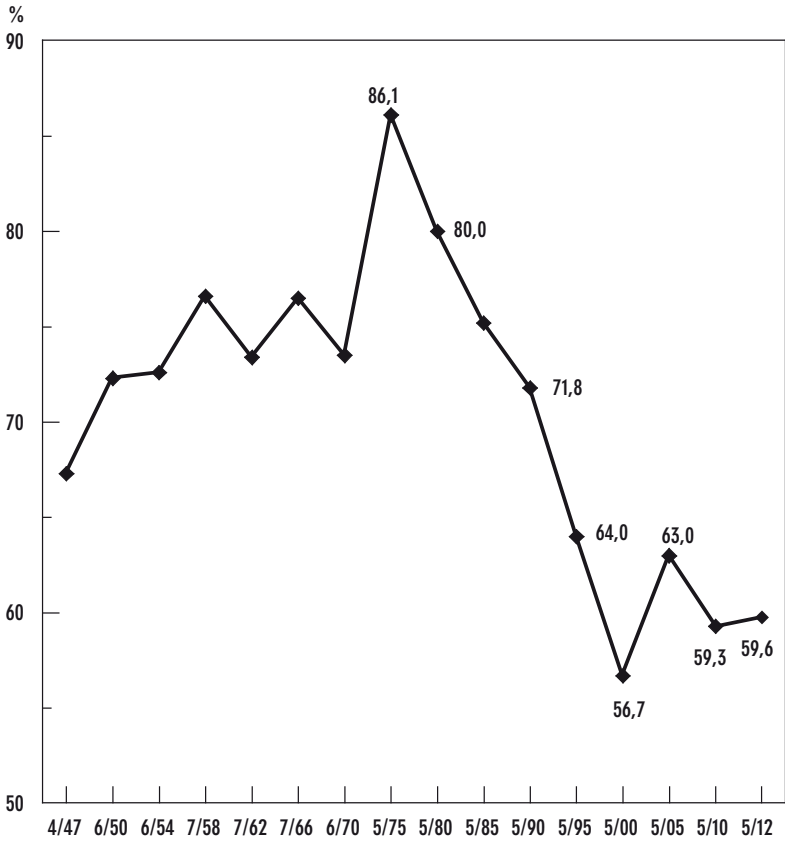
Am letzten Tag des Monats tritt der neue Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Abgeordneten werden zum uneigennützigen Einsatz für das Wohl der Menschen in NRW verpflichtet und wählen Carina Gödecke (SPD) in das Amt der Landtagspräsidentin. Sie bestätigen als Arbeitsgrundlage außerdem die Geschäftsordnung, die in Kürze reformiert werden soll. Eingesetzt werden auch die Gremien und Ausschüsse, die den Landtag arbeitsfähig machen.

2. Grafiken

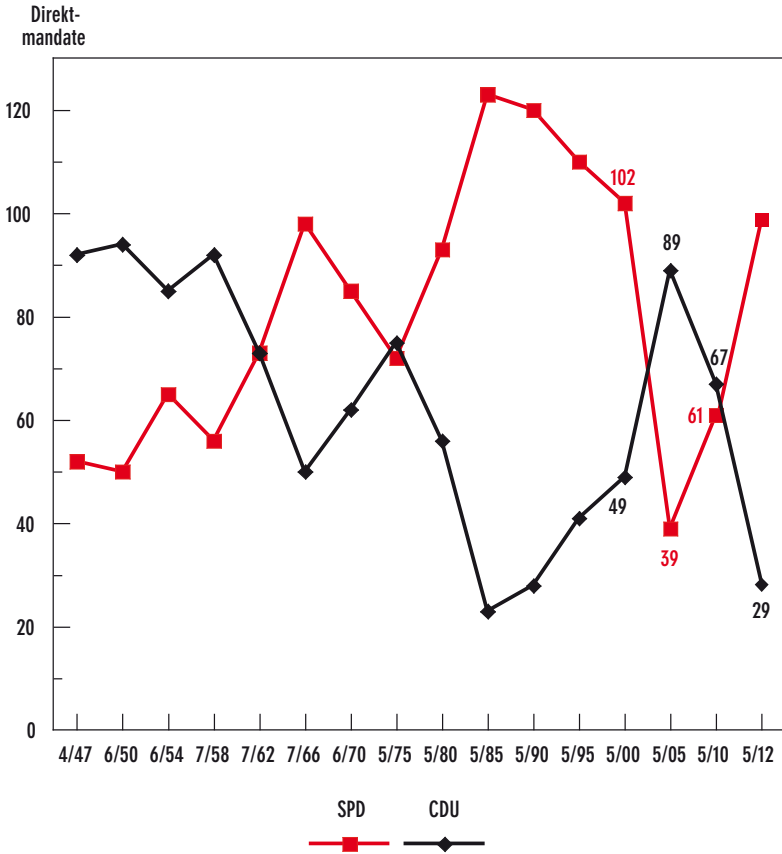
Wahlergebnisse 1947 bis 2012



Entwicklung der Wahlbeteiligung



Verteilung der Direktmandate



3. Das Präsidium des 16. Landtags Nordrhein-Westfalen



Landtagspräsidentin
Carina Gödecke (SPD)



1. Vizepräsident
Eckhard Uhlenberg (CDU)



2. Vizepräsident
Oliver Keymis (GRÜNE)



3. Vizepräsident
Dr. Gerhard Papke (FDP)



4. Vizepräsident
Daniel Dünkel (PIRATEN)

4. Die Fraktionen

Fraktion der SPD



Fraktionsvorsitzender:
Norbert Römer

Stellvertretende Vorsitzende:
Altenkamp, Britta
Howe, Inge
Körfges, Hans-Willi
Lüders, Nadja
Ott, Jochen
Schmeltzer, Rainer
Voigt-Küppers, Eva-Maria

Parlamentarischer Geschäftsführer:
Herter, Marc



Name	Beruf
Dr. Adelman, Roland	Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, Neonatologie
Altenkamp, Britta	Angestellte
Andres, Dagmar	Steuerfachangestellte, geprüfte Bilanzbuchhalterin (IHK), staatl. gepr. Betriebswirtin in Fachrichtung Steuern
Becker, Andreas	Angestellter
Bell, Dietmar	Geschäftsführer Gewerkschaft ver.di
Benninghaus, Walburga	Diplom-Sozialpädagogin
van den Berg, Guido	Diplom-Sozialwissenschaftler
Berghahn, Jürgen	Referent in der Erwachsenenbildung
Bialas, Andreas	Polizist
Bischoff, Rainer	Gewerkschaftssekretär
Blask, Inge	Diplom-Oecotrophologin
Börner, Frank	Kaufmännischer Angestellter
Börschel, Martin	Rechtsanwalt
Prof. Dr. Bovermann, Rainer	Politikwissenschaftler
Breuer, Reiner	Volljurist
Dahm, Christian	Polizeibeamter
Dmoch-Schweren, Brigitte	Geschäftsführerin
Dudas, Gordan	Ausbildungsleiter, Betriebsratsvorsitzender
Eiskirch, Thomas	Kaufmännischer Angestellter, Prokurist
Feuß, Hans	Fachleiter in der Lehrerausbildung
Fortmeier, Georg	Juristischer Referent beim Jugendverband „Die Falken e.V. Bielefeld“
Ganzke, Hartmut	Rechtsanwalt
Garbrecht, Günter	Werkzeugmacher
Gatter, Stephan	Angestellter
Gebhard, Heike	Diplom-Mathematikerin
Geyer, Jens	Kaufmännischer Angestellter
Gödecke, Carina	Präsidentin des Landtags; Pädagogische Referentin
Große Brömer, Wolfgang	Ltd. Gesamtschuldirektor (beurlaubt)
von Grünberg, Bernhard	Jurist
Hack, Ingrid	Geschäftsführerin

Dokumentation

Name	Beruf
Hahnen, Uli	Diplom-Finanzwirt
Hammelrath, Gabriele	Diplom-Pädagogin
Hammelrath, Helene	Bankbetriebswirtin
Heinrichs, Falk	Soldat
Hendricks, Renate Maria	Diplom-Sozialpädagogin
Herter, Marc	Parlamentarischer Geschäftsführer; Angestellter
Hilser, Dieter	Diplom-Volkswirt
Howe, Inge	Krankenschwester
Hübner, Michael R.	Geschäftsführer
Jäger, Ralf	Minister für Inneres und Kommunales
JahL, Armin	Angestellter
Jansen, Daniela	Projektmanagerin Arbeitsmarktpolitik
Jörg, Wolfgang	Diplom-Sozialarbeiter
Kämmerling, Stefan	Bankkaufmann
Kieninger, Gerda	Einzelhandelskauffrau
Körfges, Hans-Willi	Rechtsanwalt
Kopp-Herr, Regina	Pädagogische Fachkraft
Kossiski, Andreas	Polizeibeamter
Kraft, Hannelore	Ministerpräsidentin; Diplom-Ökonomin
Kramer, Hubertus	Journalist
Krick, Manfred	Architekt
Kutschaty, Thomas	Justizminister; Rechtsanwalt
Löcker, Carsten	Angestellter
Lück, Angela	Krankenschwester
Lüders, Nadja	Rechtsanwältin
Lux, Eva	Bürokauffrau
Maelzer, Dennis	Politikwissenschaftler
Marquardt, Thomas	Stabsoffizier der Bundeswehr
Meesters, Norbert	Diplom-Sozialpädagoge
Müller, Hans-Peter	Kfz-Elektriker
Müller-Witt, Elisabeth	Diplom-Volkswirtin
Münchow, Volker	Fraktionsgeschäftsführer; Kaufmann

Name	Beruf
Münstermann, Peter	Referent für Kraftwerkstechnik
Neumann, Josef	Geschäftsführer, Gewerkschaftssekretär, Heilerziehungspfleger
Ott, Jochen	Oberstudienrat a.D.
Philipp, Sarah	Wirtschaftsgeografin M.A.
Preuß-Buchholz, Iris	Lehrerin
Rahe, Ernst-Wilhelm	Diplom-Sozialarbeiter
Römer, Norbert	Fraktionsvorsitzender; Journalist
Ruhkemper, Cornelia	Bundesbeamtin im mittleren Dienst
Schäfer, Ute	Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport; Lehrerin
Scheffler, Michael	Industriekaufmann
Schlömer, Dirk	Gewerkschaftssekretär
Schmeltzer, Rainer	Gewerkschaftssekretär
Schneider, Guntram	Werkzeugmacher
Schneider, René	Diplom-Journalist
Schultheis, Karl	Gruppenleiter Forschung im Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW
Schulze, Svenja	Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung; Unternehmensberaterin
Spanier-Oppermann, Ina	Betriebsratsvorsitzende, Gesamtbetriebsratsvorsitzende
Steininger-Bludau, Eva	Arzthelferin
Steinmann, Lisa	Selbstständige Veranstaltungskauffrau
Stotko, Thomas	Rechtsanwalt
Stotz, Marlies	Staatlich geprüfte Betriebswirtin
Sundermann, Frank	Gartenbauingenieur, Vertriebsleiter
Thiel, Rainer Christian	Starkstromelektriker, Geschäftsführer
Töns, Markus	Politologe
Tützenberg, Achim	Geschäftsführer
Vogt, Alexander	Journalist, selbstständiger PR-Berater
Voigt-Küppers, Eva-Maria	Staatlich anerkannte Erzieherin
Wagener, Tanja	Juristin, Rechtsanwältin
Warden, Marion	Diplom-Verwaltungswirtin

Dokumentation

Name	Beruf
Watermann-Krass, Annette	Diplom-Designerin
Weckmann, Peter	Diplom-Pädagoge
Weiß, Rüdiger	Schulleiter
Weske, Markus Herbert	Wissenschaftlicher Referent
Wolf, Sven	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenzrecht
Yetim, Ibrahim	Bergmann, Ltd. Angestellter
Yüksel, Serdar	Krankenpfleger
Zimkeit, Stefan	Diplom-Sozialwissenschaftler

Fraktion der CDU



Fraktionsvorsitzender:

Laumann, Karl-Josef

Stellvertretende Vorsitzende:

Biesenbach, Klaus Peter

Doppmeier, Ursula

Hovenjürgen, Josef

Kaiser, Klaus

Milz, Andrea

Parlamentarischer Geschäftsführer:

Lienenkämper, Lutz



DIE LANDTAGSFRAKTION

Dokumentation

Name	Beruf
Dr. Berger, Stefan	Diplom-Handelslehrer
Dr. Bergmann, Günther J.	Selbstständiger Unternehmensberater
Biesenbach, Peter	Rechtsanwalt
Birkhahn, Astrid	Direktorin am Studienseminar a.D.
Freifrau von Boeselager, Ilka	Unternehmerin
Dr. Bunse, Anette	Hausfrau
Burkert, Oskar	Diplom-Ingenieur
Deppe, Rainer	Staatlich geprüfter Landwirt
van Dinther, Regina	Präsidentin des Landtags a.D., selbstständige Diplom-Ingenieurin
Doppmeier, Ursula	Realschullehrerin
Dr. Droste, Wilhelm	Notar
Fasse, Marie-Luise	Energieberaterin
Fehring, Hubertus	Landwirtschaftsmeister
Golland, Gregor	Diplom-Kaufmann
Grunendahl, Wilfried	Kaufmann
Güler, Serap	Regierungsrätin a.D.
Haardt, Christian	Rechtsanwalt
Dr. Hachen, Gerd	Chemiker, Gymnasiallehrer
Hausmann, Wilhelm	Architekt, Diplom-Ingenieur
Hegemann, Lothar	Versicherungskaufmann
Hovenjürgen, Josef	Landwirt
Jostmeier, Werner	Fachbereichsleiter Personal Deutsche Telekom
Jung, Volker	Diplom-Kaufmann
Kaiser, Klaus	VHS-Leiter a.D.
Kamieth, Jens	Rechtsanwalt
Kerkhoff, Matthias	Politikwissenschaftler M.A.
Kern, Walter	Sparkassenbetriebswirt
Klöpffer, Rita	Bankkauffrau
Korte, Kirstin	Grundschullehrerin
KrückeL, Bernd	Steuerberater
Kruse, Theo	Berufsschullehrer, Oberstudienrat a.D.
Kufen, Thomas	Kaufmann
Kuper, André	Hauptamtlicher Bürgermeister a.D.
Laschet, Armin	Staatsminister a.D.

Name	Beruf
Laumann, Karl-Josef	Fraktionsvorsitzender; Staatsminister a. D., Maschinenschlosser
Lienenkämper, Lutz	Parlamentarischer Geschäftsführer; Staatsminister a.D.
Lohn, Werner	Diplom-Verwaltungswirt und Kriminalhauptkommissar
Middendorf, Claudia	Diplom-Sozialpädagogin
Miltz, Andrea	Referentin
Möbius, Christian	Bankkaufmann, Rechtsanwalt
Moritz, Arne	Betriebswirt
Müller, Holger	Jurist
Nettelstroth, Ralf	Selbstständiger Rechtsanwalt
Dr. Optendrenk, Marcus	Jurist
Ortgies, Friedhelm	Landwirtschaftsmeister
Post, Norbert	Gesamtschuldirektor a.D.
Preuß, Peter	Rechtsanwalt
Rehbaum, Henning	Diplom-Betriebswirt (FH), Abteilungsdirektor a.D.
Scharrenbach, Ina	Diplom-Betriebswirtin (FH)
Schemmer, Bernhard	Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
Schick, Thorsten	Diplom-Kaufmann, Lehrer
Schittges, Winfried	Diplom-Betriebswirt
Schmitz, Hendrik	Landwirtschaftlicher Unternehmer
Schulze Föcking, Christina	Landwirtin
Seel, Rolf	Diplom-Verwaltungswirt
Sieveke, Daniel	Bankkaufmann/Sparkassenbetriebswirt
Spiecker, Rainer	Geschäftsführer des familieneigenen Unternehmens
Prof. Dr.Dr. Sternberg, Thomas	Akademiedirektor i.K.
Tenhumberg, Bernhard	Bankbetriebswirt
Uhlenberg, Eckhard	1. Vizepräsident des Landtags; Landwirt, Staatsminister a.D.
Vogt, Petra	Oberstudienrätin a.D.
Voßeler, Margret	Selbstständige landwirtschaftliche Unternehmerin
Voussemer, Klaus	Rechtsanwalt
Wirtz, Axel	Diplom-Verwaltungswirt
Wirtz, Josef	Landwirtschaftsmeister
Wittke, Oliver	Diplom-Geograph
Wüst, Hendrik	Rechtsanwalt

Fraktion der GRÜNEN



Fraktionsvorsitzender:

Priggen, Reiner

Stellvertretende Vorsitzende:

Engstfeld, Stefan

Mostofizadeh, Mehrdad

Schäffer, Verena

Schneckenburger, Daniela

Parlamentarische Geschäftsführerin:

Beer, Sigrid



Name	
Abel, Martin-Sebastian	Student
Asch, Andrea Ursula	Diplom-Psychologin
Becker, Horst	Parlamentarischer Staatssekretär für den ländlichen Raum
Beer, Sigrid	Parlamentarische Geschäftsführerin; Freiberufliche Diplom-Pädagogin
Dr. Beisheim, Birgit	Diplom-Chemikerin
Beu, Rolf	Sozialberater beim Amt für Ausbildungsförderung
Bolte, Matthi	Politikwissenschaftler
Brems, Wibke	Diplom-Ingenieurin
Düker, Monika	Diplom-Sozialpädagogin
Engstfeld, Stefan	Referent
Goldmann, Herbert Franz	Kommunalbeamter
Grochowiak-Schmieding, Manuela	Museumspädagogin
Hanses, Dagmar	Erzieherin
Keymis, Oliver	2. Vizepräsident des Landtags; Regisseur
Klocke, Arndt	Referent
Krüger, Mario	Krankenhausplaner
Maaßen, Martina	Diplom-Sozialwirtin (FH), Diplom-Sozialpädagogin
Markert, Hans Christian	Volljurist
Mostofizadeh, Mehrdad	Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Paul, Josefine	Historikerin M.A.
Priggen, Reiner	Fraktionsvorsitzender; Diplom-Ingenieur
Rüße, Norwich	Bauer
Schäffer, Verena	Studentin, Historikerin (B.A.)
Schneckenburger, Daniela	Studienrätin
Dr. Seidl, Ruth	Musikwissenschaftlerin
Steffens, Barbara	Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter; Biologisch-technische Assistentin
Ünal, Arif	Diplom-Sozialarbeiter
Velte, Jutta	Fraktionsgeschäftsführerin
Zentis, Gudrun	Diplom-Finanzwirtin

Fraktion der FDP



Fraktionsvorsitzender:

Lindner, Christian

Stellvertreende Vorsitzende:

Freimuth, Angela

Stamp, Joachim, Dr.

Witzel, Ralf

Parlamentarischer Geschäftsführer:

Rasche, Christof



Name	
Abruszat, Kai	Rechtsanwalt, Erster Beigeordneter a.D.
Alda, Ernst-Ulrich	Diplom-Kaufmann, Personal-Berater
Bombis, Ralph	Geschäftsführer
Brockes, Dietmar	Kaufmann
Busen, Karlheinz	Diplom-Ingenieur
Ellerbrock, Holger	Ministerialrat a.D., Unternehmensberater
Freimuth, Angela	Werkzeugmacherin, Rechtsanwältin
Gebauer, Yvonne	Kauffrau
Hafke, Marcel	Versicherungskaufmann, Diplom-Kaufmann (FH)
Höne, Henning	Industriekaufmann, B.A. Betriebswirtschaft
Lindner, Christian	Fraktionsvorsitzender
Lürbke, Marc	Bankkaufmann
Nückerl, Thomas	Journalist
Dr. Orth, Robert	Rechtsanwalt
Dr. Papke, Gerhard	3. Vizepräsident des Landtags
Rasche, Christof	Parlamentarischer Geschäftsführer; Bankkaufmann
Schmitz, Ingola Stefanie	Lehrerin für die Sekundarstufen I und II, Oberstudienrätin
Schneider, Susanne	Pharmareferentin
Dr. Stamp, Joachim	Politikwissenschaftler
Wedel, Dirk	Richter am Landgericht a.D.
Witzel, Ralf	Diplom-Kaufmann, Personalreferent
Dr. Wolf, Ingo	Rechtsanwalt, Staatsminister a.D.

Fraktion der PIRATEN



Fraktionsvorsitzender:

Paul, Joachim Arthur Josef, Dr.

Stellvertrende Vorsitzende:

Brand, Simone

Lamla, Lukas

Parlamentarischer Geschäftsführer:

Pieper, Monika



Name	
Bayer, Oliver	Informationswissenschaftler, Geograph
Brand, Simone	Leitende Angestellte, Diplom-Psychologin
Düngel, Daniel	4. Vizepräsident des Landtags; Versicherungskaufmann
Fricke, Stefan	
Herrmann, Frank	
Kern, Nicolaus	Bankkaufmann, Volljurist
Lamla, Lukas	Berufsfeuerwehrmann, Rettungsassistent
Marsching, Michele	Softwareentwickler
Olejak, Marc	Schriftsetzer – Fachrichtung Systemtechnik
Dr. Paul, Joachim	Fraktionsvorsitzender; Biophysiker, Medienpädagoge
Pieper, Monika	Parlamentarische Geschäftsführerin; Lehrerin (Förderschule)
Rohwedder, Hanns-Jörg	Fachinformatiker für Systemintegration, Zertifizierter Netzwerkadministrator
Rydlewski, Birgit	Studienrätin
Schatz, Dirk	Polizeikommissar a.D.
Schmalenbach, Kai	Systemadministrator
Schulz, Dietmar	Volljurist, Unternehmensberater
Schwerd, Daniel	Diplom-Informatiker
Sommer, Torsten	DTP-Operator
Stein, Robert	Unternehmer
Wegner, Olaf	Systemadministrator



Sitzungssaal

5. Statistisches

Die Berufe der Abgeordneten in der 16. Wahlperiode¹⁾

Stand: 16.11.2012

Angestellte in der Wirtschaft und in Verbänden

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	Summe
Wirtschaft, Handel, Gewerbe	20	15	3	3	1	42
Parteien, Fraktionen, Landesregierung	15	-	8	2	-	25
Verbände, Stiftungen, Vereine	11	3	3	1	1	19
Gewerkschaften	7	-	-	-	-	7
Kirchen	-	2	-	-	-	2
Post, Telekommunikation	-	2	-	-	-	2
Journalisten, Redakteure, Medienbranche	-	-	-	-	1	1
Gesundheit	4	-	1	1	-	6
Juristen	-	-	-	-	1	1
Sonstige	4	2	-	1	4	11
Summe	61	24	15	8	8	116

Öffentlicher Dienst

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	Summe
Bildung/Forschung/Lehre	9	11	2	1	2	25
Verwaltung	8	4	4	2	-	18
Gesundheit	2	-	-	-	-	2
Polizei	2	-	-	-	1	3
Finanzen	1	-	1	-	-	2
Soldaten	2	-	-	-	-	2
Sonstige	1	2	2	-	2	7
Summe	25	17	9	3	5	59

Dokumentation

Selbstständige

	SPS	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	Summe
Unternehmer/Kaufleute	1	4	-	3	1	9
Rechtsanwälte/Notare/ Steuerberater	8	10	-	3	-	21
Landwirte	-	7	-	-	-	7
Architekten, Ingenieure	-	1	-	1	1	3
Beratende Berufe	2	2	1	2	2	9
Journalisten, Redakteure, Schriftsteller	-	-	-	1	-	1
Sonstige	1	-	1	1	2	5
Summe	12	24	2	11	6	55

Hausfrauen/Hausmänner

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	Summe
Hausfrauen/Hausmänner	1	2	-	-	-	3

Schüler, Auszubildende, Studenten

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	Summe
Schüler, Auszubildende, Studenten	-	-	3	-	-	3
ohne Angaben	-	-	-	-	1	1
Summe	-	-	3	-	1	4

1) Die Angaben sind nach folgenden Grundsätzen bewertet worden:

- Sofern der Beruf derzeit nicht ausgeübt wird (dies gilt insbesondere für erneut gewählte Abgeordnete), ist der vor der Mandatsübernahme zuletzt ausgeübte Beruf zugrunde gelegt worden.
- Dieser Grundsatz wird auch für die Abgeordneten angewendet, die Mitglieder der Landesregierung sind bzw. die zuvor einem anderen Parlament angehört haben.

Frauenanteil

Stand: 14.11.2012

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	Gesamter Landtag
Anzahl der Abgeordneten	99	67	29	22	20	237
Anzahl der Frauen	33	15	15	4	3	70
Frauenanteil in % – bezogen auf die jeweilige Fraktion	33,3	22,4	51,7	18,2	15,0	30,0

Altersstruktur

Stand: 14.11.2012

Alter in Jahren	SPD		CDU		GRÜNE		FDP		PIRATEN		Gesamter Landtag	
	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %
bis 30	1	1	0	0	3	10,3	2	9	1	5	7	3
31 – 40	13	13,1	10	14,9	2	6,9	4	18,2	6	30	35	15
41 – 50	26	26,3	19	28,3	10	34,5	11	50	9	45	75	32
51 – 60	50	50,5	23	34,3	14	48,3	3	13,6	4	20	94	40,2
über 60	9	9,1	15	22,4	0	0	2	9	0	0	23	9,8
Durchschnittsalter	51		52		49		45		43		48	

Herausgeber

Die Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Carina Gödecke

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

www.landtag.nrw.de

Autoren: Jürgen Knepper
Dr. Walter Ruhland (Die Wahl)
Redaktion: Dr. Hans Zinnkann
Fotos: Bernd Schälte
Layout und Satz: de haar grafikdesign, Köln
www.dehaar.de
Druck: Rautenberg Media & Print
Verlag KG, Troisdorf



Landtag Nordrhein-Westfalen